



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Föderalismus in der Tschechoslowakei.

Eine historische Analyse der slowakischen Frage
unter besonderer Berücksichtigung außenpolitischer
Akte der Republik Österreich für die Jahre 1919/20
und 1968/69.

Verfasser

Bartholomäus Feldinger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan

Diplomarbeit

Föderalismus in der Tschechoslowakei.

Eine historische Analyse der slowakischen Frage unter besonderer Berücksichtigung außenpolitischer Akte der Republik Österreich für die Jahre 1919/20 und 1968/69.

Inhalt

Vorwort	4
1. Föderalismus	5
1.1. Föderalismus als theoretischer Ausgangspunkt	5
1.2. Das Föderalismusprinzip der slowakischen Autonomisten	6
1.3. Föderalismus und Sozialismus	10
2. Die slowakische Frage in den Jahren 1919/20	11
2.1. Neupositionierung zur Tschechoslowakei	11
2.2. Die slowakische Frage bis zum Friedensvertrag von St. Germain	13
2.3. Die slowakische Frage und Ungarn	15
2.4. Die slowakischen Autonomiebestrebungen und ihre Träger	17

2.5. Die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik in bezug auf die slowakische Frage	23
2.6. Die slowakische Frage und die Innenpolitik	26
2.7. Die slowakische Frage in Ungarn	28
2.8.1. Die Phase vor der Verfassungsgebung in der Tschechoslowakei	31
2.8.2. Die slowakische Frage und die Verfassung von 1920	35
2.8.3. Die slowakische Frage nach dem 29. Februar 1920	38
2.9.1. Der Wahlkampf in der Slowakei	38
2.9.2. Der Minister für die Slowakei, Dr. Šrobar, und der Wahlkampf	39
2.9.3. Die Wahlergebnisse in der Slowakei	42
2.10.1. Die slowakische Frage nach den Parlamentswahlen von 1920	44
2.10.2. Erneute autonomistische Forderungen der Slowakischen Volkspartei	46
2.11. Bedrohungsszenarien von Außen	49
2.12. Personeller Machtwechsel in der Innenpolitik	52
2.13. Fazit	58
3. Die slowakische Frage in den Jahren 1921 bis 1939	60
3.1. Anträge und Forderungen bis 1927	60
3.2. Die Slowakische Volkspartei in der Regierung	61
3.3. Die Slowakische Volkspartei nach dem Regierungsaustritt	61
3.4. Das Autonomiegesetz und die Föderalisierung der Republik 1938	63
4. Die Föderalisierung in den Jahren 1968/69	64
4.1. Der Weg zur Föderalisierung	64
4.2. Das Reformprogramm und die Föderalisierung bis zu den Augustereignissen	68

4.3. Die Föderalisierung nach den Augustereignissen	72
4.3.1. Die Umsetzung der Föderalisierung unter Berücksichtigung der „Normalisierung“	72
4.3.2. Die formelle Annahme der Föderalisierung	79
4.3.3. Der Fall Smrkovskýs	83
4.3.4. Die Ratifizierung der Föderalisierung	86
4.3.5. Husáks endgültiger Aufstieg	90
4.4. Fazit	98
5. Zusammenfassung	100
6. Bibliographie	103
6.1. Archivalien	103
6.2. Gedruckte Quelle	103
6.3. Enzyklopädien	103
6.4. Sekundärliteratur	103
7. Anhang	106
7.1. Abstract	106
7.2. Lebenslauf	107
7.3. Auswahl an Akten	108
7.3.1. Kopie 1	108
7.3.2. Kopie 2	113
7.3.3. Kopie 3	115
7.3.4. Kopie 4	120

Vorwort

Diese geschichtswissenschaftliche Diplomarbeit soll ausgehend von der Frage nach Föderalismusprinzipien eine historische Analyse der slowakischen Frage in den Jahren 1919/20 sowie 1968/69 beinhalten. Mithilfe außenpolitischer Akten der Republik Österreich, die für die besagten Jahre politische Situationsberichte der österreichischen Bevollmächtigten oder Gesandten in Prag und Bratislava beinhalten, soll diese Abhandlung eine detaillierte Sicht auf diese politikgeschichtliche Thematik bieten. In Anbetracht der guten Aktenlage im Österreichischen Staatsarchiv hatte ich nur wenig Mühe, der Thematik und den damit verbundenen Forschungsfragen nachzugehen.

Die zentrale Fragestellung der folgenden Diplomarbeit ist jene nach der slowakischen Frage an sich, und ihrem Wandel in der Zeit. Davon ausgehend sollen in chronologischer Abfolge die für die slowakische Frage richtungsweisenden Parameter ausgemacht werden.

Der Aufbau dieser Arbeit sieht daher vor, von der Herausarbeitung der zugrundeliegenden Föderalismusprinzipien republikanisch-pluralistischer Prägung sowie marxistisch-leninistischer Prägung in Kapitel 1 an die slowakische Frage heranzutreten, um diese in detaillierter Form für die Jahre 1919/1920 in Kapitel 2 und für die Jahre 1968/69 in Kapitel 4 zu analysieren. Kapitel 3 dient einer überblicksartigen Überbrückung der Jahre 1921 bis 1939, während die Jahre 1945 bis 1968 in Kapitel 4 geschildert werden. Dass die Jahre des Zweiten Weltkrieges hierbei ausgeklammert werden, hängt mit der formellen slowakischen Eigenstaatlichkeit zusammen, einer historisch wie historiographisch brisanten Thematik, auf die an gegebener Stelle lediglich verwiesen wird.

Der inhaltliche Gehalt dieser Diplomarbeit konstituiert und orientiert sich für die Jahre 1919/20 und 1968/69 am archivatischen Quellenmaterial, das mithilfe der von mir konsultierten Sekundärliteratur im Laufe der Abhandlung abgeglichen und ergänzt wurde. In geordneter und alphabetischer Reihenfolge finden sich die Quellenbestände, eine gedruckte Quelle und die Sekundärliteratur in der Bibliographie wieder. Im Anhang stehen der/dem LeserIn ein Abstract, mein Lebenslauf sowie vier ausgewählte Kopien von Aktenexemplaren zur Einsicht zur Verfügung, die ich für die Jahre 1919/1920 sowie 1968/69 für zentral erachte.

1. Föderalismus

1.1. Föderalismus als theoretischer Ausgangspunkt

Eine Definition von Föderalismus im Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert geht zunächst auf die Bedeutung dieses Begriffes als allgemeines Strukturprinzip sozialer Gebilde ein. Dabei bezieht der Strukturbegriff des Föderalismus durch den Unitarismus seine Umkehrung. Für den Föderalismus ist in diesem Zusammenhang kennzeichnend, dass er die Zuordnung von kleineren, selbstständigen und gleichberechtigten sozialen Einheiten durch ein gewisses Maß an Autonomie zu einem größeren Ganzen charakterisiert.

Des weiteren bezeichnet der Föderalismus auch eine „politische Bewegung oder Ideologie, die dieses Strukturprinzip – in verschiedenen Interpretationen – für die wesentl. und allein vernünftige Grundlage aller polit. Ordnung hält und für dessen Realisierung eintritt.“¹

Hinsichtlich der slowakischen Frage in den Jahren 1919/20 sowie 1968/69 sind beide Aspekte dieses Definitionsversuches auffindbar. Zum einen spiegelt die Problematik um die slowakische Frage abstrakte oder abstrahierbare Fragen an und um ein Strukturprinzip wider. Allerdings soll in dieser Arbeit vornehmlich der zweite Aspekt des Föderalismus als eine politische Bewegung oder Ideologie im Vordergrund stehen, da die Frage nach der Trägerschaft föderalistischer Bestrebungen eng gekoppelt ist mit der Artikulation und Argumentation um diese Bestrebungen. Letzteres bildet das – zugegeben limitierte – Wahrnehmungsfeld, welches mit Hilfe der „Außenpolitischen Akten der Republik Österreich“ für die Jahre 1919/20 sowie 1968/69 analysiert werden soll.

Fokussieren die folgenden Kapitel auf die Erläuterung der Entwicklung der slowakischen Frage in ihrer Vielschichtigkeit in der Zeit, so soll an dieser Stelle auf die politisch-ideologische Entwicklung hin zum slowakischen Autonomismus vor und während der Gründungsphase der ČSR eingegangen werden, um die Differenzen zur Konzeption des marxistisch-leninistischen Föderalismusprinzips in der ČSSR herauszuarbeiten.

¹ Theo Stammen, Föderalismus, in: Carola Stern/Thilo Vogelsang/Erhard Klöss/Albert Graff [Hrsg.], Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. Bd.1, A-K, Köln 1971, S. 251.

1.2. Das Föderalismusprinzip der slowakischen Autonomisten

Das zugrundeliegende Föderalismusprinzip der slowakischen Autonomisten kann ohne die Einbeziehung der tschechischen und slowakischen Vorstellung einer Nation nicht behandelt werden.

Während die Tschechen in den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien innerhalb der österreichischen Reichshälfte der habsburgischen Monarchie ihren auf die Sprache und Kultur ausgerichteten Nationalismus nach dem Ausgleich Österreich-Ungarns von 1867 zu einem zunehmend politisch ausgerichteten Nationalismus steigerten, sahen die Slowaken – nach einem anfänglich einsetzenden sprachlichen und kulturellen Nationalbewusstsein – dem Assimilierungsdruck der ethnisch magyarischen Obrigkeit der ungarischen Reichshälfte entgegen. Aus Sicht der magyarischen Führung versuchte man auf die Nationalitätenfrage durch zwei Nationalitätengesetze von 1849 und 1868 zu reagieren. Den Autonomieforderungen der einzelnen Nationalitäten(-führer) in Koppelung mit der jeweiligen Volkssprache wurde nicht entsprochen, da die Einheitsidee des Staates magyarischer Prägung absoluten Vorrang hatte.² Mit dem Nationalitätengesetz von 1868 wurde den nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns lediglich die Anerkennung der Nationalitätensprachen als Protokollsprachen und individuelle Freiheitsrechte zugestanden. Eine Konzession, welche die Nationalitätenführer nur wenig zufrieden stellte und zu heftiger Kritik führte, denn „es stellte sich bald nachher deutlich heraus, daß die Nationalitätenführer auf erheblich mehr, auf eine territoriale Autonomie, fast auf die Errichtung mehrerer Staatswesen innerhalb des Staates Ungarn hinarbeiteten und sich durch eine verhältnismäßig großzügige Zusicherung individueller Freiheits- und Sprachenrechte weder beschwichtigen noch befriedigen ließen.“³ Weil der Gesetzestext keine Bestimmungen zur Durchführung, Anwendung und Sanktionierung beinhaltete, konnte die Magyarisierung seit den 1870er Jahren weiter vorangetrieben werden.

Während die Tschechen den Rückschlag des Ausgleichs in der Steigerung ihres Nationalbewusstseins auf politisch-gesellschaftlicher Ebene kompensieren konnten, konnte lediglich eine kleine Schicht slowakischer Intellektueller die Konzeptionen einer sprachlich gebundenen slowakischen Nation bewahren.⁴

² Ludwig Gogolák, Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd.3. Wien 1980, S. 1271.

³ Gogolák, Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates, S. 1302.

⁴ Maya Hertig, Die Auflösung der Tschechoslowakei. Analyse einer friedlichen Staatsteilung. (Dissertation) Freiburg/Schweiz, 2001, S. 24.

Die politische Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Slowaken blieb bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts auf kleine Kreise, wie dem sich am zukünftigen tschechoslowakischen Präsidenten Thomas G. Masaryk orientierenden tschechoslowakischen Kreis der „Hlasisten“, begrenzt. Die politische Kooperation zwischen tschechischen und slowakischen politischen Vertretern nahm unter Masaryk erst nach 1914 konkrete Formen an, die gemäß der tschechoslowakischen Einheit als politischem Programm inhaltlich gefüllt wurden. Auf Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das 1917 in etwa gleichzeitig von US-Präsident Wilson und dem Bolschewiken Lenin propagiert wurde, und unter dem numerischen Kalkül, 6,5 Millionen Tschechen mit 2 Millionen Slowaken in einem tschechoslowakischen Nationalstaat zusammenzufassen, um so eine tschechoslowakische Mehrheit gegenüber 3 Millionen Deutschen zu sichern, wurde unter Zusicherung der Unterstützung der Alliierten das Modell eines Nationalstaates im ethnisch heterogenen Raum vorkonzipiert.

Den slowakischen Vertretern wurden dabei im Pittsburgh Agreement die sprachliche und administrative Autonomie, sowie ein eigenes Gerichtswesen versprochen, welches jedoch uneingelöst blieb, und somit den Ausgangspunkt der slowakischen Autonomiebestrebungen bildete:

„Tschechisch-slowakischer Vertrag, geschlossen in Pittsburgh, Pa., am 30. Mai 1918.

Die Vertreter der slowakischen und tschechischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, der „Slowakischen Liga“, des „Tschechischen Nationalbundes“ und des „Verbandes tschechischer Katholiken“ berieten in Anwesenheit des Vorsitzenden des tschecho-slowakischen Nationalrates, Professor Masaryk, über die tschecho-slowakische Frage und über unsere bisherigen programmatischen Kundgebungen und Entschlüsse wie folgt:

Wir anerkennen das politische Programm, das sich darum bemüht, die Tschechen und die Slowaken in einem selbstständigen Staat zu vereinigen, der aus den Böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien) und der Slowakei besteht.

Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben.

Die slowakische Sprache wird die Amtssprache in der Schule, in der Verwaltung und im öffentlichen Leben überhaupt sein.

Der tschecho-slowakische Staat wird eine Republik, seine Konstitution demokratisch sein.

Die Organisation der Zusammenarbeit der Tschechen und Slowaken in den Vereinigten Staaten wird nach Notwendigkeit und der sich ändernden Lage im gegenseitigen Einverständnis geregelt.

Die näheren Bestimmungen hinsichtlich der Organisierung des tschecho-slowakischen Staates wird den befreiten Tschechen und Slowaken sowie ihren rechtsgültigen Vertretern überlassen.

Die US – amerikanische Stadt Pittsburgh im Bundesstaat Pennsylvania war Sitz der slowakischen Liga. Zwar besaß die slowakische Liga keine demokratische Legitimation, dennoch versuchte sie den Status der Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei rechtlich festzulegen.⁶ Das Pittsburgh Agreement stellte auch für die slowakischen Autonomisten in der Slowakei den Nährboden und vertragsorientierten Bezugspunkt für ihre Autonomiebestrebungen dar. Als in Form einer Partei institutionalisiertes Sprachrohr dieser Bestrebungen fungierte die Slowakische Volkspartei unter der Führung des katholischen Priesters von Rosenberg (Ružomberok) Andrej Hlinka ab Dezember 1918. Thematisierte das Pittsburgh Agreement unter Beisein Masaryks die tschechoslowakische Frage, so schrumpfte das Bedürfnis einer Lösung nach der provisorischen Verfassung von November 1918 auf den Begriff einer slowakischen Frage, deren Problematik in den unerfüllten Autonomieforderungen von Pittsburgh lag und von der Slowakischen Volkspartei artikuliert wurde.

Auf tschechischer Seite wurden die vermeintlichen Zugeständnisse Masaryks alsbald von einem offiziellen „Tschechoslowakismus“ ersetzt. Unter der Funktion der Vermittlung von Mehrheit, Gleichheit und demokratischen Idealen gelang es zwar zunächst den Zuspruch der slowakischen Vertreter, beispielsweise Štefánik, vor dem Hintergrund des Schutzes vor einem eventuellen ungarischen Irredentismus zu sichern. Der Widerstand wuchs in den slowakischen – aber auch deutschen – Reihen, da auf Basis einer politischen tschechoslowakischen Staatsnation die ethnische Individualität einer slowakischen Nation nach Meinung der slowakischen Autonomisten zu Gunsten einer politisch und ethnischen tschechoslowakischen Nation verloren ging. Dieser Widerstand wurde insbesondere durch die Kreation einer offiziellen tschechoslowakischen Staatssprache bestärkt, einer fiktiven Staatssprache, die ein ethnisches Volksverständnis der tschechoslowakischen Nation zusätzlich verstärkte. Die Angst vor einer Tschechisierung spielte nicht nur auf einer kulturellen oder linguistischen Ebene eine große Rolle. Auch auf administrativer Ebene wirkte sich die Einbindung überwiegend tschechischer Beamter auf slowakischem Gebiet verstärkend auf die Autonomieforderungen aus. Die auf das Pittsburgh Agreement fußenden Autonomieforderungen der Slowakischen Volkspartei konzentrierten sich auf administrative

⁵ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. München/Wien 1984, S. 111.

⁶ Maximilian Obauer, Verfassungsänderungen in der Tschechoslowakischen Republik. Verfassungswandel, Novellen und Revisionstendenzen 1918-1939. (gedruckte Dissertation) Wien 2007, S. 219.

und kulturelle Belange, sowie die eigene Gerichtsbarkeit. Die legislative Forderung nach einem eigenen Parlament zielte eher auf die Einrichtung eines untergeordneten slowakischen Landtags, als auf ein gleichberechtigtes Pendant zur Prager Zentralregierung.

Die Slowakische Volkspartei war von der katholischen Soziallehre und von konservativen Traditionen geprägt.⁷ Der Föderalismus kann hierbei auch als integraler Bestandteil der katholischen Soziallehre angesehen werden. Als naturrechtliche Ableitung des Subsidiaritätsprinzips bezog der Föderalismus eine katholische Prägung, die eng mit der ebenfalls naturrechtlichen Nationskonzeption in Beziehung steht. Die Auffassung von einer nicht historischen, sondern aus dem Willen Gottes entstandenen Nation gegenüber einem menschlich geschaffenen Staat war in der Slowakischen Volkspartei traditionell verankert.⁸ Die Autonomiebestrebungen können als Ausdruck eines naturrechtlich gegebenen Föderalismus und als deutliche Ansage der größeren Bedeutung der slowakischen Nation gegenüber dem tschechoslowakischen Staat gelesen werden.

Zwar variierten die Autonomiebestrebungen der slowakischen Volkspartei in der Zeit – wie in dieser Arbeit noch zu zeigen sein wird –, doch war ihnen bis zum Autonomiegesetz von 1938 die Umrahmung eines tschechoslowakischen Staatskonstruktes mit einigen wenigen Ausnahmen gemein. Wie sich dies in den Jahren 1919/20 in der Frühphase der ersten tschechoslowakischen Republik äußerte, soll im zweiten Kapitel in detaillierter Form behandelt werden.

Zuvor sollte allerdings das Föderalismusprinzip im Sozialismus skizziert werden, da es den theoretischen Ausgangspunkt für die Föderalisierung im Jahre 1968/69 bildete.

⁷ Arnold Suppan, Katholische Volksparteien in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Tschechen und Slowaken, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout [Hrsg.], Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2001, S. 273.

⁸ Dušan Kováč, Philosophie und Mythologisierung der slowakischen Geschichte, in: Österreichische Osthefte (35/1993), S. 522.

1.3. Föderalismus und Sozialismus

In der vergleichenden Enzyklopädie „Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft“ weist Klaus von Beyme auf die notwendige Unterscheidung zwischen dem „Föderalismus in der westlichen Welt“ und dem „Föderalismus im sozialistischen Lager“ hin. Ausgehend von der kritischen bis ablehnenden Haltung Marx' und Engels zum Föderalismus wurde ebendieser „nur als Hemmschuh der sozialen Entwicklung“⁹ dargestellt. Auch in leninistischer Tradition wurde der Föderalismus lediglich als vorübergehender Zustand gewertet, der gemeinhin dem zentralistischen politischen Regime untergeordnet werden muss. Insofern unterlag der Föderalismus im Sozialismus der prinzipiellen Richtlinie des demokratischen Zentralismus. Lediglich im Sinne des Internationalismus sollte eine kommunistische Weltföderation angestrebt werden.

Zumal die doktrinäre Sicht auf den Föderalismus oft nur die dominierende sowjetische Sicht widerspiegelte, sowie der praktischen Umsetzung nicht gerecht wurde, stellte sich eine Verknüpfung zwischen dem Föderalismus und dem marxistisch - leninistischem Programm des Sozialismus als äußerst diffizil und vielschichtig dar. Lenin selbst gestand einem Föderalismus lediglich temporäre Konzessionen zu, um durch nationale Bewegungen eine Schwächung des kapitalistischen Systems herbeizuführen. In der Vorstellung über die weitere Entwicklung hin zum Sozialismus barg der Föderalismus jedoch eine Bedrohung der sozialistischen Einheitsgesellschaft. Durch die führende Rolle der kommunistischen Partei, der Verwirklichung des demokratischen Zentralismus und des sozialistischen Internationalismus sollte die Aufhebung der Klassen als kommunistisches Endziel erreicht werden.¹⁰ Da diese Prinzipien auch in der Verfassung der ČSSR von 1960 verankert wurden, stellte sich die Föderalisierung der ČSSR von 1968/69 im Sinne eines sozialistischen Konstitutionalismus unter gänzlich anderen Regimebedingungen dar, als es 1938 erfolgte.

Im Falle der ČSSR soll daher eine detaillierte Form der Darstellung für die Jahre 1968/69 vorgenommen werden, die sich mit der unmittelbaren Zeit vor und nach der de iure – Föderalisierung der ČSSR, folglich bestehend aus einer tschechischen sozialistischen Republik und einer slowakischen sozialistischen Republik, beschäftigt. Komparative Momente sollten trotz der divergierenden Prämissen, die aus den theoretischen Annäherungen an das Föderalismusprinzip westlicher und sozialistische Prägung herrühren, im abschließenden Kapitel Gegenstand dieser Arbeit sein.

⁹ Klaus von Beyme, Föderalismus, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd.2, Diplomatie bis Identität. Freiburg/Basel/Wien 1968, S. 566.

¹⁰ Maya Hertig, S. 63.

2. Die slowakische Frage in den Jahren 1919 und 1920

2.1. Neupositionierung zur Tschechoslowakei

Durch die Darstellungen in den „Außenpolitischen Akten der Republik Österreich“ können in bezug auf die slowakische Frage und den Aspekt des Föderalismus als Staatsprinzip insbesondere durch die Feder des Legationsrates Ferdinand Marek Aussagen, Informationen und Interpretationen historischen Wesens entnommen und vorgenommen werden. Dabei ermöglicht eine in ihren Intervallen sehr kontinuierliche Präsenz der slowakischen Frage das Skizzieren verschiedenster und komplexer Prozesse anhand - oft nur sehr kurzer – Passagen aus den Akten.

Der Zeitraum, den die begutachteten Akten beleuchten, stellt für die erste Tschechoslowakische Republik die Jahre 1919 und 1920 dar. Nachdem sich die Wirren des Ersten Weltkrieges auch für die internationale Diplomatie bemerkbar gemacht hatten, konnte ein dem Thema gemäßer Einstieg anhand der Akten ab Mai 1919 erfolgen. Zunächst standen allerdings für die Österreichische Republik als einen der jungen Nachfolgestaaten der zerfallenen Österreich-Ungarischen Monarchie vordergründige Motive der politischen Neupositionierung an der diplomatischen Tagesordnung. So auch die Neupositionierung zur Tschechoslowakei, die am 28. Oktober 1918 ausgerufen wurde. Ein Beispiel solcherart lieferte Marek in einem Schreiben an den damaligen österreichischen Unterstaatssekretär Pflügl am 19. Mai 1919, in welchem er über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Handelsminister Dr. Stránsky zu berichten wusste:

„Auch Generaldirektor Günther, der am selben Tage wie ich mit Dr. Stránsky konferierte und am Abend sogar mit Dr. Stránsky in dem als rein deutsch geltenden Restaurant des Hotel „Blauer Stern“ sass, bestätigte mir, dass eine deutsch – und deutschösterreichisch – freundliche Stimmung zu bemerken sei, gepaart mit einer leichten Verstimmung und Enttäuschung über die Entente bei der man zuerst rein altruistische Motive in der Behandlung der Tschechen zu sehen vermeinte, von deren Egoismus man sich aber in der letzten Zeit überzeugt haben dürfte. Generaldirektor Günther soll gesprächsweise zu Stránsky gesagt haben, er sehe das nächste Bündnis zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland kommen und Stránsky habe nicht nein gesagt.“¹¹

Zunächst versuchte Marek über die derzeitige Stimmung gegenüber Österreich beziehungsweise Deutschösterreich zu informieren. Hinsichtlich der slowakischen Frage deutete er noch nichts explizit an, da lediglich von den Tschechen die Rede war, die im Vorfeld der Friedensverhandlungen von St. Germain im September desselben Jahres auf eine

¹¹Legationsrat Marek an Unterstaatssekretär Pflügl, Prag, 19. Mai 1919, ÖStA, AdR, GZ I-4052/pr:23.V 1919, Karton 738

positive Haltung der Entente im Sinne territorialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten hofften. Weniger die slowakische Frage im multiethnischen Staat der Tschechoslowakei interessierte an dieser Stelle, als die Frage nach der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei, deren Interessen auch von der österreichischen Regierung vorsichtig verfolgt wurden.

Von den vorherrschenden nationalen Belangen der „Tschechen“ schien Marek vielerlei abhängig zu machen. So waren sie verantwortlich für die Loslösung von der Monarchie und sollten zum Zeitpunkt eines Schreibens an Staatssekretär Otto Bauer im Mai 1919 selbst für die sozialdemokratische Partei ein vordergründiger Beweggrund der Politik werden. Im multiethnischen Staat der Tschechoslowakei herrschte eine national bis nationalistisch tschechische Tendenz vor, die auch bei jenen Minderheiten, wie den Deutschen in Böhmen, politischen Druck erzeugte, und auf vermeintliche Alternativen, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker stießen:

„Man dürfe sich jedoch nicht verhehlen, dass die ganze Bewegung, die zur Loslösung der Tschechen von der ehemaligen Monarchie geführt habe, eine rein nationalistische gewesen ist und auch jetzt noch sei, die nationale Note, jene, die in allen Richtungen den Ausschlag gäbe. Um daher den Sieg der sozialistische Ideen in der ts.sl. Republik zu sichern, müssten auch die Sozialisten dieser nationalen Tendenz Rechnung tragen, da sie nur so breite Schichten der Bevölkerung für den Sozialismus mitgewinnen können. Diese nationale Tendenz werde jedoch einem günstigen Ausgleich mit den Deutschen nicht hinderlich sein und die Partei rechne insbesondere auf ein vernünftiges Entgegenkommen der deutschböhmisches Sozialdemokratie. Der Minister könne sehr wohl begreifen, dass sich die deutschen Sozialdemokraten in Tschechoslowakien bisher dem tschechischen Staate gegenüber ablehnend verhalten haben, da sie ja immer noch die mehr oder minder berechnete Hoffnung hegten, es werde zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes und damit zu einem selbstständigen Deutschböhmen kommen.“¹²

Die Slowakei wurde dabei bewusst nicht erwähnt. Schien sie zwar pro forma im offiziellen Namen auf, erhielt jedoch in diesem Falle der Staat – im Sinne einer tschechischen Staatsnation – das Attribut „tschechisch“.

¹² Legationsrat Marek an Staatssekretär Otto Bauer, Prag, 20. Mai 1919, ÖStA, AdR, GZ I-4053/pr: 23 V1919, Karton 738

2.2. Die slowakische Frage bis zum Friedensvertrag von St. Germain

Die „deutschösterreichische Gesandtschaft“ – auf diese Selbstbetitelung ließen die Aktenbogen bis Januar 1920 schließen – begann mit Anfang Juli 1919 in Prag politische Lageberichte abzufassen. Da die slowakische Frage im Zeitrahmen der ersten Tschechoslowakischen Republik von 1918 bis 1938, trotz der drei Autonomieanträge von Mitgliedern oder nahestehenden Personen der Slowakischen Volkspartei aus den Jahren 1922, 1930 und 1938, nie auf der offiziellen Tagesordnung des tschechoslowakischen Parlaments stand¹³, stellen diese politischen Lageberichte Mareks und des Vizekonsuls Alexich in Bratislava qualitativ hochwertiges Quellenmaterial dar.

Die slowakische Frage war für die offizielle tschechoslowakische Politik tschechischer Prägung heikles Thema. Vor den Augen der Entente und den anstehenden Friedensverhandlungen in Paris wollte man nach Außen einen stabilisierenden Eindruck wahren. Die slowakische Frage fügte sich in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit in Verknüpfung mit vordergründigen Aufgaben der tschechoslowakischen Tagesordnung in die politischen Situationsberichte ein:

„Bei der Abstimmung über die Regierungserklärung Tusars in der Nationalversammlung waren die Nationalsozialisten nicht zugegen, so dass die Annahme mit kaum einem Viertel der Stimmen des Hauses erfolgte. Zwar entschuldigten sich die Nationalsozialisten gleich nach der Abstimmung, dass sie eben eine Klubsitzung abgehalten und von der Abstimmung nicht gewusst hätten, doch war der peinliche Eindruck dieser Scheinannahme der Regierungserklärung nicht mehr zu korrigieren. Bezeichnend war übrigens, dass auch die Slowaken zum Grossteil nicht im Saale anwesend waren.“¹⁴

Bei diesem Kabinett Tusars handelte es sich um eine sozialdemokratisch – agrarische Regierungsmajorität, innerhalb welcher auch der Slowakische Klub abgesehen vom Minister für die Slowakei, drei weitere Portefeuilles forderte.

¹³ Elisabeth Bakke, *Doomed to Failure? The Czechoslovak nation project and the Slovak autonomist reaction 1918-1938*. Oslo, 1998, S. 475 f.

¹⁴ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres Wien, Prag, Juli 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 126, Karton 9, S. 2 f.

Die Unzufriedenheit gegenüber Tusar nahm weniger von Seiten des Slowakischen Klubs zu, dessen Mitglieder aufgrund der Zusammensetzung bald als Regierungsslowaken diffamiert wurden. Die slowakischen Parteien – allen voran die klerikale Slowakische Volkspartei Andrej Hlinkas – begannen, den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Zusätzlich spitzte sich die Lage in der Slowakei durch die Gegenoffensive Bela Kuns, der Ende März 1919 in Ungarn eine Räterepublik ausgerufen hatte, zu. Die Gegenoffensive startete am 20. Mai und beschäftigte das Militär und die Politik der Tschechoslowakei bis in den September desselben Jahres.¹⁵

Die Stellung des Ministerpräsidenten Tusar schien in den Sommermonaten vor den Friedensverhandlungen im September zunehmend geschwächt. Marek erwähnte zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal das Schlagwort des Separatismus der Slowaken, wonach die Lage in der Slowakei angesichts der Okkupation die innenpolitische Situation als auch die wirtschaftlichen Belange der gesamten Tschechoslowakei beeinträchtigen würde:

„Die Stellung des Ministerpräsidenten Tusar hat sich in den abgelaufenen 2 Wochen nicht gefestigt, der Regierungsblock besteht nur dem Namen nach. Zu einem Einvernehmen zwischen Sozialdemokraten und nationalen Sozialisten ist es bisher nicht gekommen und in den letzten Tagen ist zum Ueberfluss noch der Separatismus der Slowaken deutlich hervorgetreten. Ja, innerhalb der eigenen Partei hat der Ministerpräsident mit Schwierigkeiten zu kämpfen und wird von den radikalen Parteigenossen angegriffen.“ [...] „Ziehen wir schliesslich noch die kostspielige Okkupation der Slowakei in Rechnung – dabei verlangen die Slowaken, dass ihr Land bis zur Wiederkehr friedlicher Verhältnisse in Ungarn besetzt bleiben soll – so ist auch die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakiens nicht die beste.“¹⁶

Zum steigenden politischen Druck auf das Kabinett Tusars gesellte sich auch eine staatsrechtliche Komponente. Die Slowaken bestanden auf ein Vetorecht für alle die Slowakei betreffenden Gesetzesvorlagen und zielten auf eine den Tschechen gleichberechtigte Stellung im Staatsgebilde der Tschechoslowakei. Marek wies am Ende dieses unvollendeten politischen Lageberichtes auf einen Artikel einer Prager deutschen Zeitung, der den Tschechen angesichts der slowakischen Forderungen einen Schulterschluss mit der deutschen Minderheit rät:

¹⁵ Jörg K. Hoensch, Tschechoslowakismus oder Autonomie. Die Auseinandersetzungen um die Eingliederung der Slowakei in die Tschechoslowakische Republik, in: Hans Lemberg/Peter Heumos [Hrsg.], Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis 26. November 1989. München 1993, S. 141.

¹⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 7. August 1919, ÖStA, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 130, Karton 9, S.1

[...] „Die Zerrissenheit in der Regierungsmajorität beweisen vollends die jetzt bei den politischen Beratungen in Turocz St. Marton zutagegetretenen autonomistischen Bestrebungen der Slowaken, die wohl schon seit Wochen immer wieder geltend machen, dass sie Herren im eigenen Lande sein wollen, nun aber durch Minister Šrobar den Tschechen klipp und klar erklärt haben, dass sie sich in die inneren Verhältnisse der Slowakei nichts werden dreinreden lassen. Darob grosse Bestürzung bei allen tschechischen Parteien. Die Slowaken berufen sich auf eine verbindliche Zusage der tschechischen Parteien schon gelegentlich der Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts Tusar, dass sie ihre politische Werbearbeit nicht auf die Slowakei ausdehnen und keine tschechischen Parteiorganisationen dort gründen werden. Weiters verlangen die Slowaken ein förmliches Vetorecht für alle Gesetzesvorlagen, die die Slowakei betreffen, und damit eigentlich für alle Gesetze. So geben sie also deutlich zu verstehen, dass sie sich mit der Errichtung des Ministeriums für die Vereinheitlichung der Gesetze, die nur ihnen zuliebe erfolgt, nicht abspesen lassen. Mit Recht hat ein Prager deutsches Blatt zum separatistischen Auftreten der Slowaken bemerkt, dass die Tschechen mehr denn je allen Grund haben, eine Verständigung mit den Deutschen zu suchen, die ihnen weitaus nicht solche Schwierigkeiten bereiten wie“¹⁷

2.3. Die slowakische Frage und Ungarn

Die „Außenpolitischen Akten der Republik Österreich“ sind in bezug auf die slowakische Frage in Verknüpfung mit der ungarischen Forderung nach slowakischem Territorium, welches ab dem 28. Oktober von Ungarn abgetrennt, im Tschechoslowakischen Staat aufging, mit doppelter Vorsicht für den Historiker zu beurteilen. Zum einen liefert diese Verknüpfung zusätzliche komplexe historische Kontexte. Zum anderen sah sich gerade die offizielle Politik der Republik Österreich in der Burgenlandfrage ebenso wie die tschechisch geprägte Politik der Tschechoslowakischen Republik in der slowakischen Frage von ungarischen Bedrohungen konfrontiert. Der tschechoslowakische Außenminister Beneš und der österreichische Staatskanzler Renner hielten daher die Nichteinmischung in innere politische Angelegenheiten, wie den Minderheitenschutz des anderen Staates, hoch, bestätigten sich jedoch gegenseitig in allfälliger Unterstützung. Beneš sicherte Österreich folglich im Falle einer Zuspitzung des Burgenlandkonfliktes tschechoslowakische Unterstützung zu.¹⁸

¹⁷ Ebendort, S.8. Der politische Situationsbericht endet an dieser Stelle abrupt.

¹⁸ Sabine Haas, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei von 1918 bis 1922. (gedruckte Diplomarbeit) Wien 1991, S. 32.

Das Hauptmotiv für die tschechoslowakische Absicherungspolitik gegenüber Ungarn lag für Marek in der Restaurationsgefahr – also der Wiedererrichtung der habsburgischen Regentschaft in Ungarn – und die damit verbundenen Verhältnisse in der Slowakei:

„Jede andere Ablenkung von den Wirren der inneren Politik wäre der Regierung Tusar willkommener gewesen als die Aufrichtung der habsburgischen Regentschaft in Ungarn. Dieser politische Rückfall des benachbarten Rivalen um den Besitz Slowakiens kam für Prag überraschend, denn man hatte sich hier schon mit dem Gedanken befreundet, dass das soz. dem. Kabinett Peigl sich werde behaupten können. So hoffte man auch auf billige Weise aus der peinlichen Lage herauszukommen, die durch das Ultimatum Tusars an Bela Kun geschaffen war.“

[...] „Unaufrichtig wie in der Ordnung der inneren Schwierigkeiten war von vornherein die Stellungnahme der tschechischen Oeffentlichkeit gegenüber der neuen Lage in Ungarn. Ohne eigentlich darauf geführt zu werden, fand sich doch die gesamte tschechische Presse einmütig in dem Bestreben, die Hauptfrage, die mit einer Restauration Habsburgs in Ungarn für Tschechoslowakien entstehen muss, zu verschweigen: den bedrohten Besitz der Slowakei in Umfange der gegenwärtigen Okkupation. Nur das Parteiorgan der Sozialdemokraten findet den Mut einzugestehen, dass die Slowakei angesichts der ungarisch-nationalen Tendenzen der dortigen Gentry und Bourgeoisie für ein starkes Ungarn der wunde Punkt Tschechoslowakiens sei und dass die weitere Mobilhaltung der tschechischen Armee eine ungeheure Last für den Staat und ein Hindernis für die Gesundheit des Wirtschaftslebens bedeuten werde.“¹⁹

Nachdem am 10. September 1919 im Vertrag von St. Germain die Tschechoslowakische Republik in ihren Grenzen und ihrer Zusammengehörigkeit von der Entente bestätigt worden war, und gleichzeitig auf Räumung der Slowakei durch ungarische Truppen bestanden hatte, wurde der Zusammenschluss der Tschechen und Slowaken in einem Staat besiegelt. Dies führte allerdings nicht zum Abklingen der autonomistischen Bestrebungen von slowakischer Seite, die in der tschechisch geprägten Politik beziehungsweise zentralistischen Politik Prags ihr Feindbild sahen.

Doch nicht nur das ungleiche Gewichtungsverhältnis zwischen Tschechen und Slowaken in der Politik spielte eine Rolle, sondern auch das Auftreten der tschechischen Beamten und Soldaten zu diesem Zeitpunkt in der Slowakei. Dem Bericht eines Dr. Benndorf zufolge befand sich eine große Mehrheit der slowakischen Bevölkerung auf der Linie einer autonomen Slowakei, welche die Angliederung an den ungarischen Staat wünscht. Dr. Benndorf selbst saß in der sächsischen Gesandtschaft in Wien, und schrieb zahlreiche Lageberichte die über die Verhältnisse in der Slowakei. Zum Zeitpunkt des 27. Septembers beschrieb Dr. Benndorf die Lage, wie folgt:

¹⁹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 18. August 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 132, Karton 9

„In der Slowakei nimmt die Abneigung gegen die tschechische Herrschaft beständig zu“ [...] „die Besetzung der Ämter mit Tschechen, die Eingriffe in das Schulwesen, die fortwährenden Requisitionen ohne hinreichende Entschädigung, die hochmütige Behandlung der Bevölkerung als minder kultivierte Menschen... haben dahin geführt, daß jetzt die Mehrheit des slowakischen Volkes die Schaffung einer an den ungarischen Staat angegliederten autonomen Slowakei wünscht. Die Führer der tschechenfeindlichen Bewegung gehören dem Klerus an, dem bedeutendsten Machfaktor in der Slowakei, einer Hochburg des römischen Katholizismus, und der Intelligenz, die geradezu von Haß gegen das Tschechentum erfüllt ist. – Die slowakische Separationsbewegung wird für die Tschechen besonders dadurch gefährlich, daß sie nicht nur von den Ungarn... sondern ebenso sehr von den Polen unterstützt wird...“²⁰

2.4. Die slowakischen Autonomiebestrebungen und ihre Träger

Derart scharfe Töne schlug auch Legationsrat Marek bereits zehn Tage zuvor an. Neben dem oben erwähnten Konflikt um Teschen zwischen den Polen und Tschechen, sowie den Missständen in den tschechischen administrativen und militärischen Personenstäben in der Slowakei, ging Marek insbesondere auf ein Ereignis ein, das die Gemüter innerhalb der tschechoslowakischen Politik erregte: Andrej Hlinkas Reise zu den Friedensverhandlungen nach Paris.

Der katholisch-geistliche Hlinka verstärkte seine politische Agitation für die slowakische Selbstbestimmung, nachdem das vom nunmehrigen Präsidenten Thomas G. Masaryk signierte Pittsburgh Agreement vom 30. Mai 1918 und das darin enthaltene Selbstbestimmungsrecht bekannt geworden war. Von den slowakischen Autonomisten, wie Hlinka oder Ferdiš Juriga, wurde der Vertrag im Sinne einer eigenständigen slowakischen Nation, die sich in einem föderalistischen Staatsgebilde mit der Tschechischen Nation als gleichberechtigter Partner befindet, ausgelegt.

Von tschechischer Seite beziehungsweise von tschechoslowakischen Zentralisten wurde hingegen argumentiert, dass das Agreement keinen bindenden Vertragswert besaß, da es mit Vertretern tschechischer und slowakischer Emigranten in den USA geschlossen wurde, und für die eigentlichen tschechoslowakischen Staatsbürger nicht gelte.²¹

Auch die Deklaration von Turčianský Svätý Martin vom 30. Oktober 1918, die den Slowaken als rechtliche Grundlage für die Selbstbestimmung der Slowaken unmittelbar nach

²⁰ zitiert nach Alfred Opitz, Der tschechische Nationalstaat im Jahre 1919. Nachrichten und Kommentare aus den Berichten der sächsischen Gesandtschaft in Wien zu innerstaatlichen national- und außenpolitischen Problemen seines Aufbaus, in: Bohemia (22/1981/1), S. 75 f.

²¹ Elisabeth Bakke, Doomed to Failure?, S.481 ff.

der Ausrufung der ersten Tschechoslowakischen Republik galt, brachte keine Klarheit in die zukünftigen Beziehungen. Die Tschechen hoben aufgrund einer der Deklaration enthaltenen Passage, welche die linguistische und kultur-historische Einigkeit der Tschechen und Slowaken betont, das einigkeitsstiftende Moment hervor.

Hlinka, der angesichts der Zusammensetzung des Slowakischen Klubs hinsichtlich des hohen Anteils an Protestanten und tschechischen Mitgliedern einer Gefahr des Laizismus und der Protestanten aus den tschechischen Ländern entgegensah, gründete – nach Abhaltung eines Priesterrates am 27. und 28. November – erneut die Slowakische Volkspartei (Slovenská L’udova Strana) am 19. Dezember 1918.²²

Im weiteren Verlauf gewann Hlinka derart an politischer Bedeutung, dass er seine politischen Ziele auch außerhalb der Slowakei verbreitete:

„Die Nachrichten aus der Slowakei lassen immer deutlicher erkennen, wie sehr die Militärverwaltung dortselbst den Tschechen schadet, und es wird nun auch von tschechischer Seite eingestanden, dass, abgesehen von dem herrischen Auftreten der Soldateska, die Entsendung von minderem, korruptem Beamtenmaterial in das okkupierte Slowakien die ansässige Bevölkerung den Tschechen entfremdet hat. Besonders die Taktlosigkeit der nationalistischen Legionssoldaten in religiösen Dingen hat in den frommen Slowaken eine feindselige Stimmung gegen die tschechischen Okkupanten geweckt und der slowakischen Geistlichkeit unter der Führung Hlinkas die Arbeit erleichtert.

Wenn auch die Prager Regierungskreise die Agitation Hlinkas und seines Anhangs schon seit längerer Zeit mit besonderem Misstrauen verfolgten, so hat doch die Meldung von seiner Fahrt nach Warschau, die einer Flucht gleichkam, überrascht, noch mehr aber die Nachricht, dass Hlinka nach Paris weitergereist sei, um sich bei der Friedenskonferenz über die tschechische Wirtschaft zu beschweren. Der klerikale „Čech“ wollte Hlinka damit verteidigen, dass es sich bloss darum handle, einem Plan der Prager Regierung zu vereiteln, wonach Zips und Arau gegen Konzessionen in der Teschner Frage an Polen abgetreten werden sollen – eine Begründung, deren Glaubwürdigkeit von der gesamten Presse bestritten wird und die umsoweniger haltbar ist, als die gross angelegte antitschechische Agitation des slowakischen Klerus sich auch auf die der Tschechoslowakei zugesprochenen Karpathenrussischen Bezirke erstreckt, wo die Bevölkerung von der Geistlichkeit gegen das tschechische Militär aufgeheizt wird.

Die slowakische Bewegung scheint von Mähren aus organisiert zu sein, und wie erfolgreich sie ist, beweist die Feststellung eines Olmützer Klerikalen Blattes, dass der vor kurzem dort nach mährischem Muster gegründete katholische Turnverein Orlice (organisiert vom Freunde Hlinkas Jehlička, der ebenfalls nach Polengeflüchtet sein soll) bereits auf 10.000 Mitglieder zählt.

Es bleibt abzuwarten, ob Hlinka tatsächlich nach Paris fährt und welche Forderungen er dort aufstellen wird. Der früher einheitliche slowakische Klub ist bereits in sechs politische Parteigruppen gegliedert. Die stärkste darunter dürften die Agrarier sein, die unter dem Namen „Nationale republikanische Bauernpartei“ im wesentlichen das Programm der tschechischen Agrarier angenommen haben.“²³

²² Jörg K. Hoensch, Tschechoslowakismus oder Autonomie, S. 144.

²³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 17. September 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 147, Karton 9, S.5 f.

Hlinkas Autonomieforderungen wurden nicht nur in Polen gehört, sondern fanden – wie es Marek zu Ungunsten der tschechischen Vertreter in Paris voraussagte – auch vor einem größeren und internationaleren Publikum ihren Platz. Allerdings wurde unter Mithilfe der tschechischen Presse in Verbindung mit der Teschener Frage auch Hlinkas Initiative in Warschau und deren Vorbildwirkung für „die Revoltierung der Slowakei durch die Geistlichkeit“²⁴ absichtlich wenig erwähnt.

Nach dem Aufenthalt in Warschau und der Ausstellung eines polnischen Reisepasses – Prag verwehrte die Ausstellung – konnte Hlinka seine Reise nach Paris antreten. Dabei mussten er und sein Begleiter Jehlička, der über Französischkenntnisse verfügte, den Umweg über Rumänien und Italien in Kauf nehmen. Hlinka sollte erst zehn Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Paris eintreffen. Daher konnte lediglich ein Memorandum mit dem Titel „Für den Frieden in Mitteleuropa“ an diplomatische Stellen versandt werden und für politisches Aufsehen sorgen.²⁵ Im folgenden politischen Lagebericht stellte Marek Hlinkas Agitation in Paris der nationalen Befindlichkeit der slowakischen Bauern gegenüber. Gewollt oder ungewollt erschien Hlinka in diesem Falle als Vertreter der Slowaken, der nach Paris gar zu seinen Landsleuten in die USA reisen werde, um noch einmal die Autonomiebestrebungen der Slowaken als kollektive Nation angesichts des Pittsburgh Agreement zu festigen:

„ Was die Slowakei und im Besonderen die Affäre Hlinka anlangt, so wurde von tschechischer Seite die Ankunft Hlinkas in Paris vorderhand nicht bestätigt, doch ist bereits die Nachricht aufgetaucht, dass Hlinka von Paris nach Amerika weiterreisen werde, um dort bei seinen Landsleuten darauf hinzuarbeiten, dass die seinerzeit in Pittsburg von den auswärtigen Vertretern der Tschechen unterschriebenen Bedingungen einer vollständigen Autonomie der Slowaken eingehalten werden. Nach Aeusserungen Hlinkas verbürgt das Pittsburger Abkommen den Slowaken in einem gemeinsamen tschechoslowakischen Staate einen selbstständigen Landtag mit selbstständiger Regierung und sogar ein selbstständiges Heer. Von sozialistischer Seite wird geltend gemacht, dass, abgesehen von der Wühlarbeit des Klerus, vornehmlich die Behandlung der slowakischen Bauern durch die tschechische landwirtschaftliche Gesellschaft den Aufruhr gegen die tschechischen Okkupanten verursacht hatte. Die genannte Gesellschaft schont nämlich bei den Requisitionen für das Militär den Großgrundbesitz und geht rücksichtslos gegen die Kleinbauern vor, sodass es zu förmlichen Aufständen kommt und das arme Landvolk sich mit Sensen und Gabeln zur Wehr setzt.“²⁶

²⁴Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 24.September 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 152 Karton 9, S.1

²⁵ Emilia Hrabovec, Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922. (Habilitationsschrift) Wien 2001, S. 257.

²⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 24.September 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 152 Karton 9, S.2

Noch bevor sich der Misserfolg Hlinkas bei den Friedensverhandlungen in Paris einstellen sollte, reagierten tschechische, aber auch zentralistisch nach Prag orientierte Politiker aus der Slowakei empört über die autonomistische Bewegung, deren Erfolg sie in Hlinkas größer werdender Einflussnahme festmachten. Die Historikerin Emilia Hrabovec bezeichnet die innenpolitische Lage gar als ernsteste Krise der Tschechoslowakei vor dem Jahr 1938.²⁷ Legationsrat Marek beschrieb den Unmut über die damalige Situation indirekt über die slowakische Presse, die im Falle des „Slovensko“ aus parteipolitischen Motiven gegen die Autonomiebestrebungen und insbesondere gegen Hlinka opponierte, und den Hlinkismus als ein Gift bezeichnete, „das unser ganzes Leben durchsetzt und sich auch dort ausbreitet, wo man es nicht erwartet hätte. Schuld daran ist unsere (Pressburger) Regierung, die sich vor den Hlinkaleuten fürchtet. Die Anhänger Hlinkas aber sitzen in allen massgebenden Aemtern.“²⁸

Nachdem Hlinkas Scheitern in Paris bekannt wurde, schien sich das Blatt gewendet zu haben, da ihn viele Mitglieder aus seiner eigenen Partei in seinen Initiativen nicht mehr unterstützten. Nachdem er versucht hatte die Teschener Frage durch seine Verbindungen nach Polen als Druckmittel gegen die tschechoslowakische Regierung bei den Friedensverhandlungen einzusetzen, und dabei scheiterte, musste er sich auf die politische Isolation in Form einer Verhaftung gefasst machen. Die slowakische Frage konnte aber keiner Lösung durch die Ruhigstellung Hlinkas entgegentreten. Im Gegenteil, die Regierung Tusa lief nach Meinung Mareks Gefahr durch die Verhaftung Hlinkas denselben zu einem Märtyrer für die slowakischen Autonomisten zu machen:

„Der Misserfolg Hlinkas in Paris ist bestätigt. Mag es für Hlinka schon schmerzlich gewesen sein, dass ihn die Polen haben fallen lassen, so wird es ihn noch mehr überraschen, dass seine eigenen Parteigenossen in der Nationalversammlung und die offizielle Presse der katholischen Volkspartei ihn verleugnen. Soweit sich aus den bisherigen Äusserungen der klerikalen Zeitungen schliessen lässt, scheint die Volkspartei nicht gesonnen zu sein, Hlinka zu halten. Doch selbst wenn er in der Fremde bleiben müsste, wird die autonomistische Agitation des slowakischen Klerus dadurch nicht verlieren, im Gegenteil, sie gewinnt und wird doppelt gewinnen, wenn die Regierung Tusa den faktischen Fehler begehen sollte, Hlinka zum Märtyrer zu machen.“²⁹

²⁷ Emilia Hrabovec, Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922, S. 244.

²⁸ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Äusseres, Prag, 2. Oktober 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 162, Karton 9, S.5

²⁹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Äusseres, Prag, 9. Oktober 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 168, Karton 9, S.8

Aber auch eine gewisse Entspannung in der Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten rund um Tusar und den Nationaldemokraten rund um Dr. Kramář war bemerkbar. Die anstehenden Probleme betrafen neben der slowakischen Frage vor allem soziale Reformen, wie Verhandlungen über Kollektivverträge mit Betriebsräten für die Bergreviere, aber auch das finanzpolitische Gebiet, dessen Zukunft im Oktober 1919 als optimistisch – für Marek zu optimistisch – beurteilt wurde. Zudem traten Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung hervor, deren Ursache insbesondere in der Organisierung der Verteilung und des Transportes lagen.

Bereits Ende Oktober 1919 bahnte sich erneut eine politische Krise in der jungen Tschechoslowakischen Republik an. Die Propaganda und Agitation tschechischer Parteien in der Slowakei rief bei den slowakischen Autonomisten großen Unmut hervor. Durch Vavro Šrobar, seinerseits Minister für die Slowakei, und seine Behinderung der sozialdemokratischen Agitation in der Slowakei zugunsten der Agrarier und Nationalsozialisten wurde dieses Thema zuerst zu einer Kampagne gegen Šrobar aufgemacht, und letztlich zu einer Zerreißprobe für die tschechoslowakische Regierung selbst:

„Der Friede innerhalb der Regierungskoalition war von kurzer Dauer. Die letzten Tage haben eine neue Krise gebracht, die umsomehr überrascht hat, als sie durch die Zustände in der Slowakei verursacht war, für deren Sanierung man gerade das geschlossene Vorgehen aller Regierungsparteien gegen die Klerikalen erwartet hatte. Dass es anders gekommen ist, dürfte seinen Grund darin haben, dass die Regierungsparteien weniger an die autonomistische Bewegung unter den Slowaken denken, als vielmehr auf ihre eigenen Parteiinteressen bedacht sind, die mit dem Herannahen der Parlamentswahlen immer mehr in den Vordergrund treten werden.

Wie erinnerlich, hatten die Slowaken seinerzeit die grundsätzliche Forderung aufgestellt, dass die tschechischen politischen Parteien auf eine Agitation in der Slowakei verzichten. Am heftigsten hatten dagegen die Nationalsozialisten protestiert und sie kümmern sich um diese autonomistische Forderung der Slowaken ebenso wenig wie die Sozialdemokraten. Dass Minister Šrobar die organisatorische Tätigkeit der letzteren in der Slowakei zugunsten der Agrarier und der Nationalsozialisten behindert, hat ihm Feindschaft der sozialdemokratischen Führer eingetragen und der soz-dem. Klubobmann Bechyňe eröffnete eine Kampagne gegen ihn, aus der es kaum einen anderen Ausweg gibt, als dass Šrobar und mit ihm die slowakische Regierung abgeschafft oder die freie Agitation der Sozialdemokraten in der Slowakei verbürgt wird.

Die tschechischen Agrarier haben sich auf Seite Šrobars gestellt und machen seine Angelegenheit zu einer Regierungsfrage. Dieses Eintreten der Agrarier für Šrobar hat überrascht. Es ist das erstemal, dass in der sogenannten engeren, der sozialdemokratisch-agrarischen Koalition, ein Zwist ausgebrochen ist. Bisher war es Tusar gelungen zu verheimlichen, dass irgendeine Meinungsverschiedenheit der beiden grössten Parteien, auf die allein er sich eigentlich stützt, an die Öffentlichkeit gelangte, und zu diesem Zweck war auch zwischen den Sozialdemokraten und Agrariern ein Pakt zustande gekommen, den die Blätter beider Parteien in Regierungsfragen streng beachtet hatten. Die Behauptung des „Pravo Lidu“, dass Šrobar die Parteiarbeit der Agrarier in der Slowakei protegiere, wurde vom agrarischen „Venkov“ nicht widerlegt, sondern einfach mit der Erklärung beantwortet, dass die Sozialdemokraten einen Parteigenossen als Minister für die Slowakei haben wollen, ein politischer Terror, den die koalitierten Parteien sich nicht gefallen lassen könnten.

Es ist kaum anzunehmen, dass Bechyňe ohne Wissen Tusars den Kampf gegen Šrobar und die Agrarier aufgenommen hat. Sehr wahrscheinlich aber sind die Sozialdemokraten zu diesem Vorgehen von ihren Organisationen in der Slowakei gedrängt worden, die nach den Mitteilungen des „Právo Lidu“ von Šrobar mit allen Mitteln des Ausnahmezustandes geknebelt werden.“³⁰

Zum einen war die fehlende Stabilität der tschechoslowakischen Regierung in ungeklärten politischen Fragen ein Zeichen parteipolitischer Differenzen. Zum anderen verrieten Fälle der Unstimmigkeit und des politischen Dissens, wie dieser, vieles über das Wesen der slowakischen Frage selbst. Denn diese ungelöste Frage entwickelte in den verschiedensten Rahmenbedingungen unterschiedlichste Facetten. Wurde sie in Vertragswerken, wie dem Pittsburgh Agreement, als staatsrechtlich bindendes Element von den slowakischen Autonomisten angesehen, um im Laufe der 1920er Jahre als identitätsstiftende slowakische nationale Magna Charta verklärt zu werden, so wurde die slowakische Frage in den innenpolitischen Auseinandersetzungen eher als Mittel zum Zweck, denn als Selbstzweck benutzt. Für die norwegische Historikerin Elisabeth Bakke war der pragmatische Aspekt der slowakischen Frage und deren immanente Autonomiebestrebungen im Rahmen einer föderalisierten Tschechoslowakei insbesondere in den Jahren 1919 und 1920 vorherrschend.³¹ Auch Mareks innenpolitische Lageberichte scheinen die facettenreiche Einsetzbarkeit und den pragmatischen Charakter der slowakischen Frage in der Innenpolitik zu bestätigen.

Parallel zu diesen Ereignissen und den politischen Turbulenzen waren die Ausarbeitungen zu den Verfassungsentwürfen für die Tschechoslowakei bereits im Endstadium angelangt. Dass die slowakischen politischen Eliten und die Klerikalen bis dato keine Beanstandungen vorbrachten, die direkt mit den Verfassungsentwürfen kollidierten, welche das Nationalitätsprinzip beinhalteten, verwundert ein wenig.

Bevor auf die weitere Rolle der slowakischen Frage in der Innenpolitik angesichts der bevorstehenden Wahlen, der Verhandlungen über die Verabschiedung der Verfassung und weiterer tagespolitischer Themen in detaillierter Form eingegangen werden soll, stellte sich die slowakische Frage aufgrund einer spürbaren Annäherung zwischen Österreich und der Tschechoslowakei ab Oktober 1919 bis zum Besuch des österreichischen Staatskanzler Renner im Januar 1920 auch aus einem anderen Blickwinkel dar.

³⁰ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 25. Oktober 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 180, Karton 9

³¹ Elisabeth Bakke, S. 478.

2.5. Die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik in bezug auf die slowakische Frage

Wie an anderer Stelle erwähnt, formte sich auf Basis der ähnlichen politischen Haltung gegenüber Ungarn und einer damit verknüpften revisionistischen Gefahr in territorialen Angelegenheiten ein Schulterschluss der offiziellen österreichischen Politik mit der tschechoslowakischen politischen Führung, die in außenpolitischen Angelegenheiten von Eduard Beneš als Außenminister der Tschechoslowakei gelenkt wurde.

Nachdem sich die offizielle Politik der beiden Staaten auf ein gemeinsames diplomatisches Vorgehen gegenüber den ungarischen Gebietsforderungen bezüglich der Slowakei und des Burgenlandes in Paris geeinigt hatte, ging auch Marek als wichtige Person in der österreichischen Diplomatie daran, auf diesem gemeinsamen Vorgehen aufzubauen:

„Wie günstig es im Ausland wirke, wenn man die Verträglichkeit und ein Zusammengehen der Tschechoslowakei mit Oesterreich und umgekehrt bemerke, dafür habe der Minister gerade in der jüngsten Zeit den besten Beweis erhalten, er sich über das durch mich übermittelte Ersuchen des Herrn Staatskanzlers in der ungarischen Frage nach Paris wandte. Die Tatsache, dass in Paris nahezu gleichzeitig ein paralleles Einschreiten Dr. Renners mit der Demarche Dr. Benes erfolgte, habe in Paris den allerbesten Eindruck gemacht und dieses Einschreiten wurde auch umgehen mit Dank quittiert. Es langte eine den österreichischen und tschechischen Standpunkt vollauf akzeptierende Antwort ein, die die jetzigen Ereignisse in Ungarn zur Folge hatte. Darüber sei kein Zweifel, dass die Rückkehr zur Monarchie in Ungarn für die Tschechoslowakei die gleichen Gefahren nach sich brächte wie für Österreich.“³²

Neben den vorhandenen Restaurationsängsten, welche die innenpolitische Lage in Ungarn betrafen, dürften die ökonomischen Gefahren der Gebietsverluste auf tschechoslowakischer Seite eine erhebliche, wenn nicht erheblichere, Rolle gespielt haben. Zwar blieb das Gebiet der Slowakei an dieser Stelle namentlich unausgesprochen, doch stellte hinsichtlich der slowakischen Frage und ihrer ökonomischen Dimension beispielsweise der Donauhafen bei Bratislava eine wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit für die Tschechoslowakei dar, wie die Ausführungen des sächsischen Gesandten Dr. Benndorf verrieten.³³

Bemerkbar selten wurde Beneš's Haltung zur Situation in der Slowakei in den Berichten Mareks explizit erwähnt. In mancherlei Hinsicht verdeutlichte er durch seine grundsätzliche politische Haltung indirekt, dass die Autonomiebestrebungen der Slowaken,

³² Legationsrat Marek an das österreichische Staatsamt für Aeusseres, Prag, 27. Oktober 1919, ÖStA, AdR, GZ I-6803/pr:5 XI 1919, Karton 738

³³ Alfred Opitz, Der tschechische Nationalstaat im Jahre 1919. Nachrichten und Kommentare aus den Berichten der sächsischen Gesandtschaft in Wien zu innerstaatlichen national- und außenpolitischen Problemen seines Aufbaus, in: Bohemia (22/1981/1), S. 49.

die in ihren Ausformungen und Zielen einer politischen Föderation nahe kamen, abzulehnen seien:

„Kurz möchte ich sagen, dass Beneš die massgebenden Wiener Kreise in Bezug auf die allgemeine Lage der tschechischen Republik und ihr Verhältnis zur Entente nicht richtig informiert glaubt, woraus seiner Meinung nach auch ein unrichtiges Verhältnis Oesterreichs zur Tschechoslowakei konstruiert wird. Als Leitsatz seiner Politik gelte die Ablehnung jedweder politischen Föderation, was natürlich einem System wirtschaftlicher, aber auch politischer Gelegenheitsverträge über einzelne Materien nicht hinderlich sei.“³⁴

Auch wenn die slowakische Frage unausgesprochen blieb, war Beneš's politischer Hang zum Zentralismus in Form einer starken und stabilen Regierung in Prag zu erkennen.

Im folgenden Akt spiegelt sich eine gewisse Angst des tschechoslowakischen Außenministers, missverstanden worden zu sein. Aufgrund von Berichten aus dem näheren politischen Umfeld erfuhr Beneš von Dr. Renners Meinung bezüglich der slowakischen Frage und ihrer Gewichtung für die Tschechoslowakische Republik. Renner äußerte sich gegenüber Dr. Robert Flieder, der die Tschechoslowakei ab August 1919 in Wien vertrat³⁵, über die Situation in der Tschechoslowakei. Beneš's Antwort folgte prompt und energisch:

„Hinsichtlich der momentanen inneren politischen und wirtschaftlichen Situation in der Tschechoslowakei äusserte sich Beneš wie folgt:

Dr. Renner erkenne scheinbar die Situation in der Tschechoslowakei. „Wir sind uns unserer Kraft bewusst und ich weis, was ich machen kann und darf und dass unsere internationale Position stark ist,“ sagte Dr. Beneš wörtlich. Der schwächste Punkt und jener der vielleicht in Oesterreich am meisten zu der Ansicht beitrage, die Dr. Renner über die innere Lage in Tschechien zu haben scheine, sei die slowakische Frage. Dr. Beneš wolle ganz offen und ohne Hintergedanken mit mir sprechen und er wolle mir hiemit einen Beweis seines persönlichen Vertrauens geben, bitte mich jedoch die folgenden Mitteilungen vertraulich zu behandeln und nur dem Kanzler hierüber Bericht zu erstatten.

Es sei richtig, dass die Slowakei der Regierung schwere Stunden bereite. Der Minister hoffe jedoch, dass die Gefahr bereits gebannt sei, da die mit dem Vatikan und der katholischen Kirche schon zu Ende geführten Verhandlungen eine Lösung der slowakischen Frage herbeigeführt hätten und die Regierung mit den Slowaken und dem Vatikan bereits einig sei. Es sei daher ein Irrtum jetzt noch zu glauben, dass die Slowakei einen schwachen Punkt im Staate bilde und es wäre verfehlt sich vielleicht aus diesem Gesichtspunkte mit Hoffnungen abzugeben, die sich nie erfüllen werden. Gegenüber den Magyaren wolle die Tschechoslowakei keinerlei Expansionspolitik betreiben. Der Staat fürchte die Magyaren nicht, er werde leicht mit ihnen auf gleich kommen. (Der Minister erklärte sich hier nicht deutlich, wie er sich dieses „Auf – gleich – kommen“ mit dem Magyar vorstellt, doch lässt mich ein Wort das er gebrauchte, „wir werden sie los werden“ darauf schliessen, dass

³⁴ Legationsrat Marek an Staatskanzler Renner, Prag, 30. Oktober 1919, ÖStA, AdR, GZ I-6804/5 XI 1919, Karton 738

³⁵ Arnold Suppan, Die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik aus Wiener Sicht, in: Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil [Hrsg.], Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948. Wiener Osteuropa Studien Bd. 12. Frankfurt am Main 2002, S. 20.

vielleicht an eine Grenzkorrektur und Ausschluss rein magyarischer Grenzgebiete gedacht wird.)“³⁶

Nachdem Beneš die Sicht Renners korrigiert hatte, fuhr Marek als diplomatischer Vermittler zwischen den beiden Politikern fort, um die Wogen wieder zu glätten, indem er die Aufregung um die vermeintlichen österreichischen Hoffnungen rund um die Vorgänge in der Slowakei als ein Missverständnis deklarierte, da es sich beim Inhalte des Berichtes von Dr. Flieder um das handelte, „was man im allgemeinen über die Slowakei hört. Beneš nahm diese Aufklärung dankend und mit Befriedigung zur Kenntnis.“³⁷

Im weiteren Verlauf dieser Richtigstellungen wies Beneš daraufhin, dass insbesondere die österreichische Journalistik in der slowakischen und deutschböhmischen Frage für die tschechoslowakische Politik keine Hilfe wäre. Im Gegenzug stellte Beneš Marek in Aussicht die tschechischen Zeitungen von chauvinistischen anti-österreichischen Artikel weg, hin zu objektiveren Sachverhalten zu bewegen:

„Er wolle die tschechischen Zeitungen zur Objektivität zwingen und vom Chauvinismus befreien und so auch die öffentliche Meinung auf seine Seite bekommen. Deshalb seien meine Befürchtungen grundlos. Der Minister werde schon das Notwendige veranlassen. Andererseits möge aber auch die österreichische Journalistik keine tendenziösen Berichte über die Tschechoslowakei, namentlich in der slowakischen und deutschböhmischen Frage verbreiten. Der Minister wolle nicht, dass die Wiener Blätter die Tschechen und ihre Politik unbedingt loben, wünsche jedoch eine objektive Schreibweise frei von der „mauvaise volonté“.“³⁸

Diese zusammenhängende Abfolge an Beneš's Aussagen über die slowakische Frage gegenüber Marek waren die letzten ihrer Art. Auffallend scheint in diesem Zusammenhang zu sein, dass Beneš vor allem auf die Nichteinmischungspolitik in innere Angelegenheiten gegenüber Österreich bestand. Wurde dennoch Kritik – wenn auch über Umwege – laut, so wies sie Beneš von sich, und beanstandete die Fehlinformationen seitens der zitierten Wiener Kreise und der angeblich tschechenfeindlichen österreichischen Journalistik, die einer weiteren Annäherung an Österreich wenig dienlich wären. Mareks diplomatische Reaktion zielte in weiterer Folge auf Beschwichtigung ab, um die Beziehungen zur Tschechoslowakei im Vorfeld des geplanten Besuches von Staatskanzler Renner in Prag nicht zu gefährden, und um weiteren undienlichen Missstimmungen gegenüber der an Österreich kohleliefernden Tschechoslowakei vorzubeugen. Auch die im Wachsen begriffenen diplomatischen

³⁶Legationsrat Marek an Staatskanzler Renner, Prag, 30. Oktober 1919, ÖStA, AdR, GZ I-6929/pr: 15 XI 1919, Karton 738

³⁷ Legationsrat Marek an Staatskanzler Renner, Prag, 9. November 1919, ÖStA, AdR, GZ I-6941/pr: 17 XI 1919, Karton 738

³⁸ Ebendort, S.3.

Sympathien gegenüber Marek von Seiten der Tschechen, die sich in einer erstmaligen Einladung zu einem Diner zeigten, sollten in diesem Zusammenhang gelesen werden, da sich die tschechische politische Elite in Prag für eine offizielle österreichische Gesandtschaft aussprach, um die Beziehungen weiter zu vertiefen.

2.6. Die slowakische Frage und die Innenpolitik

Die slowakische Frage wurde gegenüber Außenminister Beneš gesondert und lediglich vorsichtig behandelt. Marek maß dieser Frage in seinen Darstellungen in bezug auf die Innenpolitik eine tiefgreifendere Dimension und größere Gewichtung bei.

So wurde die slowakische Frage in Verbindung mit der Teschener Frage als eine weitere „Staatsfrage“ charakterisiert, welche zum Zeitpunkt des 18. Novembers 1919 von der Regierung Tusar ungelöst schien. Marek sah als einen der Hauptfaktoren für das Ausbleiben einer konstruktiven Lösungsstrategie die innenpolitischen Unstimmigkeiten zwischen den Parteien. Insbesondere die Verhaltensweise der Regierung gegenüber der Slowakischen Volkspartei sei dafür verantwortlich zu machen, dass sich die innenpolitische Lage nicht stabilisierte:

„Im wirren Durcheinander dieses Parteigezänkes vergisst man fast auf den Ernst der Lage im Teschner Gebiet, wo die tschechischen Truppen von den Amerikanern bald abgelöst werden, und auf den Ernst der Lage in der Slowakei, wo die tschechischen Truppen noch immer nicht verringert werden dürfen. Oder, wenn man sich schon an diese Staatsfragen ersten Ranges erinnert, so wird ebenso unbesonnen dreingehauen: man tut sich zugute daran, die Polen zu beschimpfen, während die Ententemission alle Not damit hat, einen Generalstreik im Ostrau-Karwiner Revier zu verhüten, man beschimpft die Hlinkapartei, während Tusar den Erzbischof von Prag bitten muss, dass ihn die Geistlichkeit in der Slowakei und in Teschen unterstütze, oder man sieht vor lauter Ueberreiztheit schon die Divisionen Horthys einmarschieren und malt sich die Greuel eines neuen Krieges aus.“³⁹

Mareks Einschätzungen zufolge äußerten sich anhand der innenpolitischen Querelen nicht nur die ungelösten Fragen, sondern auch das Herannahen der nächsten Parlamentswahlen insbesondere in Verknüpfung mit der parteipolitischen Vormachtstellung in der Slowakei, „denn dort wird sich bei den kommenden Wahlen entscheiden, ob die Sozialdemokraten sich als stärkste Partei Tschechoslowakiens behaupten können und ob es ihnen gelingen wird, die

³⁹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 18. November 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 194, Karton 9, S.3

Agrarier wieder an zweite Stelle zu drängen.“⁴⁰ Außerdem stand, ob der bevorstehenden Parlamentswahlen, eine Regierungskrise ins Haus, die Marek vor dem Hintergrund der Beziehungen der Tschechoslowakei zu Österreich in einem wenig optimistischem Licht deutete. Marek aber fürchtete weniger eine Regierungskrise, als den Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien, durch die sich die freundlicheren Beziehungen der beiden Staaten einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt sehen würden.⁴¹ Nichtsdestotrotz entspannte sich die Lage hinsichtlich der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Abgesehen davon präsentierte sich die slowakische Frage brennender denn je. Gegen Ende des Jahres 1919 erhielt die latente Gefahr einer ungarischen Offensive unter Miklós Horthy die Spannung aufrecht. Auch wenn sich die österreichische Diplomatie zu dieser Zeit bereits in der Vorbereitungsphase für den Besuch Dr. Renners in der Tschechoslowakei befand, und sich dieses Thema dementsprechend quantitativ in den Akten niederschlug, so beunruhigten die ungarischen Absichten, die Demarkationslinie in Richtung Slowakei zu überschreiten, die Gemüter:

„Im Vordergrund des Interesses steht gegenwärtig die angebliche Absicht Ungarns, die tschechische Demarkationslinie in der Slowakei zu durchbrechen und mit grösseren Streitkräften einzumarschieren. Landesverteidigungsminister Klofač hat zwar versucht, die tschechische Oeffentlichkeit durch die Erklärung zu beruhigen, dass zumindest im Monat Dezember ein bewaffneter Konflikt mit Ungarn nicht zu befürchten sei, doch wissen die Blätter andauernd über ernste Kriegsvorbereitungen Horthys zu berichten. Am meisten gewinnt durch diese Situation die slowakische katholische Volkspartei und es ist zu erwarten, dass selbst das Verfahren gegen Hlinka eingestellt oder nur in formeller Art abgewickelt werden wird.“⁴²

Neben diesen Bedrohungsszenarien von Seiten des ungarischen Horthy – Regimes lieferte Marek tagespolitische Eindrücke, die vor allem auch das Echo der Tagesblätter für die politische Meinungsbildung widerspiegelten. Das Verfahren gegen Hlinka und die Zugewinne für die Slowakische Volkspartei wurden dabei als Indikatoren eingefügt, die in diesem Zusammenhang nicht die Regierungslinie bestärkten.

⁴⁰ Ebendort, S.4.

⁴¹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 8. Dezember 1919, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen, 1919/1920, GZ 205, Karton 9

⁴² Legationsrat Marek an das österreichische Staatsamt für Aeusseres, Prag, 17. Dezember 1919, ÖStA, AdR, GZ I-7371/pr: 24. XII 1919, Karton 738

2.7. Die slowakische Frage in Ungarn

In ihrer Vielschichtigkeit spielte die slowakische Frage auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Rollen. Auch Ungarn, das vor 1918 das heutige Territorium der Slowakei inkorporierte, versuchte nach zahlreichen innenpolitischen Richtungs- und Machtkämpfen und der als nicht legitim empfundenen Grenzregelungen durch den Frieden von Saint Germain seine Ansprüche in der Slowakei geltend zu machen. Neben diesen militärischen Expansionsplänen unter Bela Kun und Horthy soll in diesem Abschnitt aber vor allem die Rolle der slowakischen Frage an sich als Politikum in Ungarn als Gegenstand der Betrachtung skizziert werden.

Die Thematisierung dieses Gegenstandes wurde angesichts der außenpolitischen Akte im Jänner 1920 offensichtlich. Inhaltlich bezogen sich diese Akten auf die politische Agitation Dr. Jehličky, der im Zuge der Slowakischen Volkspartei in Ungarn für einen Anschluss der Slowakei an Ungarn eintrat. Auf einer Skala betrachtet waren Jehličky Forderungen abseits der Autonomiebestrebungen im Rahmen eines föderalistischen Konzepts der Tschechoslowakei anzusiedeln. Vielmehr nahmen Jehličky Forderungen separatistische Züge an, die er anhand von Zeitungsartikeln in ungarischen Blättern publizierte.

Marek, der in Prag die tschechoslowakischen Agenden verfolgte, wurde zum Thema der politischen Agitation Jehličky vom österreichischen Gesandten Dr. Johann Cnobloch in Budapest eingehend informiert. Allerdings verliefen diese Informationen nur indirekt über Wien mittels einer Abschrift nach Prag.

So waren es nicht nur direkt unterstützende Organisationstätigkeiten der Klerikalen, die in der Tschechoslowakei etwa durch katholische Ortsgruppen oder Turnvereine die Autonomiebestrebungen der slowakischen Autonomisten bestärkten.⁴³

Vor allem die indirekte Propagierung der slowakischen Autonomiebestrebungen durch den ungarfreundlichen slowakischen Separatismus Jehličky erzeugte zu Beginn des Jahres 1920 einen zusätzlichen Druck auf die tschechoslowakische Regierung, der durch die militärischen Absichten des Horthy – Regimes noch verstärkt wurde:

„Die hiesige ungarfreundliche slowakische Volkspartei, an deren Spitze Professor Dr. Jehlitschka steht, setzt ihre Agitation zu Gunsten der Wiedervereinigung der Slowakei mit Ungarn eifrigst fort. Fast täglich erscheinen in hiesigen Blättern Propagandaartikel Dr. Jelitschka's und anderer führender Mitglieder seiner Partei.

⁴³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 4. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 72, Karton 9

Besonders bemerkenswert ist ein Aufsatz im „Budapesti Hirlap“ vom 29.d.M., in dem sich Dr. Jehlitschka über das Programm seiner Partei folgendermaßen äußert: Die Slowakei soll mit Ungarn wieder vereinigt werden, jedoch unter voller Autonomie der Verwaltung, die zwar nicht so ausgeprägt zu sein braucht, wie die frühere kroatische und unter vollkommener Wahrung ihrer Kultur, Religion und Sprache. Auf wirtschaftlichem Gebiete wünscht sie vollkommene Einheit mit Ungarn. Mit diesem Programm sympathisiere die große Masse des slowakischen Volkes, wenn auch ein Teil der Politiker, wie die Turocz-Szent-Martona (Dula und Genossen) sowie Szrobar und Genossen (Anhänger Masaryk's) tschechophil seien. Die Hlinkapartei ist nach Jehlitschka zersplittert; ein Teil derselben habe in Abwesenheit ihres Führers einen Pakt mit den Tschechen geschlossen, während eine andere Gruppe unter Führung Stefan Mnohels, der gegenwärtig in Warschau weilt, aus Furcht vor der Wiederkehr der früheren ungarischen Nationalitätenpolitik, dem Gedanken einer Wiedervereinigung mit Ungarn kühler gegenüberstehe. Dieser Teil der Partei neige dem Anschluß an Polen zu. Die Mehrheit der Hlinkapartei jedoch billige die ungarfreundliche Politik und Jehlitschka ist überzeugt, daß die tschechiphile Propaganda einzelner Politiker die Antipathien der großen Mehrheit des slowakischen Volkes gegen die Tschechen, die sich bereits bis zum Haß gesteigert haben, nicht wesentlich mildern können.

Jehlitschka erklärte des weiteren, daß die mit hiesigen amtlichen Kreisen eingeleiteten Verhandlungen (die übrigens von offizieller Seite geleugnet werden) einen günstigen Verlauf zu nehmen versprochen. Er hofft nun durch ehedringliche Herbeiführung einer endgiltigen formellen Entscheidung, insbesondere in der Frage der Autonomie, die tschechophilen und polenfreundlichen Strömungen paralysieren zu können. Der ungarischen Friedendelegation soll übrigens auch ein Memorandum über die Wünsche der Slowaken nach Neuilly mitgegeben werden.

Im Pester Lloyd vom 21.d.M. ist ein Teil eines Berichtes abgedruckt, den der amerikanisch – slowakische Pfarrer Siska in der „Amerikai Magyar Nepszava“ über seine Eindrücke während seines letzten Aufenthaltes in der Slowakei veröffentlicht hat. Siska führt in diesem Artikel bitterste Klage über die Leiden seiner Stammesgenossen, die bei der geringsten politischen Regung nach dem Theresienstädter-Gefängnis verschickt werden.

Uebrigens beschäftigen sich auch italienische Blätter, wie Corriere d'Italia, la Tribuna, il Menagero u.s.w. mit der slowakischen Frage und unterstützen die Forderung der Slowaken nach Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle.

Die Schwierigkeiten, mit welchen die Prager Regierung in der Slowakei zu kämpfen hat, und die Gefahren, die sie von der ungarischen Agitation befürchtet, haben sie zur Verhängung einer strengen Sperre der ungarisch-slowakischen Grenze veranlaßt; diese Maßnahme, die am 6. Dezember in Kraft getreten ist, sperrt beide Länder fast hermetisch von einander ab. Wie mir auf der hiesigen tschechoslowakischen Vertretung mitgeteilt wird, denkt man auch vorläufig gar nicht daran, die Sperre in absehbarer Zeit aufzuheben. Die Schwierigkeiten in der Slowakei werden übrigens auch von den tschechoslowakischen Vertretern als sehr ernst bezeichnet. Die ungarfreundliche Strömung, die durch starke ungarische Agitation nach gefördert wird, soll tatsächlich beträchtlich sein, zumal unter dem Klerus und der jüngeren Intelligenz, die zum größten Teil ihre Studien in Ungarn absolviert hat.“⁴⁴

Die Bemühungen Jehličkas und die Klagen des Pfarrers Siska wurden zwar von der tschechoslowakischen Politik und von der Entente vernommen, jedoch weitgehend ignoriert, wie es auch von offizieller ungarischer Seite teilweise praktiziert wurde.

⁴⁴ Österreichisches Staatsamt für Äußeres an Herrn Geschäftsträger Legationsrat Dr. Ferdinand Marek, Wien, 8. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen, 1919/1920, GZ 28, Karton 9, Gegenstand: Abschrift eines Berichtes des Gesandten Dr. Johann Cnobloch, de dato Budapest, 29. Dezember 1919, Zl. 139/pol., betreffend slowakische Agitation, an das österreichische Staatsamt für Äußeres (Politische Abteilung) in Wien.

Wie aus einem kurzen Bericht des Gesandten Eichhoff an Legationsrat Marek herausgeht, war das taktische Kalkül, die slowakische Frage von Seiten der eben konstituierten Partei der „ungarnfreundlichen nationalen Minderheiten“ aufzuwerfen, in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu sehen.⁴⁵

Die regierende Partei Huszars warnte jedoch vor allzu gewagten Ansagen, da sie die Konsolidierung des ungarischen Staates voranzutreiben habe, und der Zeitpunkt für die territorialen Forderungen verfehlt gewesen wäre.⁴⁶ Dennoch versuchte Ungarn über diplomatischen Wege noch eine Änderung des Friedens von St. Germain insbesondere in bezug auf die Slowakei zu erwirken, jedoch ohne Erfolg. Zwar mussten Mitte Jänner 1920 noch einige Änderungen bei den Reparationsleistungen innerhalb der Friedensverträge gegenüber den Ungarn gemacht werden, doch konnte von einer Änderung der territorialen Vertragsbestimmungen nicht gesprochen werden. Der tschechoslowakische Delegierte in Paris, Dr. Osuský beschwichtigte in diesem Zusammenhang auch den österreichischen Gesandten Eichhoff von einer Änderung der Grenzen gegenüber Österreich absehen zu können, und verwies auf die klare Haltung des französischen Außenministers Clemenceau gegenüber den Ungarn einen Frieden nur nach den Bedingungen der Entente und nicht der Ungarn aushandeln zu wollen.⁴⁷

Parallel zu diesen Verhandlungen versuchte Ungarn die Anhänglichkeit seiner nationalen Minderheiten zu stärken, indem es innenpolitische Verordnungen erließ, welche die Nationalitätenpolitik in ein positives bis euphemistisches Licht rücken sollte. Diese Verordnungen waren auch vor dem Hintergrund der ersten Wahlen für den 25. Jänner zu sehen.

Für den ungarischen Staat nahm der Verlust jener Gebiete, die an Rumänien, an die Tschechoslowakei, an das SKS – Königreich und – im Falle des Burgenlandes – an Österreich fielen, mit dem Friedensvertrag von Trianon am 4. Juni 1920 konkrete Ausmaße an. Die Annahme des Vertrags durch Ungarn blieb allerdings bis zum 15. November 1920 ausständig. Erst am 31. Juli 1921 wurden die Vertragsbestimmungen von ungarischer Seite offiziell verkündet und einer Ratifizierung der Weg geebnet.⁴⁸

⁴⁵ Österreichisches Staatsamt für Äußeres an Legationsrat Dr. Ferdinand Marek, Wien, 13. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, Karton 9

⁴⁶ Österreichisches Staatsamt für Äußeres an Legationsrat Dr. Ferdinand Marek, Wien, 13. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 44, Karton 9

⁴⁷ Österreichisches Staatsamt für Äußeres an Legationsrat Dr. Ferdinand Marek, Wien, 16. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 48, Karton 9

⁴⁸ Ignác Romsics, Der Friedensvertrag von Trianon. Herne 2005, S. 198.

2.8.1. Die Phase vor der Verfassungsgebung in der Tschechoslowakei

Die tragende Funktion Hlinkas in den Autonomiebestrebungen der Slowakischen Volkspartei wurde aufgrund seiner Verhaftung im Zuge der Friedensverhandlungen nicht geschwächt. Im Gegenteil, die Verhaftung Hlinkas schien für die tschechoslowakische Regierung noch größere politische Widerstände im Lager der Klerikalen in der Slowakei zu wecken, wie Mareks Bericht über das Gespräch eines Vertrauensmannes mit Beneš schließen lässt:

„ Auf eine Frage meines Vertrauensmannes, wie sich die Verhältnisse in der Slowakei gestalten und ob nicht die Verhaftung Hlinkas ein grober Fehler gewesen wäre, soll der Minister geantwortet haben, dass in der Slowakei gewiss grosse Fehler seitens der Tschechen gemacht wurden, die speziell im verbündeten Ausland peinlich wirkten. Die Verhaftung Hlinkas sei auf direkte Initiative des Ministers Beneš zurückzuführen, weil Hlinka in Paris nicht zu Beneš sondern zu Paderewski gegangen sei und in Paris Reden gehalten habe, die dort nicht am Platze waren. Beneš habe aber jetzt nachgegeben und der Enthaltung Hlinkas, der einige Zeit in einem Sanatorium verbringen wird, zugestimmt. Die Regierung müsse überhaupt trachten die katholischen Elemente in der Slowakei zu versöhnen, da die Wahlen in der Slowakei höchstwahrscheinlich im Zeichen der Religion vor sich gehen dürften und nicht im Zeichen der Politik.“⁴⁹

Neben seiner persönlichen Antipathie gegenüber Hlinka verkannte Beneš nicht die Bedeutung Hlinkas in der überwiegend katholischen Slowakei und dessen Verhaftung, welche die Slowakische Volkspartei und ihre Autonomiebestrebungen festigte. Vor dem Hintergrund der herannahenden Wahlen und deren Ausgang im April 1920 schien selbst Beneš beunruhigt gewesen zu sein, obwohl er selbst als Außenminister nie zur Debatte stand.

Doch nicht nur auf politischer Ebene äußerten sich Spannungen. Auch auf administrativer Ebene, im Falle des Bahn- und Postdienstes, die den Befugnissen tschechischer Beamter oblag, krankte es – einem Bericht des „Bratislavsky Denik“ zufolge – vor allem in der östlichen Slowakei. Dieses Versagen der tschechischen Behörden wurde laut den Beobachtungen, die der Verfasser des Artikels um den 21. Jänner 1920 machte, von politischer Agitation der Slowakischen Volkspartei und „magyaronischer“ Agenten begleitet, und mündete im Autoritätsverlust der tschechischen Beamten:

⁴⁹ Legationsrat Marek an das österreichische Staatsamt für Aeusseres, Prag, 20. Jänner 1920, ÖStA, AdR, NPA, GZ 317/pr: 30.I.1920, Karton 738

„Der Pressburger „Bratislavsky Denik“ veröffentlicht einen Artikel „Prag, höre die Stimme des slowakischen Ostens, worin die vollständige Vernachlässigung der östlichen Slowakei durch die tschechischen Behörden geschildert und über das vollständige Versagen des Bahn- und Postdienstes geklagt wird. Die ganze Verkehrsmisere – elende Zugverbindung, Betrügereien bei der Fahrkartenausgabe, Einlangen der Briefpost nach einer Woche (dabei öffnen die magyaronischen Postbeamten sogar vertrauliche amtliche Korrespondenzen) – ist einfach auf den allgemeinen Schlendrian zurückzuführen, der in diesen Gebieten herrscht, wo eben jeder tut, was ihm passt.

Der Verfasser verweist sodann auf die gefährliche Agitation der magyarischen Agenten, von denen die östliche Slowakei überflutet ist. Auch die Anhänger Hlinkas unter der Geistlichkeit treten bisher überall als Magyaren auf.

Schliesslich betont der Verfasser, dass er kein Pessimist ist und ermahnt die Prager Regierung, sich der tschechischen Beamten anzunehmen, die wegen der geschilderten

Verhältnisse, die die magyarische Propaganda sehr begünstigen, ihre ganze Autorität verloren haben.“⁵⁰

Die zunehmenden Spannungen in der tschechoslowakischen Innenpolitik nahmen angesichts des Zeitpunkts vor den Wahlen und angesichts der politischen Agenden komplexe Züge an. Hinsichtlich der Kreisverwaltung, welche nicht nur die Grenzen der sogenannten historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien verändern sollte, sondern auch die Grenzen der Slowakei zu Gunsten einer einheitlicheren Tschechoslowakei verwischen sollte, sorgten parteipolitische Schulterschlüsse der nichtsozialistischen Parteien, wie der Nationaldemokraten und Agrarier, sowie der Nationaldemokraten und der katholischen Volkspartei für innenpolitische Furore, die aufgrund der Befürchtung Kompetenzen der einzelnen Landesautonomien abtreten zu müssen entstanden waren. Jedoch nicht so sehr in der Slowakei, sondern bei den mährischen Tschechen stieß die Kreiseinteilung auf eine breite Opposition, die sogar von den mährischen Sozialdemokraten mitgetragen wurde.⁵¹ Durch die breite Opposition der Mährer in der Frage der Kreiseinteilung, sowie durch die zu selbiger Zeit vorgenommene Entlassung Hlinkas erfuhren die slowakischen Autonomiebestrebungen erheblichen Aufwind:

[...] „Die autonomistischen Bestrebungen der Slowaken werden durch die obenerwähnten Sonderbestrebungen Mährens in wirksamer Weise gefördert und man kann feststellen, dass die tschechischen Nationalisten, seit sich erwiesen hat, dass die Verfolgung der hartnäckigsten Autonomisten, der slowakischen Klerikalen, zwecklos ist, in ihrem Eifer für den Zentralismus merklich ruhiger geworden sind. Die letzte Parlamentsrede Jurigas (katholische Volkspartei), der in wohlgedachten Worten gegen den undemokratischen Zentralismus und für den Föderalismus, für die Unantastbarkeit der slowakischen Sprachenrechte usw. eintrat, wurde vom ganzen Hause mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und abgesehen von einigen

⁵⁰ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 21. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 39, Karton 9

⁵¹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 26. Jänner 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 54, Karton 9

Zwischenrufen, die der Redner sehr geschickt parierte, trauten sich auch chauvinistische Nationalisten nicht, ihm ernstlich zu widersprechen. Juriga setzte sich für die unbedingte Beibehaltung des bevollmächtigten slowakischen Ministeriums in Pressburg und dessen Ausgestaltung nach Art der Landesregierungen in Böhmen und Mähren ein und machte nur die eine Konzession, dass die Autonomie für die Slowakei mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht auf einmal, sondern allmählich ausgebaut werden dürfen.⁵²

Dies stellte den ersten realpolitischen Vorschlag für ein föderalistisches Zusammenleben in der Tschechoslowakei dar. Sei es aufgrund von sachlicher Kompetenz oder – was eher anzunehmen ist – aufgrund der bevorstehenden Wahlen, Juriga fand scheinbar Gehör, was der slowakischen Frage in der Vergangenheit nicht beschieden war. Zwar fand sie Beachtung, jedoch lediglich im Sinne einer territorial drohenden Gefahr von Seiten Ungarns, oder im Sinne einer politischen Gefahr von Seiten Hlinkas, der zugleich wegen seiner unkonventionellen und angriffslustigen politischen Methode von den tschechischen politischen Eliten desavouiert wurde.

Eine deutsche Übersetzung von Teilen dieser Rede Jurigas, die in der 110. Sitzung der tschechoslowakischen Nationalversammlung vom 23. Jänner 1920 gehalten wurde, findet sich beim Historiker Hoensch:

„[...] Man muß die Dezentralisierung, die Selbstverwaltung anstreben, damit sich die Republik auf einer wirklich demokratischen Grundlage entwickeln kann: auf der Grundlage des Föderalismus. Denn nur er kann das Staatssystem der Zukunft sein. Wir müssen den Staat von der Basis her aufbauen, anfangen von der Gemeinde und den einzelnen Menschen, über die Bezirke, die Hauptstadt und das Land, bis hin zum höchsten Staatsorgan.[...] Das Staatssystem der Zukunft ist nicht der Zentralismus, sondern der Föderalismus. Föderalismus heißt: die Eigenart bewahren und sich nicht aufsaugen lassen. Es wäre nicht von Nachteil, wenn sich die Selbstverwaltung nicht nur in der Slowakei, sondern auch in Mähren realisieren und aufbauen ließe.[...] Wenn sich die föderalistische Selbstverwaltung in der Republik nicht realisieren läßt, sind die öffentlichen Repräsentanten auf die Berücksichtigung und Durchsetzung des Volkswillens festzulegen. In der Slowakei werden sie sich dann für ihr Fehlverhalten vor denen zu verantworten haben, die sie führen. Aus diesem Grunde muß man in der Slowakei ein Ministerium mit Machtbefugnissen, den Landesausschüssen in Mähren und Böhmen vergleichbar, einrichten.[...] Dann ist es eine Dezentralisierung, eine Föderalisierung, die nicht nur den Interessen unseres Volkes und denen der tschechoslowakischen Republik entspricht, sondern auch im Sinne der ganzen Menschheit ist. Ein Beweis dafür, daß wir im Recht sind, ist für mich die Tatsache, daß es ein allgemein menschliches Streben nach Selbstverwirklichung und Entfaltung gibt; die ganze Menschheit strebt danach. Den Anspruch darauf hat jede einzelne Person; jede wirtschaftliche, jede nationale Einheit soll zu einer Rechtsperson werden. Erst dann können sich diese unterschiedlichen Teile der verschiedenen Nationen zu einer föderalistischen großen Weltrepublik zusammenschließen.[...] Ich weiß - wie jeder von uns -, was für unsere Nation notwendig ist. Ich verwahre mich hier gegen die Behauptung, daß dies alles zum Nutzen Ungarns sei. Wenn aber der Slowake unzufrieden ist, dann ist das im Sinne der Ungarn. Diese Tatsache benutzen die Ungarn auch jetzt gegen die Tschechen und diese müssen sich selbst für ihre Fehler, die die zentralistisch orientierten Slowaken bei uns machen, verantworten. Die

⁵² Ebendort, S. 4.

Tschechen wissen möglicherweise nicht einmal davon, aber der Slowake ärgert sich über sie.“⁵³

Die Komplexität der slowakischen Frage wurde mit den zunehmenden Spannungen vor den Wahlen, sowie vor der bevorstehenden Verfassungsgebung zunehmend ersichtlich. Der Autoritätsverlust der tschechischen Beamten und die überparteiliche Uneinigkeit in der tschechoslowakischen Innenpolitik wurden zusätzlich von separatistischen Zwischenrufen Jehličky aus Ungarn begleitet. In einem Artikel der Zeitung „Venkov“, der im magyarisch subventionierten „Slovak zahraničný“ in Budapest erschien, setzte sich Jehlička für die kommenden Parlamentswahlen für die Slowakische Volkspartei ein, gab jedoch zu bedenken, dass es zielführender wäre, die Wahl von Seiten der Slowaken zu boykottieren. Falls dies nicht der Fall sei, so solle man für die Slowakische Volkspartei votieren und „wenn diese dann in der Mehrheit wären so müssen sie sich von Tschechien losreißen.“⁵⁴ Laut Jehličky Interpretation seien die blutigen Zusammenstöße im Zuge der Wahlagitation auf Šrobar, Minister für die Slowakei, zurückzuführen, der mit seinen sozialdemokratischen Anhängern gegen die Klerikalen vorgehe.⁵⁵

Verbunden mit der parteipolitischen Machtfrage im Vorfeld der Parlamentswahlen, den Vorbereitungen für die Verabschiedung der Verfassung, oder den administrativen Schwierigkeiten, die der Autoritätsverlust der tschechischen Beamten mit sich brachte, bündelte die slowakische Frage unterschiedliche Bestrebungen in sich, die von ihren jeweiligen Trägern wiederum unterschiedlich artikuliert wurden. Von den separatistischen Ansagen Jehličky, über die autonomistischen Forderungen der Slowakischen Volkspartei, die ihrerseits nicht als homogen gesehen werden konnte, über die zentralistische Ausrichtung in der Politik von Šrobar, oder die ablehnende Haltung Beneš's gegenüber jeglicher Form von Föderalismus innerhalb und außerhalb der Tschechoslowakei, gestaltete sich eine breite, zu differenzierende Skala von politischen Akteuren, welche die slowakische Frage unterschiedlich zu beantworten und zu lösen versuchten.

Auf diese spannungsreiche Phase folgte eine entscheidende Phase, die vom innenpolitischen Paktieren zwischen den einzelnen Parteien im Vorfeld der Verabschiedung der Verfassung und ihrer Grundgesetze geprägt wurde.

⁵³ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 129.

⁵⁴ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Äußeres, Prag, 10. Februar 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 89, Karton 9

⁵⁵ Ebendort.

Zunächst schien der Widerstand der mährischen Tschechen gegen die Kreiseinteilung ungebrochen. Vielmehr bildete sich daraus eine breitere Opposition gegen die sozialdemokratische Regierung Tusars, die von den Nationaldemokraten angeführt wurde. Hinsichtlich der Diskussion um die Kreiseinteilung, durch welche die mährischen Tschechen ihre Landesautonomie gefährdet sahen, lieferte das Zugeständnis seitens der tschechischen Regierung zugunsten einer karpatorussischen Landsautonomie bei den Pariser Friedensverhandlungen im September 1919 einen Präzedenzfall, der zuvor der Stein des Anstoßes für die slowakischen Autonomisten darstellte.

Die Slowakische Volkspartei akzeptierte zwar zum Zeitpunkt des 12. Februars 1920 im Zuge der Budgetdebatte die zentralistische Verwaltung, jedoch nur mit dem Vorbehalt einer zeitlichen Begrenzung.⁵⁶

2.8.2. Die slowakische Frage und die Verfassung von 1920

Wodurch konnten die Abgeordneten der Slowakischen Volkspartei bewogen werden, den Entwürfen zu einer zentralistischen Verwaltung der Tschechoslowakei zuzustimmen, und damit vom Selbstverwaltungsanspruch der Slowakei in der Verfassung Abstand zu nehmen? Diese zentrale Frage wird bis zum 25. Februar 1920 nur teilweise von Mareks Berichten hinreichend beantwortet. Zwar spielten die Debatten um die Kreis- oder Gauverfassungsgesetze, sowie die Budgetdebatte eine große Rolle. Auch die von kurzer Dauer geprägte Allianz der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Regierung erhöhte den Druck auf Tusar in seinem zentralen Vorhaben, eine Verfassung zu verabschieden. Doch ein weiteres zentrales Anliegen der klerikalen Slowakischen Volkspartei war es, die Trennung von Staat und Kirche zu verhindern. Hoensch verweist darauf, dass „erst durch die Zusage der linken Parteien, auf die eigentlich geplante Trennung von Staat und Kirche zu verzichten, konnten die Abgeordneten der SVP dafür gewonnen werden, von der Forderung nach Aufnahme des Selbstverwaltungsanspruchs für die Slowakei in der Verfassungsurkunde Abstand zu nehmen, das Gauverfassungsgesetz und die Einrichtung eines Senats als Oberhaus zu akzeptieren und somit die Einstimmigkeit bei der Verabschiedung der Verfassung zu gewährleisten.“⁵⁷

⁵⁶ Legationsrat Marek an Staatsamt für Aeusseres, Prag, 12. Februar 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 96, Karton 9

⁵⁷ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 42.

Zwar stimmten die slowakischen Abgeordneten – wie erwähnt – lediglich mit dem Vorbehalt einer zeitlichen Lösung der slowakischen Autonomiebestrebungen zu, doch wurde dies nie in Form einer verbindlichen Garantie im Grundgesetz verankert. Die „Erklärung der Sechs“ – gemeint sind eben die Abgeordneten der Slowakischen Volkspartei – im Verfassungsausschuss der Provisorischen Nationalversammlung vom 19. Februar 1920 lautete, wie folgt:

„Die unterzeichneten Abgeordneten der Slowakischen Volkspartei erklären, daß sie sich zwar aus höherem Interesse für die einstimmige Annahme der Entwürfe der Verfassungsgesetze ausgesprochen haben und sich auch nicht gegen den Kompromissentwurf des Innenministers (d.h. Einhaltung der Landesgrenzen, Wahrung der Gauselbstverwaltung, Errichtung eines Landesparlaments ohne Legislative über die Länder) stellen werden, daß sie damit aber keineswegs ihre Forderung nach der Selbstverwaltung der Slowakei durch einen gesetzgebenden Landtag aufgeben. Und sie wünschen, daß diese für die Zukunft garantiert werde.

Prag, am 19. Februar 1920

Dr. Jozef Buday
Dr. Karol Kmet'ko
Dr. Ján Kovalík
Štefan Onderčo
Jozef Sivák
Florian Tománek“⁵⁸

Ferdinand Mareks Berichten zu Folge waren es insbesondere die Fähigkeiten Tusars, durch Paktieren den Machterhalt der Sozialdemokraten gegenüber den Nationaldemokraten zu sichern. Obwohl dies ein Abgehen von kardinalen Forderungen von Seiten der Sozialdemokraten bedeutete, konnten die Verfassungsvorlagen im Plenum der Nationalversammlung vorgelegt werden. Insbesondere die Drohung einer Kampfabstimmung habe hierbei laut Marek den Anstoß gegeben, dass die Nationaldemokraten nachgaben, „denn es schien ihnen doch zu bedenklich, das historische Faktum zu riskieren, dass die Sozialisten, Agrarier und Slowaken allein dem Staate die Grundgesetze gegeben hätten.“⁵⁹ Von Seiten der Mitglieder des Slowakischen Klubs wurde laut Hoensch auf die Argumentation des sozialdemokratischen Abgeordneten Ivan Markovič's gebaut, wonach die Slowaken durch das ehemalige ungarische Regime derart geschwächt seien, und so die Autonomie nicht ohne

⁵⁸ Jörg K. Hoensch [Hrsg], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 130.

⁵⁹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 25. Februar 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 135, Karton 9

tschechische Unterstützung erhalten könnten. Zudem mangelte es den Slowaken an Angehörigen der Intelligenz, die sie für die Verwaltung und Schulen benötigten.⁶⁰

Schließlich wurde mit der Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik vom 29. Februar eine Verfassung verabschiedet, die auf der sogenannten Präambel der „Herben’schen Formel“ fußte. Hierbei wurde explizit von einem „Tschechoslowakischen Volk“ im Sinne einer Tschechoslowakischen Staatsnation gesprochen, die sich aus dem von Tschechen und Slowaken gebildeten gemeinsamen Zweig der slawischen Völkerfamilie erschließen würde. Durch die Herben’sche Formel wurde der Auffassung von einer ethnischen Differenzierung zwischen Tschechen und Slowaken keine Beachtung geschenkt. Schließlich wurde der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes auf die Tschechoslowakische Staatsnation angewandt und in die Verfassungsurkunde aufgenommen. Das Selbstbestimmungsrecht konnte aufgrund der a priori fehlenden Existenz einer slowakischen ethnischen Nation auch nicht auf ebendiese angewandt werden.⁶¹

Hinsichtlich der Sprachenverordnung wurde im Grundgesetz die de facto nicht existierende „tschechoslowakische Sprache“ als staatlich offizielle Sprache fixiert. Dem „slowakischen Idiom als eigenständiger Sprache“⁶² wurde auch hier keine volle Anerkennung geschenkt, wie es von der Slowakischen Volkspartei seit 1918 gefordert wurde.

⁶⁰ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 42/ Fußnote Nr.62.

⁶¹ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 131.

⁶² Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 43.

2.8.3. Die slowakische Frage nach dem 29. Februar 1920

Durch die zeitlich begrenzte Zustimmung hinsichtlich der Lösung der slowakischen Frage in der „Erklärung der Sechs“, welche am 19. Februar 1920 abgegeben wurde, kann von keiner Lösung der slowakischen Frage nach der Ratifizierung der Verfassung gesprochen werden. Bezeichnenderweise stimmten die wohl prominentesten slowakischen Autonomisten Hlinka und Juriga der „Erklärung der Sechs“ nicht zu.

Bereits am 10. März berichtete Marek über eine Unterredung zwischen südslawischen Journalisten und Hlinka. Hlinka, der sich nach seiner Enthftung im Podoler Sanatorium bei Prag befand, untermauerte dabei die Forderung der Slowakischen Volkspartei nach Autonomie im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik. Hinsichtlich der Verwaltung in der Slowakei attestierte Hlinka eine machtpolitische Schieflage zugunsten einer protestantischen Minderheit, die über die katholische Mehrheit regiere. Weiters forderte er eine slowakische Autonomie im Schulwesen. Mit Aussicht auf den Wahlausgang kündigte Hlinka schließlich ein eventuelles Kooperieren mit der tschechoslowakischen katholischen Volkspartei an, falls es taktisch förderlich sei. Legationsrat Marek stellte seinerseits in Aussicht, dass Andrej Hlinka nach Verzicht auf seine Anklage alsbald wieder in die Nationalversammlung zurückkehren würde, da sein Mandat noch nicht besetzt sei.⁶³

Hlinkas Ansagen wiesen bereits in Richtung Wahlkampf, und standen in diesem Kontext auch nicht alleine da. Auch Beneš erwog im Zuge der Wahlen im April neben seiner gefestigten Position als Außenminister als Abgeordneter für die Nationalsozialisten ins Rennen zu gehen. Erwähnenswert schien hierbei der Gedanke, Beneš in der Slowakei kandidieren zu lassen, was er selbst jedoch aufgrund der Gefahr bei den Wahlen durchzufallen verwarf, da die Slowakische Volkspartei als zu stark eingeschätzt wurde.⁶⁴

2.9.1. Der Wahlkampf in der Slowakei

Doch nicht nur die Slowakische Volkspartei und die sozialistischen Regierungsparteien wappneten sich für den Wahlkampf. In der Slowakei selbst bereiteten sich insbesondere kleinere magyarische, deutsche und jüdische Parteien und deren Kandidaten auf

⁶³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 10. März 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 157, Karton 9

⁶⁴ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 22. März 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 189, Karton 9

die Wahlen vor. Dabei waren regionalspezifische Kandidatenlisten die Basis für einen regen Wahlkampf. In Kaschau einigten sich beispielsweise nationale Juden und Zionisten auf eine gemeinsame Kandidatenliste, während sich in Pressburg eine neue magyarische Landwirtepartei bildete. Auch die deutschen politischen Parteien begannen Ende März ihren Wahlkampf voranzutreiben, teils mit regierungsfeindlichen Inhalten, wie die bürgerliche deutschdemokratische Partei, teils gekennzeichnet durch eine ähnliche Position, wie die der slowakischen Agrarier, so im Falle der deutschen republikanischen Bürger- und Bauernpartei.⁶⁵

Für den Historiker zeichnet sich die politische Bühne in den letzten vier Wochen vor den Wahlen in der Slowakei als besonders vielfältig und komplex, da einzelne Kandidatenlisten und Kleinstparteien wiederum Kooperationen mit gleich- oder ähnlichgesinnten Parteien in Böhmen und Mähren suchten. Zweifelsfrei bestanden nicht nur hinsichtlich der Slowakischen Volkspartei antitschechische Ressentiments. Allerdings vereinnahmte sie als einzige Partei die slowakischen Autonomiebestrebungen, die durch ihre klerikale und katholische Ausrichtung vor allem in den traditionell katholischen ländlichen Gebieten der Slowakei punkten konnte.

2.9.2. Der Minister für die Slowakei, Dr. Šrobar, und der Wahlkampf

Bevor auf die Wahlen an sich eingegangen werden kann, sollte das für den Wahlausgang nicht unwichtige Verhalten des Ministers für die Slowakei, Vavro Šrobar, erläutert werden. Der Agrarier Šrobar war aufgrund seiner autokratischen Machtausübung durch das Amt des Ministerpostens für die Slowakei umstritten. Vor allem von Seiten der radikalen Sozialdemokraten um Stúvin geriet der Minister unter Druck, da er im Zuge der Wahlkampagne nicht nur Angehörige der Slowakischen Volkspartei, sondern auch sozialdemokratische Anhänger knebeln ließ. Als es zur Erschießung zweier sozialistischer Vertrauensmänner durch Gendarmen im Komitat Neutra kam, konnte nur durch die Beschwichtigungsversuche Tusars und Švehlas der geforderte Rücktritt des Ministers verhindert werden. Šrobar sollte demnach einen überparteilichen Beirat zur Seite gestellt

⁶⁵ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Äusseres, Prag, 28. März 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 197, Karton 9

bekommen, während die Regierung zusätzlich „der Slowakei die Einführung einer zeitgemäßen Verwaltung spätestens im Herbst“⁶⁶ versprach.

Durch dieses Manöver versuchte die Regierung den Unmut in den eigenen Reihen abzdämpfen, sowie den Vertretern der Slowakischen Volkspartei keine weiteren Themen für ihren Wahlkampf zu geben.

Dennoch spitzte sich der Wahlkampf bis Mitte April derart zu, dass der österreichische Vizekonsul Alexich vermehrt in seinen Berichten darauf einging:

„Wie vorauszusehen war, spielt sich der Wahlkampf in der Slowakei unter den denkbar schärfsten Formen ab, so dass sich Minister Šrobar veranlaßt sah, eine Warnung an die Parteien zu richten, und sie zur Mäßigung zu verhalten. So wurde Dr. Lodgeman anlässlich seiner Anwesenheit in Preßburg und Kaschau durch angeblich kommunistische Elemente am Sprechen gehindert, die dann, wie z.B. in Kaschau die tschechische Hymne sangen, worauf der anwesende Regierungskommissär die Versammlung für geschlossen erklärte und die Abhaltung einer neuen nicht gestattete. Aber auch die Redner der Regierungspartei mußten An vielen Orten, oft um ihre körperliche Sicherheit zu wahren, vor den Demonstranten flüchten.

Es sind vor allem die oppositionellen Parteien, deren Versammlungen am öftesten gestört werden, ohne daß von Seiten der anwesenden Regierungsorgane gegen die Ruhestörer eingeschritten würde.“⁶⁷

Im selben Akt erläuterte der Vizekonsul mit Sitz in Bratislava die Maßnahmen des Exekutivapparates rund um Minister Šrobar. Demzufolge sah sich insbesondere die „slovakisch-nationale Opposition“⁶⁸, womit die Slowakische Volkspartei paraphrasiert worden sein dürfte, mit einer strengen Überwachung, Suspendierung und Internierung konfrontiert. Insbesondere die katholischen Pfarrer in den ländlichen Gebieten der Slowakei sollten so für den Wahlkampf mundtot gemacht werden. Allerdings konnten Wortführer, wie Ferdiš Juriga aufgrund ihrer Popularität weder interniert werden, noch konnte sich die Prager Regierung den scharfen Reden des Politikers entziehen. Mit dem Ziel der Autonomie arbeitete die Slowakische Volkspartei im Widerspruch zur Regierung, deren sozialdemokratische Partei im Wahlkampf in der Slowakei gefördert wurde.

⁶⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 14. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 230, Karton 9

⁶⁷ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 15. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 1, Karton 9

⁶⁸ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 15. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 1, Karton 9, S. 3

Als zusätzliches Detail erwähnt Alexich das Verhalten der tschechischen Garnisonen, welche die Opposition nährten, indem sie „eine Art Neohussitentum affizieren, was besonders die religiösen Gefühle der Landbevölkerung sehr verletzt.“⁶⁹

Da der Wahlkampf für die Sozialdemokraten in Sachen Werbearbeit und den zu Verfügung stehenden Mitteln ohne größere Probleme verlief, konnten sie auf eine große Anzahl von Stimmen hoffen. Allerdings vermutete Alexich, dass die Internierungen und Behinderungen der Oppositionsparteien von Seiten der Regierung auch einen Stimmenzuwachs bei den Oppositionsparteien bewirken könnten.

Wie sehr das Ziel der Autonomie als Schlagwort im Zentrum des Wahlkampfes der Slowakischen Volkspartei stand, wurde auch in Aussendungen in und außerhalb der Tschechoslowakei bemerkbar. In den USA agitierte der slowakische Autonomist Rudinsky für die Abtrennung der Slowakei vom tschechoslowakischen Staat. Diese Meldung wurde tschechoslowakischen Zeitungen zu teil, welche auf ein Kommentar Hlinkas spekulierten. Diese Antwort kam prompt, konzentrierte sich jedoch auf das Schlagwort der Autonomie und ließ die wortwörtliche „Losreissung“ vom tschechoslowakischen Staat – wie sie Rudinsky forderte – weg, da Hlinka staatsbejahend lediglich eine Autonomie forderte. Dennoch benützte er dem Wahlkampf entsprechend deutliche Worte:

„Ts. Blätter hatten gestern noch einer amerikanischen slowakischen Zeitung ein Dokument veröffentlicht, durch das erwiesen wird, dass der slowakische Autonomist Rudinsky seine Agitation in Amerika für die Losreissung der Slowakei vom ts.sl. Staat und die Errichtung der slowakischen Autonomie über Auftrag der Hauptleitung der slow. Kath. Volkspartei geführt hat. Der klerikale „Cech“ vom 16.IV. bringt eine Erklärung Hlinkas, die besagt, dass sich seine Partei für dieses Dokument niemals schämen werde. Die Volkspartei sei eminent autonomistisch und unterstütze alle Verfechter der Autonomie der Slowakei daheim und in der Fremde. Die Partei lebe und sterbe für die slowakische Autonomie.“⁷⁰

⁶⁹ Ebendort.

⁷⁰ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 16. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 295, Karton 9

2.9.3. Die Wahlergebnisse in der Slowakei

Noch bevor die endgültigen Wahlergebnisse in der Slowakei auflagen und lediglich aus einigen Wahlbezirken die genauen Ergebnisse bekannt waren, konnte Alexich die Sozialdemokraten als Wahlsieger ausmachen. Allerdings beschied er ihnen, hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein, da sie nicht überall die absolute Mehrheit erhielten. Die Christlichsoziale Partei, die auch als deutsch-ungarischer Block in den Wahlkampf ging, konnte in Kaschau und Pressburg ein Viertel aller Stimmen erlangen, was angesichts der heftigen Agitation gegen sie ein Erfolg gewesen sei. Während die Agrarier in Pressburg nur auf geschätzte 9,25 % kommen konnten, und auch auf dem Land hinter den Erwartungen zurückblieben, erreichte die Slowakische Volkspartei eben überall auf dem Land Mehrheiten.⁷¹

Vergleicht man die Einschätzungen über das Endergebnis der Wahlen von Alexich mit dem politischen Situationsbericht von Marek, so ergeben sich erhebliche Unterschiede in der Gewichtung des Erfolges der Sozialdemokraten. Folgte Alexich lediglich den regionalspezifischen Ergebnissen einzelner Wahlbezirke, so interpretierte Marek die Ergebnisse in einem weitaus breiteren Kontext, der die innenpolitische Lage der Tschechoslowakei und ihre Wirkung nach Außen miteinbezog. So sei der Wahlerfolg der Sozialdemokraten vor allem im Sinne der Machtkonsolidierung nach Außen – insbesondere gegenüber den Ungarn – ein großer Erfolg. Mit einigen Abstrichen bedeute dies vor allem:

„[...] dass nämlich die tsch.sl. Regierung in der Serie ihres politischen Glücks einen Erfolg nach aussen buchen kann, der ihr, besonders gegenüber Ungarn, sehr zustattenkommt und den sie in Paris entsprechend ausnützen wird: das Zurückwerfen der Autonomisten in der Slowakei.“⁷²

Die Sicht nach Außen, die Marek hier aufwarf, machte deutlich, dass in den Autonomiebestrebungen der Slowaken ein Element der Instabilität nach Außen wirkte, welches dem tschechoslowakischen Staat Reputation kostete. Mit dem Erfolg der Sozialdemokraten war die Möglichkeit gegeben, bei den weiteren Friedensverhandlungen in Paris gebündelte tschechoslowakische Interessen durchsetzen zu können.

⁷¹ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 20. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 264, Karton 9

⁷² Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 22. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 251, Karton 9

Die Arbeit der Sozialdemokraten angesichts der von Šrobár provozierten Verhältnisse sei umso bemerkenswerter, da es gelungen sei, den Erfolg für die Slowakische Volkspartei klein zu halten:

„Jetzt erst kann man sich eine ungefähre Vorstellung davon machen, mit welchem fieberhaften Eifer die Sozialdemokraten ihre politische Kolonisationsarbeit jenseits der Karpathen betrieben haben müssen, wenn man sieht, dass es ihnen binnen weniger Monaten, man könnte sagen, Wochen gelungen ist, alle Gegner aus dem Felde zu schlagen. Jetzt erst glaubt man daran, dass es den Sozialdemokraten vor rund einem Vierteljahr ernst war, als sie den sofortigen Rücktritt Šrobárs verlangten, der gleich ihr erstes Vordringen in seinem Heimatland einhalten wollte, und jetzt erst zeigt sich, wie tiefen Eindruck seine letzten Gewaltakte unmittelbar vor den Wahlen auf das slowakische Volk gemacht und wie die Massenverhaftungen der sozialistischen Agitatoren sowie die Erschiessung der zwei slowakischen Sozialisten das verängstigte slowakische Gemüt zur entschlossenen Renitenz getrieben haben.“⁷³

Marek schloss dabei nicht aus, dass gewisse Nebenumstände den Sieg der Sozialdemokraten zusätzlich begünstigten, wie Dr. Kramářs Versuch einen neuerlichen Feldzug gegen Russland voranzutreiben, der die sonst so nationaldemokratischen Legionäre und große Teile des Heeres zu den Sozialdemokraten überlaufen ließ. Für die weitere Entwicklung in Sachen der slowakischen Autonomiebestrebungen folgte Marek letztlich einen Schwenk in Richtung des Prager Zentralismus, hervorgerufen durch den Sieg der Sozialdemokraten, der jedoch nicht ohne innerpolitische Abstriche funktionieren sollte.

⁷³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 22. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 251, Karton 9, S.1f.

2.10.1. Die slowakische Frage nach den Parlamentswahlen von 1920

Während die sozialdemokratische Partei einen Erfolg verbuchen konnte, wurde mit dem Blick auf die Mandatsverteilung ersichtlich, auf wessen Kosten dieser Erfolg verbucht wurde. Neben den Nationalsozialisten mussten insbesondere die Agrarier schwere Stimmenverluste hinnehmen. Das politische Kräfteverhältnis änderte sich zugunsten der Klerikalen, die in der gesamten Tschechoslowakei die zweitstärkste Partei stellten. Bereits am 10. März 1920 zog Hlinka eine solch taktische Ankoppelung der Slowakischen Volkspartei an die tschechische katholische Volkspartei in Erwägung, sollte dies dem Einfluss der Slowakischen Volkspartei dienlich sein. Die unter der Vormundschaft des Episkopats stehende tschechische katholische Volkspartei konnte ihre Macht neben den Sozialdemokraten festigen, und schickte sich nun an bei der Bildung eines Kabinetts unter Tusar ihren Einfluss geltend zu machen.⁷⁴

Über die anstehenden Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts berichtete Marek nur vier Tage später. Dabei sollten sich für die Nationaldemokraten zum einen, und die tschechischen Klerikalen zum anderen je zwei Ministerposten anbieten. Für die Nationaldemokraten wurden Dr. Lukavský für das Unterrichtsministerium und Prof. Dr. Engliš für das Handelsministerium in Betracht gezogen. Die Klerikalen kandidierten Dr. Hruban und Dr. Dolanský, beide Tschechen. Dabei hätten die tschechischen Klerikalen „angeblich gerne jemanden aus der Slowakischen Volkspartei genommen, man habe aber unter den neuen Leuten aus der Slowakei vergeblich nach einem geeigneten Manne gesucht“⁷⁵

Das Kabinett unter der Führung der Sozialdemokraten und Tusar strebte eine stabile Konzentration aller tschechoslowakischen Parteien an, um in der deutschen Minderheitenfrage möglichst geschlossen zu stehen. Dennoch blieb während des Monats Mai hinsichtlich der Kabinettsbildung alles offen. Lediglich das Umgehen der tschechischen Klerikalen bei der Kabinettsbildung schien unmöglich:

„Alles in allem: Tusar weiß augenblicklich selbst noch nicht wie das Kabinett aussehen wird, das er bis zum Zusammentritt des Parlaments fertighaben muss. Nicht unzutreffend ist der Situationsscherz, dass er, ob er die Karten so oder anders mischt, immer

⁷⁴ Ebendort, S. 4f

⁷⁵ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 26. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 254, Karton 9

wieder die Kreuzfiguren in seinem Blatt hat, dass er ohne die Klerikalen nicht mehr regieren kann. Das ist zugleich der markanteste Zug im neuen politischen Gesicht der tsch.sl.Republik.“⁷⁶

Nach mehr als einem Monat nach der Wahl zweifelte das publizistische Organ der Slowakischen Volkspartei „Slovak“ die Endergebnisse der Wahlen in der Slowakei erneut an. In ihrer Argumentation seien mindestens 250.000 tschechische Stimmen in der Slowakei von Soldaten und Beamten abgegeben worden, die in Summe nicht weniger als 12 Mandate darstellten, und die den Sozialdemokraten und Agrariern abgezogen werden müssten. Demnach kämen die Sozialdemokraten nur noch auf 13, die katholische Volkspartei auf 18 und die Agrarier nur noch auf 4 Mandate.⁷⁷

Einen weiteren Indikator dafür, dass die politische Situation in der Slowakei nicht gänzlich zu beruhigen war, stellte der Umgang mit den während des Wahlkampfes internierten 20 Personen nach der Wahl dar. Bestehend aus Universitätsprofessoren, Journalisten, Industriellen und Politikern, die der christlichsozialen Partei angehörten, wurde dieser Gruppe von Seiten Šrobars eine Verschwörung gegen den tschechoslowakischen Staat vorgeworfen. Als die ersten Verhafteten wieder freigelassen wurden, wurde die Aufregung um diese Angelegenheit wieder größer, da Personen, die im Zuge der Wahl gewählt worden waren, immer noch nicht freigelassen wurden. Zwar stellte Alexich die Freilassung der noch Verhafteten in Aussicht, doch hatte die Affäre „in der Slowakei grosses Aufsehen erregt und beigetragen, die ohnehin grosse Unzufriedenheit zu vermehren.“⁷⁸

Tusar stand indes vor der schwierigen Aufgabe der Regierungsbildung, die vom Drängen der Klerikalen zum einen, und vom Drängen der Nationalsozialisten (Los von Rom!) zum anderen bestimmt wurde. Zusätzlich musste er sich einer all- tschechischen Regierung gegenüber den Deutschen versichern, und sich innerhalb seiner eigenen Partei vor den Linkssozialisten und deren Anfeindungen wappnen.

Die slowakische Frage schien dabei hintergründig zu sein, zumal die Klerikalen die Wahl Masaryks mittrugen, und ihr Profil an tschechisch – nationalen Attitüden gewann.

⁷⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 29. April 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 268, Karton 9, S. 4f

⁷⁷ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 4. Mai 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 283, Karton 9

⁷⁸ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 12. Mai 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 3, Karton 9

Vielleicht war die katholische Gesinnung der tschechischen Klerikalen und deren Machteinfluss in Prag bereits Besänftigung genug für ihre slowakischen Brüder?

2.10.2. Erneute autonomistische Forderungen der Slowakischen Volkspartei

Während der Phase nach den Wahlen und dem Zusammentritt der ersten konstitutionellen Nationalversammlung Ende Juni 1920 schien es, als ob die autonomistischen Forderungen der Slowakischen Volkspartei ausblieben. Zumindest ist auch in den außenpolitischen Akten nur wenig Material vorhanden, was zumindest auf ein Zurückgehen der öffentlichen Artikulation der Forderungen schließen lässt.

Einem ausführlichen Bericht über die Autonomiebestrebungen in der Slowakei zufolge zählte Vizekonsul Alexich folgende Punkte zum Autonomieprogramm der Slowakischen Volkspartei: Ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung in Pressburg, sowie Autonomie in wirtschaftlicher, kirchlicher und kultureller Hinsicht. Das Heerwesen, die Vertretung nach Außen und das Zoll- und Finanzwesen – sofern es Angelegenheiten der gesamten Tschechoslowakischen Republik betraf – sollten gemeinsam behandelt werden.

Dieses Wunschprogramm an Autonomie war – um dem Bericht etwas vorzugreifen – nicht realisierbar. Im einzelnen soll nun eine sehr subjektive, jedoch detaillierte Einschätzung des Vizekonsuls über die Autonomiebestrebungen in der Slowakei folgen:

„An der Spitze der Bewegung steht die slowakische Volkspartei, geführt von Dr. Juriga, der im Lande schon aus der Zeit seines Kampfes gegen Ungarn bekannt ist. Pater Hlinka der als Bedingung seiner Freilassung aus der Internierung den Tschechen sein Wort geben musste, nicht mehr gegen die Einheit der Republik zu arbeiten, hat in der Partei grossen Einfluss, tritt aber nach aussen nicht hervor. Juriga ist ein geschickter Geschäftspolitiker, der es verstanden hat, dank seiner Stellung als gefürchteter oppositioneller Politiker zahlreiche Stellen im Aufsichtsrate slowakischer Banken und Industrieunternehmen zu erlangen. Seine Devise ist: Nur verdienen! Die Partei selbst ist katholisch, klerikal und stützt sich hauptsächlich auf die slowakische Bauernbevölkerung der nördlichen und östlichen Komitate. Die Bevölkerung des Westens der Slowakei ist protestantisch, hat auch mit den Tschechen mehr Berührungspunkte, ist daher unionistisch. Sie ist die Stütze der Regierungspartei (Šrobar, Coch etc), die aber in den letzten Wahlen sehr hinter den Sozialdemokraten zurückstehen musste. Ihre Führer, zum Teil protestantische Geistliche, sind infolge dieser Verbindung mit der Regierung zu geistlichen Würden und Vermögen gekommen. Die Volkspartei nähert sich in Vielem der christlichsozialen Partei, hat sich auch seit dem Aufstieg der Christlichsozialen in Ungarn stark gekräftigt und es wird sogar behauptet, dass ihre Bestrebungen von ungarischen Politikern, besonders wird hier Pfarrer Jehlička, der in Budapest für die Wiedervereinigung der Slowakei mit Ungarn arbeitet, genannt.

Die Ursachen der Unzufriedenheit sind mannigfaltige. Von Seiten der führenden Politiker wird immer wieder betont, dass der Vertrag von Pittsburg den Slowaken die Autonomie

zugesagt habe, was nach den jüngsten Veröffentlichungen auch richtig ist. Ihre Vorstellungen hätten aber wenig Nachdruck, wenn die Bevölkerung nicht noch aus anderen Gründen über die tschechische Herrschaft erregt wäre. Dazu zählt vor allem die Abneigung des katholischen Klerus gegen die Tschechen, die besonders in den ersten Zeiten der Okkupation die Bevölkerung durch antireligiöses Gebahren vor den Kopf stiessen. Dazu kommt, dass der ungarische Klerus im Lande noch immer grosses Ansehen geniesst. Wirtschaftliche Gründe kommen noch dazu: Die slowakischen Bauern, die grosse Gewinne erzielt haben und sämtlich wohlhabend geworden sind, deren Geiz jedoch sprichwörtlich ist, sind unzufrieden über die Requisitionen, bei denen jedoch absolut nicht ungerecht vorgegangen wird, ihnen jedoch zu wenig, nach ihrer Ansicht, gezahlt wird. Sie beklagen sich über die zu niedrigen Maximalpreise und andererseits über die zu hohen Preise, die sie für Geräte oder für die staatlichen Monopolartikel, besonders Salz, zu zahlen haben. Zu allem kommt noch der Ehrgeiz der Führer und die Unbeliebtheit der neuen Beamten, meistens Tschechen, die nicht zu den besten gehören, die der Prager Regierung zur Verfügung stehen, dies ist ein ständig wiederkehrendes „Gravamen“, und ausserdem nicht die Volkssprache, slowakisch, können. Im Allgemeinen wird der ganzen Autonomiebewegung zu viel Bedeutung beigemessen, da sie nur zum ganz geringen irgendwelchen idealen oder nationalen Motiven entspringt. Die Hauptmasse der Bauern würden in dem Augenblick begeisterte Anhänger der Republik sein, wo man ihnen für ihre Produkte Preise nach ihrem Geschmack bewilligt. In gut unterrichteten Kreisen hält man sie vielmehr nur eine Art Pressmittel, um in Prag möglichst viel Konzessionen zu erhalten.“⁷⁹

Die Autonomieforderungen basierten auf dem Pittsburgh Agreement und der interpretierbaren Annahme des individuellen Selbstbestimmungsrechtes der Völker für die Slowakei. Zusätzlich nährten der hohe Anteil von Tschechen in der Administration und die damit verbundene Zurückdrängung der slowakischen Sprache aus dem öffentlichen Bereich, die religiösen Ressentiments gegenüber den tschechischen Protestanten, sowie die wirtschaftlich beklagte Schieflage zu Ungunsten der slowakischen Bauern die Autonomieforderungen.

Zwar wurde auf politischer Ebene von Vertretern der Slowakischen Volkspartei insbesondere auf besagte „ideale“ oder „nationale“ Beweggründe zurückgegriffen, jedoch scheint mir die Annahme Alexichs, dass die Autonomieforderungen erst mit den sozioökonomischen Verhältnissen in der Slowakei an Brisanz und Bedeutung gewannen, eine wichtige zu sein.

Doch nicht nur die Autonomieforderungen der Slowakischen Volkspartei erhielten wegen ihrer antitschechischen Ausrichtung Zuspruch bei der Landbevölkerung. Auch die kommunistische Agitation verstärkte sich in der Slowakei nach dem Sturz der Räteregierung

⁷⁹ Vizekonsul Alexich an die Österreichische Gesandtschaft Prag, Pressburg, 25. Juni 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 7, Karton 9 (als Bericht an das Staatsamt: Prag, 5. Juli 1920/GZ 396)

Bela Kuns durch den ungarischen Reichsverweser Horthy. Einem Bericht zufolge, der am 30. Juni 1920 von der Österreichischen Passstelle in Pressburg an das Staatsamt für Äußeres in Wien erging, und vermutlich aus der Feder des Vizekonsuls stammte, wurde die kommunistische Bewegung ebenfalls in den ländlichen Gebieten der Slowakei unterstützt. In diesem Falle war es weniger die bäuerliche Bevölkerung, als die landwirtschaftliche Arbeiterbevölkerung, die mit der Bewegung sympathisierte.⁸⁰ Als Indiz für die Sympathiebekundungen der slowakischen Arbeiter mit den ungarischen „Agitatoren“ konnte nach Meinung Alexichs der Abbruch der Boykottsolidarität mit den tschechoslowakischen Gewerkschaften gesehen werden. Die tschechoslowakischen Gewerkschaften versuchten ihrerseits durch einen Boykott des Post- und teilweise auch des Bahnverkehrs gegen Ungarn Partei zu beziehen.

Die Zunahme der Spannungen von Seiten der Autonomisten und von Seiten der kommunistischen Bewegung gegenüber der offiziellen tschechoslowakischen Politik, hob letztlich den Vertreter der tschechoslowakischen Regierung in der Slowakei, Dr. Derer, in die Position die Wogen zu glätten. Derer versuchte eine Versöhnung zwischen den Beteiligten herbeizuführen, was ihm wiederum von Seiten tschechischer Kreise verübelt wurde.

Ein weiterer Streitpunkt, der zur Antagonie zwischen Tschechen und Slowaken beitrug, war die Stationierung tschechischer Truppen auf slowakischem Gebiet der Tschechoslowakei. Zwar wären Vorfälle zwischen tschechischen und slowakischen Truppen der Öffentlichkeit meist verschwiegen worden, doch fanden auch Demonstrationen gegen die Stationierung tschechischer Truppen beispielsweise in Pressburg statt.

Aus den Berichten des österreichischen Vizekonsuls lässt sich hinsichtlich der Autonomieforderungen eine latente Kontinuität zeichnen, allerdings schien in den Sommermonaten des Jahres 1920 auch die kommunistische Bewegung in der Slowakei Fuß zu fassen.⁸¹

Von Seiten der slowakischen Autonomisten – allen voran von Seiten Ferdiš Jurigas, der die Slowakische Volkspartei anstelle Hlinkas nach Außen als Wortführer vertrat – drohte man der offiziellen tschechoslowakischen Regierung in gewohnter Vehemenz:

⁸⁰ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Äußereres, Pressburg, 30. Juni 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 8, Karton 10

⁸¹ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Äußereres, Pressburg, 9. Juli 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 13, Karton 10

[...] „ Aus Allem ist ersichtlich, dass der gegenwärtige Zustand nicht bleiben kann. Man erwartet eine Besserung der Verhältnisse von einer vollständigen Autonomie der Slowakei, es ist aber vielleicht auch dafür zu spät. Bezeichnend ist ein Ausspruch des Abgeordneten J u r i g a, des Führers der slowakischen Volkspartei, der nach heftigen Ausfällen gegen die tschechische Hegemonie, sich äusserte, dass „die jetzigen Verhältnisse nicht bleiben können und die Tage der tschechischen Herrschaft hier gezählt sind.““⁸²

2.11. Bedrohungsszenarien von Außen

Die klaren Ansagen Jurigas täuschten zu dieser Zeit über die größeren Probleme hinweg, mit welchen sich die tschechoslowakische Regierung unter Tusar konfrontieren musste. Zum einen sorgten die ungarischen Agitatoren, die nach dem Zusammenbruch der Räterepublik in die Slowakei strömten, für Unruhen. Den Berichten Mareks entnimmt man aber nicht nur, dass die als kommunistisch gedeutete Agitation eine Gefahr für die Prager Regierung barg. Auch in der Armee – so Marek – „herrscht der kommunistische Geist schon lange.“⁸³

Angesichts der außenpolitischen Lage, die sich – im Zuge des expansiven Verhaltens der Roten Armee in Richtung Polen – als brisant darstellte, wäre ein militärisches Operieren ausgehend von slowakischem Gebiet aufgrund der instabilen Verhältnisse riskant gewesen, da sich die Slowakei und die Armee in derselben Verfassung befänden, „die Armee aber müsste im Ernstfall von der Slowakei aus operieren und damit würde der Jammer doppelt gross.“⁸⁴

Dieser besagte Ernstfall würde ein von Frankreich initiiertes Vorgehen gegen die voranmarschierenden roten Armeen bedeuten, in welchem die tschechoslowakischen Legionäre ihren Platz finden sollten. Trotz großer Gebietsgewinne der Roten Armee spielte Marek die Wahrscheinlichkeit eines solchen Einsatzes deutlich herunter, da er auf tschechischer Seite keine weitere Kriegslust vorhanden sah, deren Fiktion schon der Nationaldemokrat Kramař unterlag.

Dennoch ging Marek von einem Machtkampf zwischen Ungarn und der Roten Armee aus. Zudem wirkten magyarophile, aber auch kommunistische

⁸² Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 9. Juli 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 13, Karton 10, S.3

⁸³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 21. Juli 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, GZ 437, Karton 9

⁸⁴ Ebendort, S.4

Agitationsbewegungen verstärkt auf die instabile Lage in der Slowakei ein. Als Indiz für die prekäre Lage galt Marek die Verhängung des Standrechtes von Seiten der tschechoslowakischen Regierung in nahezu allen slowakischen Komitaten.⁸⁵ In seinen Einschätzungen sah Marek den Zeitpunkt einer Konfrontation als gegeben, falls Ungarn über die nötigen Mittel verfügen sollte:

[...] „Wir sehen also die Slowakei bereits schon heute als Boden zweier sich bekämpfenden Gewalten, des östlichen Kommunismus und des südlichen Militärischen Imperialismus. Wie es den Anschein hat, dürfte die russische Heeresleitung die Absicht haben den Südflügel der russischen Armee in Eilmärschen über Lemberg in die Slowakei einschwenken zu lassen.

Ist Ungarn entweder aus sich selbst – was wohl zu bezweifeln wäre – oder mit Hilfe der Westmächte stark genug und gewillt der Roten Armee entgegenzutreten, so dürfte die ungarische Regierung aus strategisch – orographischen Rücksichten sehr bald den Zeitpunkt als gekommen erachten, um gegenüber der bolschewikischen Armee das Prevenire zu spielen und in die Slowakei einzudringen, wo dem ungarischen Heere im strategischen Abwehrkriege ein weit günstigeres Feld geboten wäre, als in der ungarischen Tiefebene.“⁸⁶

Marek hielt die Rolle der tschechoslowakischen Truppen im Eintreffen dieses Falles für noch ungeklärt, jedoch sei eher ein Rückzug als Konsequenz anzunehmen, denn ein Anschluss der tschechoslowakischen Armee an die der Roten Armee. Die kleine Entente sei für Beneš keine Versicherung gewesen, da Rumänien nicht schlecht mit den Ungarn stand, und als treuer Bündnispartner der Entente galt.

Indes lagerte die Rote Armee vor Warschau und Lemberg, mit der Absicht eine eigene Sowjetregierung installieren zu können. Polnische Delegationen planten zur selben Zeit etwaige Evakuierungsmöglichkeiten für Warschau, was den Ernst der Lage vollends unterstrich.

Beneš war es wichtig, völkerrechtlich korrekt gegenüber Ungarn und dem Horthy – Regime zu handeln. Zusätzlich sah er die Wahrscheinlichkeit eines Sturzes von Horthy als sehr gering an, und betonte die Notwendigkeit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon auf ungarischer Seite.

Für Ungarn bot sich allerdings gerade durch den polnisch-sowjetischen Krieg die Möglichkeit, im Zuge einer militärischen Unterstützung Polens, verlorengegangene Gebiete zurückzugewinnen und die Grenzziehung von Grand Trianon rückgängig zu machen.⁸⁷

⁸⁵ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 5. August 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 480, Karton 10

⁸⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 5. August 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 480, Karton 10, S. 6

⁸⁷ Ignác Romsics, Der Friedensvertrag von Trianon, S. 190.

Polnische Truppen kämpften – verstärkt durch Truppen aus Galizien und Posen – gegen den Vormarsch der Roten Armee an. Ende August wurde nach einer für die Polen erfolgreichen Gegenoffensive in Minsk verhandelt:

„Infolge des polnischen Sieges verlor bis zum Ende des Sommers die Realisierung der Veränderung der militärischen Vorschriften des ungarischen Friedensvertrages, die Aufstellung und der Einsatz einer schlagfähigen, neuen ungarischen Armee und damit auch eine mögliche Rückgewinnung eines Teils der verlorenen Gebiete an Wahrscheinlichkeit.“⁸⁸

Angesichts der verschiedenen Bündnispolitiken sah sich schließlich auch die Tschechoslowakei veranlasst mit Jugoslawien das Bündnis der Kleinen Entente zu bekräftigen. Trotz zahlreicher Bemerkungen, dass man nicht die Absicht hege die große Entente zu verstimmen, waren auch panslawistische Tendenzen in den Bestrebungen enthalten.

Die innenpolitische Lage der Tschechoslowakei stellte sich, ob der innerparteilichen Querelen der Sozialdemokraten und der sinkenden Unterstützung des Kabinetts Tusar, als sehr verworren dar. Über wahrscheinliche und unwahrscheinliche Konstellationen nach einer Demission wurde nach Aussagen Mareks vor allem in den tschechoslowakischen Zeitungen geschrieben.⁸⁹

Nach Vorlagen eines anonymen Vertrauensmannes von Marek hätte sogar ein Putsch in der Slowakei versucht werden sollen, der jedoch aufgrund der Furcht vor bolschewistischen Unruhen in der Slowakei unterlassen wurde. Demnach hätten die Unruhen als ein Signal interpretiert werden können, das zum militärischen Einschreiten Ungarns oder Rumäniens geführt hätte.⁹⁰

Die Bedrohungsszenarien, die aus Sicht der tschechoslowakischen Regierung von Seiten der Roten Armee, sowie von Seiten des ungarischen Horthy – Regimes ausgingen, dominierten thematisch auch in den Akten.

Die slowakische Frage wich während dieser Phase einer „drohenden bolschewistischen Gefahr“ und der Gefahr einer ungarischen Intervention in den Hintergrund. Waren es vor einem Dreiviertel Jahr noch Hlinkas klerikale, autonomistische Bestrebungen, die für innenpolitischen Wirbel sorgten, so ist zumindest in den Akten mehr

⁸⁸ Ignác Romsics, Der Friedensvertrag von Trianon, S. 193.

⁸⁹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 13. September 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 532, Karton 10

⁹⁰ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 23. September 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 570, Karton 10

und mehr von einer kommunistischen Agitation die Rede, die eine ungarische Intervention zur Folge hätte.

2.12. Personeller Machtwechsel in der Innenpolitik

Als am 23. September 1920 das Kabinett Tusar aufgrund innerparteilicher Flügelkämpfe innerhalb der Sozialdemokratie abgesetzt wurde, ernannte Präsident Masaryk ein nicht gänzlich neues Kabinett unter der Führung Černýs. Der frühere Präsident der politischen Landesverwaltung nahm den Posten des Ministerpräsidenten und Innenministers ein. Als Außenminister diente nach wie vor Beneš. Hinsichtlich der slowakischen Frage war vor allem die Ernennung von Dr. Mičura zum Minister für die Slowakei von Bedeutung. In der Auflistung der Ministerposten nahm das Ministerium für die Slowakei, welches ohnehin wegen seiner territorialen Zuständigkeit auffiel, den siebzehnten und letzten Platz ein.⁹¹

Insbesondere hinsichtlich der slowakischen Frage erhoffte sich die neue Regierung, durch Mičura neue Impulse setzen zu können, wurde doch sein sozialdemokratischer Vorgänger Dr. Derer noch von tschechisch nationaler Seite mit Kritik abgestraft. Mittels einer Vorstellung der einzelnen Kabinettsmitglieder wertete Marek auch die Funktion des neuen Ministers für die Slowakei auf, der vornehmlich darauf bedacht sein sollte, jegliche subversiven Elemente aus den öffentlichen Ämtern in der Slowakei hinauszumanövrieren:

„Dr. Micura, Minister für die Slowakei, früher Zupan, gilt als Mann der starken Hand, der den revolutionären Umtrieben in der Slowakei mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten will. Wie ich höre, plant er eine gründliche Reinigung im Beamtenkörper der Slowakei und die Amovierung zahlreicher subversiver Elemente aus den Aemtern, die sich unter der Regierung des Minister Derer vielfach eingeschlichen hatten. Unter diesen wird besonders der im Präsidialbureau zu Pressburg beschäftigte Dr. Ullmann, eines gewesenen Vertrauensmannes der Kommunisten, genannt.“⁹²

Noch vom selbigen Tag datierte ein abrupt endender Bericht Mareks, der die kirchenpolitische Bewegung in der Tschechoslowakei behandelte. Demzufolge richteten sich die böhmisch-mährischen Bischöfe mittels Hirtenbrief gegen die instabilen Verhältnisse, die sie ihrerseits in einen bevorstehenden Kulturkampf münden sahen. Mit dem Verweis auf die Lage in der Slowakei kritisierten die katholischen Bischöfe den tschechoslowakischen Staat,

⁹¹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 23. September 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 572, Karton 10

⁹² Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 8. Oktober 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, Karton 10

„der das Vertrauen der civilisierten Welt und den Anspruch auf den Namen eines Rechtsstaates verloren hat“⁹³

Im Zuge dieser scharfen Polemik verwies Marek seinerseits am Ende des Berichtes auf ein Memorandum, welches Hlinka und Juriga dem neuen Minister für die Slowakei Zeitungsberichten zufolge überreicht hätten. Zum Missfallen des Historikers endet der Bericht gerade an jener Stelle, an welcher Marek auf das Memorandum zu sprechen gekommen wäre:

„Zeitungsberichten zufolge hat die slowakische Volkspartei in allerletzter Zeit durch ihre Abgeordneten Hlinka und Juriga dem bevollmächtigten Minister für die Slowakei Micura ein Memorandum überreicht, in welchem eine“⁹⁴

Neben dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung wusste sich die neue Regierung mit keinem wirklich zielführenden Programm auszustatten. Laut Beneš bereuten es die Sozialdemokraten bereits aus der Regierung ausgetreten zu sein. Neben der innenpolitischen Perspektivlosigkeit gesellte sich – folgt man den Angaben Beneš's – wieder die Angst vor einer Restaurationsgefahr, die von Ungarn herrührte.⁹⁵

Feierte die offizielle tschechoslowakische Politik am 28. Oktober 1918 die Ausrufung der Republik, so ertönten von Seiten slowakischer Zeitungen lediglich zwei Jahre später nur wenig zum Feiern anmutende Stimmen über die tschechoslowakische Politik:

„In Prag verübelt man der Slowakei sehr das Verhalten am Nationalfeiertag am 28. Oktober. Die meisten Blätter brachten gegen die Tschechen direkt feindselig gehaltene Artikel, in denen sie einer direkten Sinnfeiner Politik das Wort redeten und die Tschechen mit Kain verglichen der seinen Bruder Abel erschlagen habe. Die Prager Blätter durften hierüber gar nichts bringen, doch scheinen die Worte Masaryks an eine slowakische Deputation „ich weiss, es sind viele Fehler geschehen“ damit im Zusammenhang stehen. Die Tschechen befürchten, dass die Schreibweise der slowakischen Blätter am 28. Oktober im Auslande und namentlich bei der Entente den schlechtesten Eindruck machen werde.“⁹⁶

Neben der symbolischen Bedeutung dieses Tages, der sich für die Tschechen als Nationalfeiertag umschreiben ließe, unterstrich die biblische Analogie zum Brudermord von

⁹³ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 8. Oktober 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 600, Karton 10

⁹⁴ Ebendort.

⁹⁵ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 19. Oktober 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 623, Karton 10, Gegenstand: Der Minister Dr. Benes über die Möglichkeit einer monarchistischen Restauration.

⁹⁶ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 4. November 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 649, Karton 10, Gegenstand: Die Slowakei und der 28. Oktober.

Kain an Abel, das Näheverhältnis der Zeitungen zur Linie der Slowakischen Volkspartei. Zerlegte man diesen kurzen Bericht Mareks in ein Aktions-Reaktionsschema, so stellt sich der letzte Satz als der Satz dar, der die tschechische Art und Weise der Reaktion zeigte. Feierte die offizielle tschechoslowakische Politik am 28. Oktober 1918 die Ausrufung der Republik, so ertönten von Seiten slowakischer Zeitungen lediglich zwei Jahre später nur wenig zum Feiern anmutende Stimmen über die tschechoslowakische Politik:

„ In Prag verübelt man der Slowakei sehr das Verhalten am Nationalfeiertag am 28. Oktober. Die meisten Blätter brachten gegen die Tschechen direkt feindselig gehaltene Artikel, in denen sie einer direkten Sinnfeiner Politik das Wort redeten und die Tschechen mit Kain verglichen der seinen Bruder Abel erschlagen habe. Die Prager Blätter durften hierüber gar nichts bringen, doch scheinen die Worte Masaryks an eine slowakische Deputation „ich weiss, es sind viele Fehler geschehen“ damit im Zusammenhang stehen. Die Tschechen befürchten, dass die Schreibweise der slowakischen Blätter am 28. Oktober im Auslande und namentlich bei der Entente den schlechtesten Eindruck machen werde.“⁹⁷

Neben der symbolischen Bedeutung dieses Tages, der sich für die Tschechen als Nationalfeiertag umschreiben ließe, unterstrich die biblische Analogie zum Brudermord von Kain an Abel, das Näheverhältnis der Zeitungen zur Linie der Slowakischen Volkspartei. Zerlegte man diesen kurzen Bericht Mareks in ein Aktions-Reaktionsschema, so stellt sich der letzte Satz als der Satz dar, der die tschechische Art und Weise der Reaktion zeigte. Doch nicht nach Innen – also auf die Slowaken – zielte dabei die Reaktion, sondern auf das Ansehen der Tschechoslowakischen Republik vor der Entente.

Auch im Folgemonat November zog in die tschechoslowakische Innenpolitik keine Ruhe ein. Dabei spiegelten große Demonstrationen in Prag die instabile Situation wider. Die Motive hinter den Demonstrationen gründeten auf der feindseligen Haltung einzelner tschechischer Parteien – insbesondere jener der Nationaldemokraten unter Dr. Kramář – gegenüber dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Thomas G. Masaryk. Hinsichtlich der slowakischen Frage nützte die Slowakische Volkspartei Hlinkas den Zeitpunkt, um ihre Autonomiebestrebungen gemäß des Pittsburgh Agreement zu propagieren und politisch wirksam durchzusetzen. Die instabile Situation, die durch die Uneinigkeit zwischen den tschechischen Parteien hervorgerufen wurde, sollte als Umstand genützt werden, um an die Regierung Černýs näher heranzurücken und die Einhaltung des Pittsburgh Agreement zu garantieren. Sollte dies nicht der Fall sein, drohten die slowakischen Abgeordneten mit der Möglichkeit eines Schulterschlusses mit den Deutschen, den

⁹⁷ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 4. November 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 649, Karton 10, Gegenstand: Die Slowakei und der 28. Oktober.

tschechischen Kommunisten, sowie den ungarischen Abgeordneten, was die Stabilität der Regierung weiter untergraben hätte:

[...] „Die slowakische Volkspartei hat durch ihre Führer Hlinka, Klinko und Gezic eine Erklärung abgeben lassen, welche nichts weniger, als auf eine Kooperation mit der Regierung hindeutet und scheint sich von der bisher bestandenen taktischen Einheit mit der katholischen Volkspartei immer mehr loszulösen. Im Vordergrund dieser slowakischen Enunziationen, steht der Hinweis auf den Pittsburger Vertrag und die Forderung nach dessen Erfüllung. Es besteht zweifellos für die Regierung die Gefahr, dass die slowakischen Abgeordneten auf dem Boden der Nichteinhaltung des Pittsburger Vertrages stehen, den Deutschen, den tschechischen Kommunisten und den ungarischen Abgeordneten zu Hilfe kommen. Schlagen sich die tschechischen Rechtssozialisten diesem Blocke zu, so ist die parlamentarische Situation völlig unhaltbar geworden. Die katholische Volkspartei hält heute noch zur Regierung, selbstverständlich aber nur unter der ausdrücklich oder stillschweigend gemachten Zusicherung der Integrität ihres Programmes und insbesondere der Nichtberührung der Trennungsfrage von Kirche und Staat.“⁹⁸

Von den verschiedenen Parteien erhöhte sich der Druck auf die tschechoslowakische Regierung. Dabei zeigten die Demonstrationen, dass dieser Druck auch auf den Strassen spürbar war, und in nationalistischer Manier gegen die Wiederwahl des Präsidenten gerichtet waren. Die Angelobung vom 25. November 1920 konnte dadurch jedoch nicht verhindert werden.⁹⁹

Die slowakische Frage trat dann als politisch gewichtiger Indikator auf, wenn sie sich im Falle einer schwachen und labilen Regierung durchaus als potentielle Gefahr für die herrschende Regierung und den Staat erweisen konnte und somit durch die Slowakische Volkspartei inhaltlich und politisch-taktisch kalkuliert aufbereitet werden konnte. Allerdings mussten zu dieser Zuspitzung und Gewichtung der slowakischen Frage andere Faktoren respektive Parteien dieselben richtungsweisenden Interessen vorweisen, um eine gefährliche politische Situation für die Tschechoslowakische Republik darzustellen. Hlinka und seine Anhänger aus der Slowakischen Volkspartei bestanden dabei in ihrem Programm auf die Einhaltung des Vertragswerkes von Pittsburgh.

Ausgehend von dieser politischen Unruhe rund um den Präsidenten schien die slowakische Frage von Seiten der Slowakischen Volkspartei wieder vehementer aufgegriffen zu werden. Doch nicht nur die innenpolitische Situation korrelierte mit den wiedererstarteten Autonomiebestrebungen der Partei um Andrej Hlinka. Vor allem Gerüchte um Verhandlungen der Slowaken mit ungarischen Abgeordneten, in denen den Slowaken bei

⁹⁸ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Äusseres, Prag, 18. November 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 671, Karton 10, S. 4.

⁹⁹ Ebendort, S. 16.

einer Lostrennung von der tschechoslowakischen Republik die völlige Autonomie zugesagt worden wäre, verstärkten die Forderungen Hlinkas vor der tschechoslowakischen Regierung. Zudem sah sich die tschechoslowakische Regierung zum Zeitpunkt der Forderungen von Seiten der Slowakischen Volkspartei – Mitte Dezember 1920 – mit einer außenpolitisch-militärischen Bedrohung von Seiten Polens konfrontiert. Ein am 9. Dezember verfasster Bericht des Vizekonsuls Alexich beschrieb die Lage, wie folgt:

„In letzter Zeit entfaltet die slowakische Opposition wieder eine sehr grosse Tätigkeit. Abgeordneter Hlinka bereist von neuem das Land, um für die „Freiheit“ zu agitieren und es verlautet in Kreisen der slowakischen Volkspartei, dass er von der Prager Regierung aufgefordert worden sein soll, einen Plan über die autonome Verwaltung der Slowakei vorzulegen.

Die Auswanderung nach Amerika nimmt grosse Dimensionen an, doch sind die Ursachen keine politischen, sondern ökonomische. Der Bevölkerung haben die Dollars, die von den Rückwanderern mitgebracht wurden, sozusagen den Kopf verdreht und alles trachtet auszuwandern, andererseits sind die Rückwanderer, denen man in Amerika versprochen hatte, dass sie billig Land, das man dem ungarischen Grossgrundbesitz wegnehmen wollte, bekommen sollten, tief enttäuscht, den ungarischen Grundherrschaften hier noch immer vorzufinden. Es heisst, dass in Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und Führern der Opposition, den Slowaken die völlige Autonomie versprochen wurde. Dieser Umstand soll auch die Prager Regierung bewogen haben, in der Angelegenheit etwas nachgiebiger zu sein. Der Hauptgrund jedoch dürfte in der drohenden Kriegsgefahr gegen Polen zu suchen sein. Man bereitet sich hier allen Ernstes auf einen Krieg gegen Polen vor. Die Garnisonen an der Karpathengrenze wurden sehr verstärkt, ein grosser Teil der Garnisonen im Süden des Landes wurde nach Teschen und gegen Mährisch-Ostau gesendet, dasselbe ist mit den mährischen Garnisonen der Fall. Der hiesige Kommandierende, der französische General Mittelhauser, ist eben jetzt von einer Inspizierung der Grenze zurückgekehrt. Andererseits spinnen sich viele Fäden zwischen Warschau und der klerikalen Slowakenpartei. Pater Hlinka wollte nach Warschau reisen, jedoch wurde ihm der Pass verweigert. Es ist nur zu begreiflich, dass die tschechoslowakische Regierung alles aufbieten wird, um im Fall eines Krieges den Truppen den Rücken frei zu halten.“¹⁰⁰

Über diese politische Zuspitzung hinsichtlich der slowakischen Frage in Verbindung mit der magyarischen Agitation und der außenpolitischen Bedrohung durch Polen berichtet auch ein gewisser Herr Rössner, der in Vertretung Mareks für die Gesandtschaft Prag verantwortlich zeichnete.

In seinem Bericht klingt nicht nur die magyarische Agitation durch den ungarischen Pater Jehlička an, sondern auch ein Aufruf eines Warschauer Nationalrates, der in Verknüpfung mit den tschechoslowakisch-polnischen Spannungen gegen Ende des Jahre 1920 zu lesen ist:

¹⁰⁰ Vizekonsul Alexich an das Staatsamt für Aeusseres, Pressburg, 9. Dezember 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 23, Karton 10

„ „Národní Listy“ klagten darüber, dass die staatsfeindliche Agitation in der Slowakei zunehme. Hauptsächlich werde durch Verbreitung von aufreizenden Flugblättern gearbeitet und der in Zakopane vom Pater Jehlicka herausgegebene „Slovak“ in der ganzen Slowakei kolportiert. Ein an der Spitze des Blattes abgedruckter Aufruf des Warschauer slowakischen Nationalrates besagt u.a.: Die Masarykrepublik ist eine Schande Europas. Wir Slowaken anerkennen sie nicht, hassen sie vom ganzen Herzen und werden sie zerschlagen. Von den Tschechen bekommen wir keine Autonomie und verlangen sie auch nicht von ihnen. Wir wollen die Tschechen aus der Slowakei hinausjagen.“¹⁰¹

Am Ende seiner Ausführungen verweist Rössner auf die für die Tschechoslowakische Republik nicht ungefährliche Bedrohung eines überparteilichen Schulterschlusses sämtlicher magyarischer und deutscher Parteien in der Slowakei. Demnach appellierten die im Zuge eines gebildeten Ausschusses vertretenen bürgerlichen magyarischen Parteien und die Zipser Deutschen für eine Aufhebung des Standrechts, sowie die ehest mögliche Ausschreibung von Gemeindewahlen. Die grundlegende Ausrichtung dieses deutsch-magyarischen Blocks wies auf die Erlangung der Autonomie für die Slowakei.¹⁰²

¹⁰¹ Legationsrat Marek an das Staatsamt für Aeusseres, Prag, 12. Dezember 1920, ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, GZ 731, Karton 10

¹⁰² Ebendort.

2.13. Fazit

Zwischen der Tschechoslowakischen Regierung und den slowakischen Autonomisten zeichnete sich seit der Staatsgründung 1918 bis Ende 1920 keine Lösung der slowakischen Frage ab. Die Slowakische Volkspartei wurde unter der Führung Andrej Hlinkas am 19. Dezember 1918 erneut gegründet. Der richtungsweisende „Prälatenflügel“ innerhalb der Slowakischen Volkspartei bekannte sich zum tschechoslowakischen Staat, „forderte aber eine stärkere Berücksichtigung der Slowaken in der Zentral- und Landesverwaltung, eine Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Gewährung einer kulturellen Autonomie.“¹⁰³

Ausgehend von den „Außenpolitischen Akten der Republik Österreich“, die einen Einstieg in die Thematik um die slowakische Frage mit Ende Mai 1919 ermöglichen, stellte sich auch für die außenpolitische Vertretung Österreichs beziehungsweise Deutschösterreichs – wie auf den Referatsbögen stand – die Frage der Positionierung gegenüber der Tschechoslowakei. Über die vorsichtige Frage Mareks nach der Lage der deutschsprachigen Bevölkerung wurde die allgemeine Frage nach nationalen Tendenzen innerhalb der Tschechoslowakei aufgeworfen, die auch von Seiten der slowakischen Autonomisten auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fußte.

Erst in Verbindung mit den Friedensverhandlungen in St. Germain trat die slowakische Frage, die von der Slowakischen Volkspartei um Hlinka artikuliert und getragen wurde, stärker auf die politische Agenda. Hlinkas Bestrebungen die slowakische Frage bei den Friedensverhandlungen vor der Entente zu thematisieren blieben zwar erfolglos, jedoch erhöhten sie den Druck auf die offizielle tschechoslowakische Politik, die im Sinne des Außenministers Beneš auf Wahrung der einheitlichen tschechoslowakischen Interessen vor der Entente bedacht war. Zusätzlich erhob die in den Friedensverhandlungen revisionistisch gekennzeichnete ungarische Politik territoriale Ansprüche auf das Gebiet der Slowakei. Sowohl die räterepublikanischen Bestrebungen Bela Kuns, als auch die späteren militärischen Aktionen unter Horthy steigerten den Faktor der Instabilität, und somit auch die Präsenz der slowakischen Frage.

Die diplomatischen Beziehungen der Republik Österreich zur Tschechoslowakischen Republik machten vor allem deutlich: die slowakische Frage wurde von Außenminister Beneš

¹⁰³ Arnold Suppan, Katholische Volksparteien in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Tschechen und Slowaken, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout [Hrsg.], Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2001, S. 288.

als tschechoslowakische Angelegenheit behandelt. Beneš bestand auf dem Prinzip der Nichteinmischung in nationale Belange.

Innenpolitisch begann sich die Situation mit dem Jahr 1920 zu verschärfen. Durch die Debatten um die umstrittene Gauverfassung vor der Verabschiedung der Verfassung Ende Februar schien ein kurzzeitiger Schulterchluss zwischen den slowakischen Autonomisten der Slowakischen Volkspartei sowie mährischen Abgeordneten möglich. Zudem verstärkten separatistische Zwischenrufe des ungarischen Prof. Jehlička die Debatte um die zentralistische Verwaltungsreform, die in der Verfassung verankert werden sollte. Schließlich gelang es der Regierung unter Tusar über die Budgetdebatte, die sechs anwesenden slowakischen Abgeordneten zu einer temporären Zustimmung zur Gauverfassung zu bewegen, um somit den Weg für die auf der Herben'schen Formel fußende Verfassung vom 29. Februar 1920 zu ebnen.

Die zentralistischen Prinzipien der Verfassung der Tschechoslowakei, sowie deren Begründung auf einer tschechoslowakischen Staatsnation, wurden in den folgenden Monaten wiederum im Zuge des Wahlkampfes von der Slowakischen Volkspartei um Hlinka vehement kritisiert. Zwar erreichte die Slowakische Volkspartei in den ländlichen Gebieten Mehrheiten, jedoch konnte sich die Sozialdemokratische Partei auf tschechoslowakischer Ebene einen Erfolg sichern.

Durch die andauernde innenpolitische Kabinettsuche Tusars steigerte die Slowakische Volkspartei ihre Forderungen in Kooperation mit den tschechischen Klerikalen. Schließlich trat Ende September ein neues Kabinett unter Černý zusammen. Die Slowakische Volkspartei reagierte auf den personellen Machtwechsel mit neuen Forderungen, die im Oktober an den neuen Minister für die Slowakei, Dr. Mičura, ergingen. Jedoch dauerte die Perspektivlosigkeit der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der slowakischen Frage trotz neuer Namen an.

3. Die slowakische Frage in den Jahren 1921 bis 1939

3.1. Anträge und Forderungen bis 1927

Nachdem die Slowakische Volkspartei die taktische Fraktionsgemeinschaft mit den tschechischen Klerikalen, die seit den Parlamentswahlen Ende April 1920 bestand, aufgekündigt hatte, da sie den Regierungseintritt der tschechischen Klerikalen nicht mittragen wollte, wurde formell deutlich, was schon die außenpolitischen Akten gegen Ende des Jahres 1920 verrieten: Die Tonart der Slowakischen Volkspartei hinsichtlich der slowakischen Frage wurde wieder schärfer.

Bereits Ende Jänner 1921 legte Ferdiš Juriga seinen Entwurf für ein Autonomiegesetz dem Parteipräsidium vor, der an den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich des Jahres 1867 angelehnt war.¹⁰⁴

Im Laufe des Jahres 1921 gelangten allerdings noch zwei weitere Versionen eines Autonomieantrages beim Parteipräsidium der Slowakischen Volkspartei ein. Der wohl radikalste Antrag stammte von Vojtech Tuka, der die Tschechoslowakei eher als eine Konföderation mit zwei getrennten Regierungen propagierte, während lediglich das Amt des Staatspräsidenten die beiden Republiken einen sollte. Die dritte und letzte Version für einen Autonomieantrag wurde von L'udovit Labaj ausgearbeitet. Diese Version glich jener von Juriga am ehesten, doch beinhaltete sie die Schreibweise „the Czecho-Slovak republic“. Dabei sollten ein Drittel der Zentralregierung „Slovak in origin and descent“¹⁰⁵ sein, und das Amt des Präsidenten zwischen einem Tschechen und einem Slowaken wechseln. Die dritte Version Labaj's war der Endversion, die am 27. Jänner 1922 in Form eines Gesetzesantrages auf Verfassungsänderung eingebracht wurde, am ähnlichsten.¹⁰⁶

Doch wurde der Antrag auf Verfassungsänderung bereits im Initiativausschuss des Parlaments verworfen. Auch dem „Silleiner Memorandum“ vom 3. August 1922, welches den Autonomieanspruch noch kompromissloser forderte, war kein Erfolg beschieden.

Als im Jahre 1923 das Standrecht aufgehoben wurde, und am 16. September 1923 Gemeindewahlen, sowie wenig später Kreiswahlen ermöglicht wurden, trat die Slowakische Volkspartei als großer Wahlsieger hervor.

¹⁰⁴ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 44.

¹⁰⁵ Elisabeth Bakke, *Doomed to Failure?*, S. 467.

¹⁰⁶ Ebendort, S. 468.

Zwei Jahre später sollte sich bei den Parlamentswahlen am 16./25. November 1925 der bisher größte Stimmenzuwachs für die Slowakische Volkspartei verzeichnen lassen. Die erreichten 32% in der Slowakei ließen auch die tschechischen Parteien nicht unberührt.

3.2. Die Slowakische Volkspartei in der Regierung

Zwar unterstützte Hlinkas Slowakische Volkspartei – so der offizielle Name der Partei seit 1925¹⁰⁷ – die Regierung Švehla bereits im November 1926, doch erst mit dem 15. Jänner 1927 trat sie dieser auch formell bei. Eine tragende Rolle bei der Einbindung der Slowakischen Volkspartei in die Regierung spielte der slowakische Agrarier Milan Hodža, der durch das Angebot die Rechtsbefugnisse des Ministeriums für die Slowakei erweitern zu wollen, die Slowakische Volkspartei zum Heranrücken an die Regierungsparteien bewog.¹⁰⁸

Ein wesentliches politisches Vorhaben der Slowakischen Volkspartei stellte die Rückgängigmachung der Gauverfassung vom Februar 1920 dar, der sie damals auf Zeit zustimmten. Zugunsten einer Landeseinteilung sollte man so der Autonomie des Landes der Slowakei näher kommen. Als sich aber durch die Enthaltung der Stimmen von Seiten der Slowakischen Volkspartei bei der Wiederwahl Masaryks 1927 und durch die schweren Verluste bei den Gemeindewahlen vom 2. Dezember 1928 für die Slowakische Volkspartei immer größere Spannungen in der Koalitionsregierung bildeten, schied die Partei Hlinkas aus der Regierung Udržal im Oktober 1929 wieder aus. Den letzten Anstoß für den Austritt der Slowakischen Volkspartei stellte die Verurteilung Vojtech Tukas dar.¹⁰⁹

3.3. Die Slowakische Volkspartei nach dem Regierungsaustritt

Die Phase nach dem Regierungsaustritt war für die Slowakische Volkspartei vom Versuch der Konsolidierung geprägt. Bei den Parlamentswahlen von 1929 erreichte die Slowakische Volkspartei gar nur 25%.

Durch die Weltwirtschaftskrise und die schwierigen sozioökonomischen Verhältnisse in der Slowakei gelang es Hlinka und seiner Partei durch eine auf die Verhältnisse ausgerichtete

¹⁰⁷ Arnold Suppan, Katholische Volksparteien in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Tschechen und Slowaken, S. 288.

¹⁰⁸ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 48.

¹⁰⁹ Ebendort, S. 51.

Parteiarbeit wieder stärker Fuß zu fassen. Hinsichtlich der slowakischen Frage setzte sich mit dem konservativen Flügel um Dr. Jozef Tiso der Ansatz eines maßvolleren Autonomiekurses durch. Nicht mehr so sehr grundsätzliche Forderungen standen im Zentrum der Argumentation, sondern Forderungen auf Zeit, die auf eine erweiterte Landesautonomie zielten.

Gemäß dieses Ansatzes erarbeiteten Dr. Medely und Dr. Tiso einen Entwurf, der auf den 8. Mai 1930 datierte. Dieser Entwurf stellte den Inhalt des § 3 des Verfassungsgesetzes neu zur Diskussion. Gemäß dieses Paragraphen sollte analog zur Autonomie Karpatenrusslands – die nie umgesetzt wurde – die Umsetzung der Autonomie in der Slowakei erfolgen. Erst im Jahr 1932 wurde die Diskussion um diesen Antrag schärfer. Zum einen hatte dies in einigen Aussagen Hlinkas, die auf eine scharfe antitschechische Polemik zurückgingen, seine Begründung. Zum anderen steigerte die Radikalisierung der slowakischen Autonomieforderungen durch die zeitweise Annäherung der Slowakischen Volkspartei an die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins hinsichtlich der Autonomiefrage die Brisanz dieser Debatten.

Zusätzlich wurde für die folgenden Jahre innerhalb der Slowakischen Volkspartei eine jüngere Generation politisch aktiver, der das von Hlinka geprägte Programm der „nationalen Autonomie“ im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik nicht mehr genügte, sondern anhand eines selbstständigen slowakischen Nationalstaates zu einer vollen Souveränität tendierte. Bereits am 25. und 26. Juni 1932 versammelten sich in diesem Zusammenhang 500 Mitglieder der Intelligentsia in Teplice, um die slowakische Frage erstmalig seit 1920 im Zuge eines offiziellen und medial mitverfolgten Kongresses zu diskutieren. Der Kongress diente der Prager Regierung als politischer Stimmungsbarometer, der jüngeren slowakischen Generation, die sich vornehmlich aus dem Umfeld der Slowakischen Volkspartei rekrutierte, galten die hitzigen Diskussionen als Ausdruck der Stimmung für die Autonomie, die sich zunehmend gegen die tschechoslowakische Rahmenbedingung richtete.¹¹⁰ Zu jener Gruppe zählten insbesondere die radikaleren Elemente der Slowakischen Volkspartei aus dem Umfeld der Zeitschrift „Nástup“, die sich aus Schülern des rechtsgerichteten bis faschistoiden Vojtech Tuka zusammensetzte. Die beiden prominentesten Vertreter dürften wohl Ďurčanský und Mach gewesen sein, die auch mit der sich in Deutschland etablierenden nationalsozialistischen Ideologie sympathisierten.

¹¹⁰ James Felak, The Congress of the young Slovak Intelligentsia, June 1932: Its Context, Course and Consequences, in: Nationalities papers (21/1993/2), S. 119.

Zwar ergab sich im Verhältnis zwischen der Prager Zentralregierung und der Slowakischen Volkspartei im Jahr 1935 eine kurzfristige Verbesserung. Doch war den Verhandlungen, die aufgrund der Beunruhigung über den Wahlerfolg Konrad Henleins herrührten, kein Kompromiss beschieden. Obwohl Milan Hodža in Anbindung an seine regionalistische Kreiseinteilung der Slowakischen Volkspartei Vorschläge in Sachen der slowakischen Frage unterbreitete, scheiterten die Verhandlungen 1936.

Ein wesentlicher Indikator für das Scheitern der Verhandlungen lag in den nichtgehaltenen Versprechen gegenüber der Slowakischen Volkspartei von Seiten des neuen Staatspräsidenten Beneš begründet, die dieser noch vor der Wahl bekundete, um sich die Zustimmung der Slowakischen Volkspartei zu sichern. Durch diesen Vertrauensverlust schwor sich die Slowakische Volkspartei mehr und mehr auf einen harten, unnachgiebigen Oppositionskurs ein, und lehnte einen Ausgleich mit der Regierung ab.¹¹¹

3.4. Das Autonomiegesetz und die Föderalisierung der Republik 1938

Mit dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 zeigte sich für die Slowakische Volkspartei und ihre Autonomieforderungen die Gunst der Stunde, um das von Hitler formell propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker und den damit verknüpften nationalistischen Revisionismus gegen das Versailler System zu nützen. Die Krise, die sich daraus für den tschechoslowakischen Staat ergab, wurde seitens der Tschechen zwar hinsichtlich der sudetendeutschen Frage erkannt, jedoch hinsichtlich der slowakischen Frage zu wenig beachtet.

Die Slowakische Volkspartei, die nach dem Tode Hlinkas vom 13. August 1938, sowohl den gemäßigten Tiso – Flügel, als auch die radikaleren Elemente der „Nástupisten“ bündeln konnte, setzte mit dem „Silleiner Abkommen“ vom 6. Oktober 1938 den ersten Schritt in Richtung eines Verfassungsgesetzes über die Autonomie der Slowakei, welches bis zum 28. Oktober desselbigen Jahres in Kraft gesetzt werden sollte. Dabei sollte die Regierungs- und Vollzugsgewalt in die Hände der slowakischen Landesregierung unter Tiso gegeben werden.

¹¹¹ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 53.

Die unter Druck stehende Prager Zentralregierung billigte die Föderalisierung der Tschechoslowakischen Republik schließlich am 8. Oktober. Noch am selben Tag endete der parteipolitische Pluralismus in der Slowakei, da alle Parteien – bis auf die verbotene Kommunistische Partei – in der Slowakischen Volkspartei als „Partei der Nationalen Slowakischen Einheit“ aufgingen. Dies spiegelte deutlich den autoritären Charakter wider, den die Slowakische Volkspartei bereits angenommen hatte.

Der nächste Schritt, der von der slowakischen Einheitspartei unternommen wurde, zielte auf eine Beschleunigung der Autonomiegesetzverabschiedung, die noch vor der Wahl des neuen Staatspräsidenten – Beneš trat Anfang Oktober 1938 zurück – stattfinden sollte. Zuvor verringerte sich das Gebiet der Slowakei mit dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 allerdings um 10 423 qkm auf etwa 38.000 qkm, das Gebiet der gesamten Tschechoslowakei reduzierte sich in Folge auf etwa 99.000 qkm.¹¹²

Durch die Koppelung des Autonomiegesetzes an das Veto der Slowakischen Volkspartei hinsichtlich der Präsidentenwahl beschleunigte sich das Verfahren, und der Gesetzesentwurf wurde mit 144 zu 24 Gegenstimmen im Abgeordnetenhaus am 19. November 1938 angenommen. Drei Tage später folgte der Senat diesem Beschluss. Weitere drei Tage später, am 25. November 1938, wurde das Gesetz (Nr.299/SdG) bereits rechtskräftig. Darin hieß es:

„Davon ausgehend, daß die Tschecho-Slowakische Republik durch den übereinstimmenden souveränen Willen zweier gleichberechtigter Nationen entstanden ist, daß der slowakischen Nation im Pittsburgher Vertrag sowie in anderen Verträgen und Erklärungen im Inland und im Ausland die volle Autonomie gewährleistet wurde, und von dem Bestreben geleitet, die slowakische und die tschechische Nation im Geiste des Abkommens von Silles zu versöhnen, beschließt die Nationalversammlung folgendes Verfassungsgesetz:“¹¹³

Die Abwendung der Herben'schen Formel hin zu der Formulierung von zwei gleichberechtigten Völkern, sowie die volle Gewährleistung der Autonomie machte das so lange geforderte Autonomiegesetz für die Slowakei auf Basis des Pittsburgh Agreement rechtskräftig. Allerdings wurden nur die vom Autonomiegesetz betroffenen Artikel und Paragraphen ihrer Rechtskraft enthoben. Ansonsten blieb die Verfassung von 1920 rechtskräftig.

Dass die Föderalisierung vom Großteil der slowakischen Politiker bereits zu diesem Zeitpunkt nur als Übergang verstanden wurde, zeigte sich in der Durchsetzungskraft der radikalen – in Anlehnung an Hitlers Expansionspolitik operierenden – slowakischen Politiker.

¹¹² Maximilian Obauer, Verfassungsänderungen in der Tschechoslowakischen Republik, S. 238.

¹¹³ Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, S. 251.

Als am 14. März 1939 der „souveräne“ slowakische Staat auf Hitlers Gnaden ausgerufen wurde, stellte dies ein Resultat der Radikalisierung innerhalb der Slowakischen Volkspartei dar, deren Fortbestand als Einheitspartei bis 1945 den Anschein eines souveränen slowakischen Staates sichern sollte.¹¹⁴

In diesem Zusammenhang sei lediglich darauf verwiesen, dass sich die slowakische Frage beim slowakischen Historiker Joseph Mikus ausgehend von der Staatsgründung der Ersten Republik durch die Hervorhebung eines eigenstaatlichen Gründungsmoments im Jahre 1939 auszeichnet. Im Zuge dessen gerät Mikus, in seiner Absicht, eine slowakische Eigenstaatlichkeit historisch zu legitimieren und vom Faschismus reinzuwaschen, einer fatalistischen Sichtweise gefährlich nahe, welche die Slowakei als passiven Spielball sogenannter „German and Magyar Intrigues against Slovakia“¹¹⁵ darstellte, und die vorhandenen Kontakte des radikalen Flügels in der Slowakischen Volkspartei zu den deutschen Nationalsozialisten gänzlich verschleierte.

4. Die Föderalisierung in den Jahren 1968/69

4.1. Der Weg zur Föderalisierung

Als mit der Reformbewegung um Alexander Dubček zu Anfang des Jahres 1968 das Januarprogramm verfasst worden war, implizierte die slowakische Herkunft des ersten Parteisekretärs nicht automatisch eine größere Aufmerksamkeit für die „slowakische Frage“. Jene Frage stellte nach der Zäsur des Zweiten Weltkriegs und der Phase der slowakischen Eigenstaatlichkeit auf Hitlers Gnaden seit dem Kaschauer Programm im Jahre 1945 wiederum eine Neuauflage der ungelösten Problemstellung im Verhältnis zwischen den Tschechen und Slowaken dar.

Bereits vor dem niedergeschlagenen slowakischen Aufstand von 1944 gegen die deutschen Protektoren formierte sich in der Slowakei der slowakische Nationalrat, der mit der Kontinuität zur ersten Tschechoslowakischen Republik brechen wollte und im Namen der slowakischen Nation die gesamte Staatsgewalt ausüben wollte. Da der slowakische Nationalrat jedoch keine verbindlichen Garantien von der tschechoslowakischen Exilregierung um Beneš einforderte, wurde dem Programm der Gleichberechtigung und der

¹¹⁴ Jörg K. Hoensch, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/1939. Köln 1965, S.351.

¹¹⁵ Joseph Mikus, Slovakia. A political and constitutional history, in: Slovak Studies (24/1984), S. 80.

Föderation keine Verbindlichkeit von Seiten Beneš's und der Kommunisten um Gottwald beigemessen.¹¹⁶

Ausgehend von der Inkorporation der Slowakei als Teil der Tschechoslowakei nach 1945, wurde im Kaschauer Programm der Status der Slowakei als Teil der Tschechoslowakei bekräftigt und mit gewissen Autonomierechten ausgeschmückt. So konnte beispielsweise der Slowakische Nationalrat und die KPS als „eigenständig“ übernommen werden, jedoch kam es im weiteren Verlauf zu einer Ablösung führender KPS – Funktionäre und zur Eingliederung der KPS in die KPČ. Da es bis 1969 keinen gleichbedeutenden tschechischen Gegenpart gab, sondern nur einen tschechoslowakischen Nationalrat mit zentralen Kompetenzen, beklagten weite Kreise der slowakischen Politik eine gewisse Asymmetrie.

Nach der Gleichschaltung der KPS mit der KPČ vertrat innerhalb der slowakischen Nationalen Front nur noch die Demokratische Partei Forderungen, die in Richtung einer Föderation deuteten. Unter erhöhtem Druck wurde die Demokratische Partei zu den Verhandlungen zum Dritten Prager Abkommen vom 27. Juni 1946 zitiert. Ebendieses entsprach dem zentralistischen Programm der KPČ:

„Mit dem Dritten Prager Abkommen siegte jene restaurative staatsrechtliche Konzeption, die die Liquidierung aller nach 1938 eingetretenen nationalen Veränderungen und die zentralistische Staatsstruktur aus der Zeit der Ersten Republik wiedereinzuführen gedachte.“¹¹⁷

Da vor allem auf tschechischer Seite ein politischer Dualismus vermieden werden sollte, wurde die Kompetenz des Slowakischen Nationalrats noch weiter beschnitten, indem sich die KPS 1946 der KPČ anschloss, um den kommunistischen Machterhalt zu sichern, und Gottwald zum Premierminister verhalf. Da der politische Umsturz im Februar 1948 zeitlich mit den Verfassungsdebatten korrelierte, und sich für die Föderalisierung kein Platz im politischen Programm bot, bestätigte die Verfassung vom 9. Mai 1948 das asymmetrische Modell, welches zwar einen „autonomen Status“ als Wortlaut für die Slowakei gewährte, jedoch nicht mehr als ein wenig Selbstverwaltung ermöglichte, die den zentralistischen Parteistrukturen untergeordnet war. Mit der endgültigen Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei gewannen auch die Zentralisten an Macht, deren Ziel, die Tschechen und Slowaken zu einem sozialistischen Volk zusammenzufassen und durch ein Machtmonopol der Kommunistischen Partei zu umrahmen, machtpolitisch erreicht wurde.

¹¹⁶ Emilia Hrabovec, Die staatsrechtliche Stellung der Slowakei im tschechoslowakischen Staate 1944-1968, in: Der Donauraum (34/1994), S. 65.

¹¹⁷ Emilia Hrabovec, Die staatsrechtliche Stellung der Slowakei im tschechoslowakischen Staate 1944-1968, S. 78.

Neben der ideologischen Diktion wurde die Slowakei zunehmend wirtschaftlich von der Prager Planwirtschaft abhängig. Als nach dem Tod Stalins Nikita Chruščev für eine Wiederbelebung der Föderalisierungsfrage sorgte, und es 1956 zu einem Verfassungsgesetz kam, welches den Slowakischen Nationalrat „frei“ agieren ließ, überwog eher die formale als die reale Dimension dieser Neuerung. Nach dem Ungarn-Aufstand setzte die Parteiführung um Novotný wieder auf ein größeres Maß an Zentralismus und eine strengere Politik im Gemeinen.

Durch die von Novotný initiierte Verfassung von 1960, die die ČSR in die ČSSR umwandelte, also in jene Tschechoslowakei, in welcher der Sozialismus nun auch verfassungsmäßig verankert worden war, wurde die slowakische Autonomie noch mehr beschnitten, da es fortan drei Verwaltungsregionen, anstatt lediglich einer geben sollte, und dies zum Schwinden der bisherigen Kompetenzen Bratislavas führte. Gegen Novotnýs dogmatischen stalinistischen Kurs von oben wurde in den sechziger Jahren jedoch mehr und mehr Kritik laut, die reformorientierten Personen, wie Dubček, zum Aufstieg verhalf.

Zusätzlich zu den politischen Liberalisierungstendenzen drängte sich in der Tschechoslowakei angesichts einer planwirtschaftlichen Krise, die zunehmend akuter wurde, die Frage nach der Sinnhaftigkeit des asymmetrischen Modells auf, welches die Kluft zwischen Tschechen und Slowaken mitunter wirtschaftlich weiter klaffen ließ, und zusätzlich zu einem einhergehenden Hinterfragen und Ablehnen dieses Modells, und schließlich zur Alternative Föderalisierung führte, gepaart mit einer kräftigen Portion Nationalem Selbstbewusstsein.

Als Ausdruck dieses Nationalen Selbstbewusstseins wurde vor allem von slowakischer Seite 1962 die Rehabilitierung einiger prominenter politischer Figuren gefordert, die sich angesichts des Slowakischen „Volksaufstandes“ gemäß stalinistischer Interpretation des bourgeoisen Nationalismus schuldig gemacht hatten. Zu jenen Personen gehörte unter anderem der, in den 1950er Jahren verhaftete, Gustav Husák. Außerdem zählte die Konstitutionelle Gleichstellung zu jenen gestellten Forderungen. Als die Slowaken Clementis und Husák lediglich teilweise rehabilitiert wurden, musste sich Novotný der für diesen Entscheid verantwortlichen Siroky und Bacilek nach Anraten der Barnabite – Kommission entledigen, worauf zwei Slowaken, nämlich Dubček und Lénart in der Parteihierarchie aufsteigen konnten.¹¹⁸

¹¹⁸ Stanislav J. Kirschbaum, A History of Slovakia. The Struggle for Survival. New York 1995, S. 239.

In Sachen Föderalisierung präsentierte bereits 1963 der slowakische Historiker Milos Gosiorovsky seine Thesen für eine Föderalisierung, die er aufgrund dessen, dass die Slowakei die einzige slawische Nation im sozialistischen Lager sei, die keine nationalen Organe besitzt, begründete. Novotný wies jedoch die Thesen ab. Spitzte sich innerhalb der KPČ der Machtkampf zwischen Novotný und Dubček zu, so verspielte ersterer durch sein Vorhaben militärisch gegen den Reformkurs vorzugehen seine Mehrheit im Parteipräsidium, da ihm letztlich auch Moskau kein grünes Licht gab. Öffentlich hatte er vor allem bei den Slowaken seinen Rückhalt verloren, als er im August 1967 bei einer Tour durch die Slowakei, wo er einige slowakische Gedenkfeiern besuchen sollte, wie unter anderem den Nationalfriedhof, den Besuch einer landwirtschaftlichen Kooperation vorzog.¹¹⁹ Als sich am 5.01.1968 das Parteipräsidium in Absprache mit Moskau auf Alexander Dubček als Nachfolger Novotnýs einigte, galt Dubček vor allem für Moskau als eine politische Persönlichkeit, die es vermochte die ČSSR aus der offensichtlichen Krise herauszuführen.¹²⁰

4.2. Das Reformprogramm und die Föderalisierung bis zu den Augustereignissen

Nachdem Dubček bereits im Vorfeld von Novotnýs Absetzung in tschechoslowakischen Kreisen dafür bekannt war, einen Reformkurs einzuleiten, der neben einer Demokratisierung vor allem für eine Liberalisierung des Systems stand, implizierte das sogenannte Jännerprogramm jedoch nicht automatisch eine größere Aufmerksamkeit für die ungelöste slowakische Frage. Erst nachdem auf eine Rede Josef Smrkovskýs im Februar 1968 und auf Initiative des Slowakischen Nationalrates hin der tschechoslowakische Nationalrat die slowakische Frage zum Gegenstand der anstehenden Reformpläne machte, drängte sich auch wieder die Frage nach einer Verfassungsreform auf. Zwar war der Föderalismus noch keine beschlossene Sache, jedoch schien unter der slowakischen Bevölkerung die föderale Alternative die unausgesprochene Lösung des slowakischen Problems zu sein. Als mit der Föderalisierungsfrage die Rolle der Partei diskutiert wurde, kamen bereits die ersten Zweifel im Kreml auf, ob das Reformprogramm mit der Linie der UdSSR zu vereinbaren sei.¹²¹

Paradoxerweise war es der Tscheche Milan Hübl, der diese Alternative als erster vorantrieb, während Personen wie Dubček, Bi'lak oder Husák noch nicht davon sprachen.

¹¹⁹ Ebendort.

¹²⁰ Jörg K. Hoensch, Die Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart 1992, S.164.

¹²¹ Jörg K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975. Düsseldorf 1977, S. 299.

Mitte März 1968 wurde diese Alternative erstmals von der juristischen Fakultät der Koménsky Universität in Bratislava thematisiert. Der einheitliche Schluss war, dass kein Kompromiss, ähnlich jenem des Kaschauer Programms, zustande kommen dürfe, sondern die Etablierung eines symmetrischen Systems mit zwei parallelen Regierungen und einheitlicher Organe. Zusätzlich zu diesen generellen Absichten setzte man die Verknüpfung des Vorhabens mit einer neuen Verfassung und einer Reorganisation der KPČ. Auf sowjetischer Seite verfolgte man den Reformkurs, der immer mehr das Monopol der KPČ ankratzte, mit großer Skepsis. Bereits Mitte März 1968 fanden erste Truppenbewegungen sowjetischer Verbände an der tschechoslowakischen Ost- und Nordgrenze statt, welche die Prager Reformer zur Mäßigung bewegen sollten.¹²²

In historischen Diskussionen über die Föderalisierungsfrage wurde der Kompromisscharakter des Kaschauer Programms immer wieder kritisiert. Zusätzlich dazu bestätigten Umfragen in der Slowakei, dass das symmetrische Modell des Föderalismus favorisiert wurde, während die Föderalisierungsbestrebungen in den tschechischen Ländern nur auf wenig Interesse stießen. Die offizielle Herangehensweise an die Slowakische Frage vermied zunächst den Terminus „Föderalisierung“, und konzentrierte sich auf die Erarbeitung einer „symmetrischen Ordnung“. Das im April abgefasste und beschlossene Aktionsprogramm der KPČ kritisierte das asymmetrische System, sowie die Marginalisierung der slowakischen Organe, und anerkannte den Nutzen eines neuen Verfassungsgesetzes, welches die Basis für ein symmetrisches System in einer neuen Verfassung gewähren sollte. So unscharf diese Ankündigungen auch waren, wurde Ende Mai die Bestimmung einer Regierungskommission und einer Expertenkommission unter Gustav Husák durchgesetzt, die alsbald den 28. Oktober 1968 als „dead line“ für die Annahme eines neuen Verfassungsgesetzes zur Föderalisierung bestimmte. Im weiteren Verlauf der Diskussionen kam es zu nicht geringen Problemen zwischen Vertretern der tschechischen Seite und der slowakischen. Zum einen ermangelte es der tschechischen Seite an Wissen über die Slowakei selbst, über die slowakische Sprache und deren ungünstige Position innerhalb des asymmetrischen Modells. Zudem bestand aufgrund der Propaganda in den 1950er Jahren eine Angst vor Nationalismus gepaart mit einer Angst vor einem slowakischen Separatismus, der mitunter auf Erfahrungen aus dem Jahr 1939 basierte. Neben der politischen Unfähigkeit alle Implementierungen der Föderalisierung gut zu heißen, wurde es von tschechischer Seite insbesondere verabsäumt das Problem zu studieren und zu diskutieren.

¹²² Jörg K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975, S. 300.

Neben diesen generellen Vorbehalten plagte sich auf offizieller Ebene zusätzlich zum slowakischen Komitee unter Husák ein tschechisches Komitee unter Špaček mit zwei nicht unwesentlichen Uneinigkeiten in der Materie selbst: Zum einen stand die Form der föderalen Institutionen zur Debatte, und zum anderen die Verteilung der Kompetenz zwischen föderalen und nationalen Organen.

Diese Phase der Einigung über die Details koordinierte das Expertenkomitee unter Husák Ende Juni, und sollte innerhalb eines Monats abgeschlossen werden, um in einer letzten Phase die Verfassungstexte rechtzeitig bis zum 28. Oktober – dem 50. Jahrestag der ČSR – fertig stellen zu können. Diese Planungen berücksichtigten allerdings nicht den steigenden Druck der Sowjetunion unter Brežnev, die mit dem Reformkurs der tschechoslowakischen Genossen nicht einverstanden war, und eine Gefahr des Aktionsprogramms für das gesamte sozialistische Lager sah, sollte es nicht gestoppt werden. Zwar versuchte sich Dubček in beschwichtigenden Tönen, und versicherte mitunter Brežnev persönlich, dass keine Gefahr für den Erhalt der sozialistischen Ordnung bestehe, jedoch formierte sich innerhalb des Warschauer Paktes eine immer breitere Allianz gegen die Reformen in Prag.

Das Anliegen der Föderalisierung war den Sowjets dabei nicht neu, wurde es doch schon 1948 von den Slowaken thematisiert, jedoch in der Novotný – Ära ausgeklammert. In den Reihen der slowakischen KP verfocht Vasil Bi'lak einen nationalpopulistischen Kurs in Sachen Föderalisierung, um die Slowakei vom restlichen Reformkurs zu isolieren. Bi'lak, der zum konservativen Flügel der KPS gerechnet wurde, vertrat den Slogan „Föderalisierung vor Demokratisierung“, und versuchte sich so von Prag zu distanzieren, und sich Moskau anzunähern. Zwar stellte Bi'lak bis zum August 1968 den ersten Sekretär der KPS, jedoch war sein Einfluss in der Partei im wesentlichen beschnitten, da Dubček seine loyalen Genossen rund um ihn situieren konnte. Zu jenen loyalen Pro-Reformern konnte zu dieser Zeit auch noch Gustav Husák gezählt werden, der zwar in Sachen Föderalisierung ebenfalls wie Bi'lak eine slowakische Linie vertrat, sich aber in Zurückhaltung übte. Als die sowjetisch – tschechoslowakischen Differenzen Ende Juli in Čierna nad Tisou, und schließlich am dritten August in Bratislava ausgeräumt werden sollten, blieben die Probleme weitgehend ungelöst. Die tschechoslowakische Führung sendete viele Signale aus, während die Sowjets lediglich Indices daraus filtern konnten, die letztlich zur Intervention führten.¹²³

¹²³Kieran Williams, *The Prague Spring and its aftermath. Czechoslovak Politics. 1968-1970.* Cambridge 1997, S. 38.

Dass es einer weitergehenden Annäherung zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion bedurfte, um eine schnelle diplomatische Lösung der Differenzen zu finden, dürfte beiden Seiten klar gewesen sein. Das Wissen um die militärische Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten – der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR – war im unmittelbaren Vorfeld der Ereignisse in der Nacht vom 20. auf den 21. August nur den engsten politischen und militärischen Kreisen der Sowjetunion vorbehalten. Hoensch geht davon aus, dass der Beschluss für die Intervention und der Zeitpunkt der Durchführung am 17. August in Moskau gefallen sein dürfte.¹²⁴

Für das Reformprogramm bedeutete diese Intervention ein jähes Ende, obgleich Dubček und das übrige Parteipräsidium der KPCŠ von Brežnev vorerst so belassen wurde, sich in seiner Ausrichtung gemäß den Moskauer Vereinbarungen allerdings einer einseitigen Diktion des Kremls fügen musste.

¹²⁴ Jörg K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975, S. 309.

4.3. Die Föderalisierung nach den Augustereignissen

4.3.1. Die Umsetzung der Föderalisierung unter Berücksichtigung der „Normalisierung“

Als nach der Invasion am 21. August 1968 Dubček, Černík, Smrkovský und Kriegel in Gewahrsam über die Ukraine nach Moskau gebracht wurden, um mit den Sowjets zu verhandeln, wurden am 23. August auch Präsident Svoboda und – auf dessen Anraten – auch Husák von den Sowjets bestellt.

Ab diesem Beitreten Husáks zu den Verhandlungen in Moskau, stellt sich für diese Arbeit eine zentrale Frage, und zwar was mit Gustav Husák in Moskau geschah? De facto signierten alle Beteiligten tschechoslowakischen Politiker das Moskauer Protokoll, das die Invasion als gerechtfertigtes Manöver der brüderlichen Hilfe im Lager der Warschauer Pakt Staaten darstellte, und eine dauernde Truppenstationierung der Sowjets vorsah. Außerdem galt es die Reformpläne nach Ansicht Moskaus zurückzunehmen und für eine weitgehende Entspannung beziehungsweise „Normalisierung“ zu sorgen.

Husák, der in Moskau auf die Linie Brežnevs gewechselt haben dürfte, erklärte sich einverstanden die verordnete Politik zu tragen, indem er den 14. Kongress der KPČ in Vysočany für ungültig erklärte. Bei diesem Kongress wurde die Invasion scharf verurteilt, und ein neues Präsidium demokratisch gewählt, welches den Reformkurs als auch die Personen in ihm beibehalten sollte. Obwohl Husák im Zuge dieses Parteikongresses, der am 22. August stattfand, mit Goldstücker und Šik anstelle von Bi`lak, Kolder, Piller und Rigo in das Präsidium gewählt wurde, und nun zum führenden Politiker in der Slowakei avancierte, anerkannte Husák diesen Kongress in Moskau eben nicht. Eugen Steiner kommt daher zum Schluss:

„By successfully helping the Russians to achieve the annulment of the Vysočany Congress, Husák seemed to have gained their favour and confidence. They were ready to repay him in concrete terms by not insisting on the annulment of the Slovak Congress at which Husák had been elected First Secretary;”¹²⁵

Der österreichische Botschafter in der Sowjetunion Wodak erkannte und interpretierte diese personellen Veränderungen sogleich Anfang September in seinem Bericht an das Bundesministerium für Äußere Angelegenheiten. Dabei ging er sogar soweit Husák als wahrscheinlichen Nachfolger Dubčeks zu nennen:

¹²⁵ Eugen Steiner, *The Slovak Dilemma*. Cambridge 1973, S. 188.

„Die Schreibweise der sowjetischen Presse und die Verschiebung des Parteitages der KPC lassen kaum Zweifel darüber, dass die Tage Dubceks und einiger seiner Freunde gezählt sind. Die „Ersatzleute“ haben sich bereits zu Wort gemeldet und es ist wahrscheinlich, was auch bereits von hiesiger tschechoslowakischer Seite angedeutet wird, dass der neue Parteisekretär in der Slowakei, Husak, der um das Vertrauen der Moskowiter wirbt, in absehbarer Zeit die Stelle Dubceks übernehmen wird.“¹²⁶

Während Wodak in seinen Formulierungen pointierter nicht sein konnte, stellte sich für seine Kollegen in der Tschechoslowakei eher die Frage beziehungsweise das Verlangen nach einer Übersicht über die Geschehnisse, die angesichts der Truppenstationierung und den Moskauer Verhandlungen geprägt werden sollten. In Anbetracht der Umstände verwundert es nicht, dass in den außenpolitischen Akten das Thema der Föderalisierung nebenher behandelt wurde beziehungsweise beinahe gar keine Beachtung fand.

Dass auch innerhalb der tschechoslowakischen Intelligenz – beziehungsweise an prominenter Stelle – Stimmen laut wurden, die das Moskauer Diktat und den bevorstehend drohenden Verlust auf Aussichten auf Reformen kritisierten, jedoch weniger die Föderalisierung dabei im Auge hatten, wurde in unmittelbarer Nähe zum Parteipräsidium unvermeidbar. Als bestes Beispiel für einen Intellektuellen, der im Zuge von Diskussionen und Expertenrunden direkt an der Ausarbeitung der Föderalisierung beteiligt war, und sie auch unterstützte, galt der Historiker Vilém Prečan. Er schrieb Anfang September 1968 in tagebuchartigen Einträgen und Briefen an Freunde, die später in gesammelter Form ediert wurden, sehr direkt von den Hoffnungen, jedoch vor allem von den Ängsten, die, unmittelbar nach der Invasion der fünf Warschauer Pakt Staaten, aufkamen. Es sollen hierbei Prečans privater Kommentar zur Lage vom 7. September 1968 und dessen Notizen vom 8. September Beachtung finden, die er dem Sekretariat Dubčeks zukommen ließ:

„Unter den heutigen Umständen ist es ausgeschlossen, den Erneuerungsprozeß fortzusetzen. Man kann wohl einige Maßnahmen weiterführen – die Föderation, die Wirtschaftsreform, die Rehabilitation –, aber es ist unmöglich, die Atmosphäre der Freiheit und des Vertrauens, die für den diesjährigen Frühling die anziehendste Seite der politischen Entwicklung bildete und eine nationale Begeisterung hervorrief, wieder zu beleben. [...] Die ideologische Starre der

¹²⁶ Botschafter Wodak an AM Waldheim, Moskau, 8.09.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 125977-47(Pol)68, Karton 1348, S.7.

sowjetischen Propaganda und ihre offensichtliche Verlogenheit wirken abstoßend. *Die Okkupation hat die letzten Stützen des alten Regimes verlässlicher liquidiert als der ganze Erneuerungsprozeß.* Eine Erneuerung dieser Reliquien ist unmöglich.“¹²⁷

Weiters schrieb Prečan als Notiz:

„...Führung der Partei und des Staates

Ein festes Gehirnzentrum der tschechoslowakischen Politik schaffen (u.a. als Gegengewicht gegen Husák). Nicht improvisieren, nicht Politik machen in Reaktion auf den Druck, sondern eine nach gestellter Analyse durchdachte Aktivität entfalten. Die tschechische Politik auch für die slowakischen Progressisten anziehend gestalten und sie nicht dem „Gomoulkismus“ überlassen. In der engeren Führung der KPČ auf Vertrauen basierende Beziehungen schaffen, die Beziehung Dubček – Husák – Smrkovský klären und einen Verrat Husáks (Sowjets) verhindern. Keine Kabinettpolitik machen, unter den Menschen bleiben, mit ihnen reden...sofort über alle brennenden Tagesprobleme sprechen.“¹²⁸

Die sehr direkten und unverblünten Aussagen Prečans spiegelten die tagespolitische Realität in den Augen eines reformorientierten Intellektuellen wider. Neben den Einsichten in personellen Belangen, die vor allem Husák als prosowjetischen Verräter des Reformprogramms darstellten, ließen die Aussagen Prečans vor allem darauf schließen, dass die Föderalisierung angesichts der Okkupation, dem Vertrauensverlust in die Politik und dem verlorengegangenen Erneuerungsprozess lediglich ein peripheres, wenn auch möglich scheinendes, Thema darstellte.

Die bereits angesprochene periphere Stellung der Föderalisierungspläne in der Tschechoslowakei zeigte sich auch in den außenpolitischen Akten. Während der österreichische Botschafter Wodak die Annäherung Husáks an die Vorgaben der sowjetischen „Normalisierungs“-Politik, die auch Prečan in etwas undiplomatischeren Tönen ansprach, hervorhob, schienen die österreichischen Gesandten in der Tschechoslowakei nicht so sehr über Husáks Annäherung informiert gewesen zu sein. Kirchschräger und Botschaftsrat Magrutsch, der Kirchschräger zwischen 19. September und 23. Dezember vertrat, informierten das österreichische Bundesministerium neben den brennenden thematischen Schwerpunkten der Truppenstationierung, Zensur und den Moskauer Verhandlungen nur spärlich über personelle Veränderungen in der KPČ, die in Verbindung mit der Föderalisierung standen. So erwähnte Kirchschräger am 19. September, dass Špaček im Zuge der Föderalisierung als künftiger Sekretär der tschechischen KP gehandelt wurde, und auch

¹²⁷ Vilém Prečan, Die sieben Jahre von Prag. 1969-1976. Briefe und Dokumente aus der Zeit der „Normalisierung“. Frankfurt am Main 1978, S. 16 f.

¹²⁸ Ebendort, S. 15 f.

an den Verhandlungen in Moskau teilhatte.¹²⁹ Botschaftsrat Magrutsch sah sich acht Tage später mit einer weitgehend unübersichtlichen Situation konfrontiert, stellte jedoch fest, dass es im Zuge der anstehenden Verhandlungen in Moskau, die sich wiederum um das heikle Thema der Truppenstationierung drehe, auch zu personellen Veränderungen in der tschechoslowakischen Führungsriege kommen könnte. In bezug auf die Föderalisierung zitierte Magrutsch die russische Prawda, die eine Drosselung aufgrund der Gefahr des Nationalismus nicht ausschloss:

„hinweise in der moskauer prawda auf das „verderbliche gift des nationalismus“ lassen im zusammenhang mit anderen faktoren bei hiesigen beobachtern sogar die befürchtung auf eine sowj. Drosselung der foederalisierungsabsichten aufkommen.“¹³⁰

Was im Zusammenhang mit den Hinweisen aus der Prawda auffällt ist, dass Magrutsch entgegen Wodaks Einschätzung nicht Husák als potentielle Nachfolge Dubčeks sah, sondern Mlynař oder Černík als Kandidaten nannte, die als geschäftsführender Parteisekretär an Dubčeks Seite treten sollten:

„in diesem zusammenhang soll unter belassung dubceks die voruebergehende bestellung eines geschaeftsführenden parteisekretaers erwogen worden sein, wofuer vernik [sic!] oder der in letzter zeit durch mehrere reden auffallend hervorgetretene (und angeblich von kuszenow sehr geschaetzte) zk-sekretaer mlynar, nicht so sehr aber husak in betracht kommen koennte.“¹³¹

In Anbetracht dessen, was nur wenige Tage nach diesem Schreiben Magrutschs von Wodak zu diesen personellen Fragen geschrieben werden sollte, schien auch die von Magrutsch zitierte Drosselung der Föderalisierungsabsichten seitens der Sowjets nicht plausibel, hielt Wodak doch an seiner Einschätzung fest, dass vor allem Husák auf der Linie der Sowjets war, und noch wichtiger vice versa.¹³² Dadurch, dass Husák in der Gunst der Sowjets stand, und er im Vorfeld für die Konzeptionalisierung der Föderalisierung zuständig war, und er – als vordergründig slowakischer Kommunist – zudem ein beträchtliches Interesse an der Durchsetzung der Föderalisierung gehabt haben dürfte, stand die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Föderalisierung nach der Invasion nicht in Frage.

¹²⁹ Gesandter Kirchschläger an AM Waldheim, Prag, 19.09.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 126218, Karton 1348, S. 1.

¹³⁰ Botschaftsrat Magrutsch an AM Waldheim, Prag, 27.09.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 126741, Karton 1348, S. 2.

¹³¹ Ebendort, S. 3.

¹³² Botschafter Wodak an AM Waldheim, Moskau, 2.10.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 127.026-6(POL)68, Karton 1348, S.3.

Wodak bezeichnete die Föderalisierung in einem weiteren Akt gar als Faktor, für den die ČSSR im Zuge ihrer Reformen Unterstützungen aus sowjetischen Teilrepubliken erteilte. Allerdings bezog sich diese Sympathiebekundung für die Föderalisierung auf die Parteistrukturen, und nicht auf die staatlichen Strukturen:

„Wenn auch eine ideologische Propaganda aus der CSSR zur Zeit unmöglich ist, gäbe es noch eine ideologische Waffe der CSSR: die Propagierung der Föderalisierung der CSSR, die offiziell von den Sowjets akzeptiert wurde. Die grundlegenden tschechoslowakischen Konzepte der echten wirtschaftlichen und politischen Föderalisierung der CSSR haben in den einzelnen sowjetischen Teilrepubliken allgemein Zustimmung gefunden. Die Sympathie für diese Reformen sein im Baltikum und vor allem in den kaukasischen Provinzen besonders groß gewesen. Selbst die stalinistischsten Elemente in den Teilrepubliken der Sowjetunion seien daher potentielle Verbündete der Tschechoslowaken. Letztere erblicken in einer gelungenen Föderalisierung der CSSR auch für sich neue Möglichkeiten. (Gemeint ist wohl nicht die Föderalisierung im verfassungsmäßigen Sinn, die in der Sowjetunion besteht, sondern die Föderalisierung der Partei, die hier mit Entschiedenheit abgelehnt wird.)“¹³³

Eine, in diesem Kontext, sehr aufschlussreiche Ergänzung zum Ausdruck der Sympathie für die Föderalisierung von sowjetischen Teilrepubliken fand ich in einem Akt, der über ein Gespräch des österreichischen Botschafters in Frankreich, namens Fuchs, mit dem Gesandten Puaux das generelle Thema der tschechoslowakischen Krise nach der Invasion behandelte, und dabei die Föderalisierungsbestrebungen in der Slowakei sogar als Mitgrund für die Invasion aufwarf:

„Eine besondere Rolle in diesem Zusammenhang hätten die leitenden Funktionäre der ukrainischen KP gespielt, die offenbar ein Übergreifen föderalistischer Reformbestrebungen in der Slowakei auf die Ukraine gefürchtet hätten.“¹³⁴

Im weiteren Verlauf sollte die Föderalisierung, die Puaux also als mitentscheidenden Faktor für die Invasion sah, die er wiederum gemeinhin als Defensivreflex der Sowjetunion begriff, aller Voraussicht nach weiter vorangetrieben werden:

[...] Zwar keine voreiligen Schlüsse, aber: „Die aussen- und innenpolitische Gleichschaltung der Tschechoslowakei werde wohl, wenn auch ohne sichtbare äussere Gewaltanwendung und ohne Überstürzung, aber konsequent und systematische fortgesetzt und durchgeführt werden.“¹³⁵

¹³³ Botschafter Wodak an AM Waldheim, Moskau, 30.09.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 127.124-6(POL)68, Karton 1348, S. 3.

¹³⁴ Botschafter Fuchs an AM Waldheim, Paris, 5.10.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 127487, Karton 1347

¹³⁵ Ebendort.

Zwar könnte diese Gewichtung der Föderalisierung für Magrutschs Ausführungen bezüglich einer Drosselung der Föderalisierung entsprechen, jedoch dürften sich die tschechoslowakischen Politiker mit der sowjetischen Führung von Beginn an verstanden haben, dass die Föderalisierung nicht die Machtausübung der KPČ beschneiden darf, sprich eine Föderalisierung der Partei sein kann. Vor allem Husák vermied schon im Vorfeld der Invasion sich zur Föderalisierung der Partei zu äußern, was Vasil Biľak in national - populistischer Manier noch im August 1968 forderte, um eine Gleichstellung der KPS gegenüber der KPČ zu erreichen.¹³⁶

Husák hielt sich entgegen anderer tschechoslowakischer Politiker, wie Dubček und Smrkovský, geschickt zurück, wenn es darum ging das Reformprogramm gegenüber der tschechoslowakischen Bevölkerung trotz der Invasion und Okkupation zu verteidigen. Zwar ernteten jene Politiker, die in hoffnungsvollen Tönen von der Fortführung des Reformprogramms sprachen, Szenenapplaus während zahlreicher Reden, jedoch mussten sie sich vor den sowjetischen Entscheidungsträgern der Realität stellen, der sich Gustav Husák schon in den späten Augusttagen bei der ersten Verhandlungsrunde gestellt hatte.

Zwar konnte Dubček nicht darum hin die Bevölkerung über die Wiedereinschränkung der Zensur zu informieren und sie angesichts des Moskauer Kommuniqués zur Folgeleistung aufzufordern, jedoch geschah dies vor dem Hintergrund der Hoffnung auf einen baldigen Truppenabzug der Sowjets und einem neuerlichen Versuch das Reformprogramm zu revitalisieren.

Botschaftsrat Magrutsch betonte allerdings sehr deutlich in einer neuerlichen Einschätzung der Situation vom ersten Oktober, dass er die Haltung Husáks der Realität am ehesten zugetan einschätzte, obwohl dieser auf Anfrage bei einem Interview die Frage um die Nachfolge Dubčeks durch seine Person lediglich als Spekulation darlegte und generell als „Hysterie ohne wirkliche Substanz“¹³⁷ dementierte. Dabei gab Husák auch zu verstehen, dass, seiner Ansicht nach, die innenpolitischen Zielsetzungen demnach die Durchführung der Föderalisierungspläne, eine Fortführung einer sozialistischen Demokratie und eine in neuen Wegen fortgeführte Wirtschaftsreform wären.

¹³⁶ Gordon H. Skilling, *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*. Princeton 1976, S. 460.

¹³⁷ Botschaftsrat Magrutsch an AM Waldheim, Prag, 1.10.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 127191, Karton 1347, S. 3.

Magrutsch schloss aus den Ansichten Husáks folglich, dass „ die wahren und entscheidenden Errungenschaften der Nach-Jänner-Periode verloren gegangen sind, dem am 5. April 1968 beschlossenen Aktionsprogramm der KPC ist der Kern genommen worden.“¹³⁸

Mit diesem Schreiben an Außenminister Waldheim dürfte sich auch Botschaftsrat Magrutsch endgültig der Nichtwiederholbarkeit des Prager Frühlings bewusst geworden sein. Dass sich Magrutsch auf die Ausführungen Husáks stützte, beweist, wie weit die Stellung Husáks als richtungsgebende politische Figur in der Tschechoslowakei durch die Sowjets abgesichert war. Aber auch die Ausführungen eines sonst so optimistischen Smrkovský schienen sich zu diesem Zeitpunkt der Konsolidierung durch Moskau angepasst zu haben:

[...]“Selbst der immer Optimismus ausstrahlende Smrkovský hat in letzter Zeit seine Sprache sehr geändert, sich gegen Rechtstendenzen und gegen die ‚hartnäckigen und gefährlichen Aktivitäten aus Kreisen der ehemaligen Sozialdemokratie‘ gewandt und erklärt, man müsse nunmehr bei der Erfüllung des Aktionsprogramms vor allem bei jenen Punkten beginnen, welche die Arbeiterklasse betreffen, ‚welcher wir in der Nach-Jänner-Periode sehr viel schuldig geblieben sind‘. Bei einer gestern aus Anlass des 30. Jahrestages des Münchner Abkommens gehaltenen Ansprache gab er zu, dass ‚der Weg zur sozialistischen Wiedergeburt wohl lange sein und auch einigermaßen andere Formen als vorgesehen haben werde‘. Hier ist wohl die Frage aufzuwerfen, ob diese beabsichtigte ‚sozialistische Wiedergeburt‘, die ‚Neuetablierung des Sozialismus in moderner und attraktiver Gestaltung‘, wie es Pavel Kohout, einer der maßgeblichen Reformer unter den Schriftstellern, seinerzeit in einem Interview formuliert hat, überhaupt realisierbar ist oder aber nur ein faszinierendes Experiment und Modell darstellt, das für sich allein, wie die Praxis gezeigt hat, in einem kommunistischen Staat wohl kurzfristig geschaffen, wegen seiner ihm innewohnenden Sprengkraft für die gesamte Ideologie des Kommunismus – abgesehen von allen außenpolitischen und militärischen Überlegungen – aber nicht toleriert werden kann. In fast allen in letzter Zeit hier geführten Gesprächen habe ich trotz des von offizieller Seite zur Schau getragenen Optimismus immer wieder den Eindruck erhalten, dass man sich letztlich des Endes und auf längere Sicht Nichtwiederholbarkeit dieses Experiments bewusst ist.“¹³⁹

¹³⁸ Ebendort, S.4.

¹³⁹ Ebendort, S. 5f.

4.3.2. Die formelle Annahme der Föderalisierung

Die formelle An- und Aufnahme des Föderalisierungsgesetzes in die Verfassung erfolgte am 27.10 1968 durch das tschechoslowakische Parlament, nachdem noch im Vorfeld die letzten Hürden für die Annahme Tage zuvor ausgeräumt worden waren. Die Ratifizierung dieses neuen Verfassungsgesetzes sollte jedoch erst mit dem ersten Jänner 1969 erfolgen.

Das schon im Juni und Juli angestrebte Datum des 28. Oktobers 1968 für die offiziellen Feierlichkeiten, als der 50. Jahrestag der Gründung der ČSR, konnte trotz der unvorhergesehenen Augustereignisse eingehalten werden, wenn auch die feierliche Stimmung bei den Feiern in Bratislava nicht so recht aufkommen sollte.

Die für die Slowakei so fundamentale Veränderung ihres verfassungsmäßigen Status soll an späterer Stelle, und zwar zum Zeitpunkt der Ratifizierung der Föderalisierung erörtert werden. An dieser Stelle sollen zunächst die Berichte des österreichischen Generalkonsul Ploil näher betrachtet werden. Ploils Interpretation der Ereignisse zeigen zum einen die realpolitische Unwichtigkeit der Föderalisierung angesichts der Zurücknahme des übrigen Reformprogramms und der währenden sowjetischen Truppenstationierung. Zum anderen wurde aber gerade im Zuge dieser Feierlichkeiten ein Moment der Kanalisierung der Emotionen und der Stimmung innerhalb der anwesenden Menschen aus der Bevölkerung sichtbar, sowie eine von Ploil selbst eingefügte ironische Note lesbar, welche die Feierlichkeiten zum Anlass des Gesetzesbeschlusses über die Föderalisierung angesichts der verordneten politischen, geistigen und kulturellen „Normalisierung“ zur Inszenierung einer realpolitischen Farce degradierten:

„ Am 29. und 30. Oktober 1968, zum 50. Jahrestag der Gründung der ČSSR [sic!], erfolgte in Bratislava ihre formelle Umwandlung in einen neuen Bundesstaat, bestehend aus dem tschechischen und dem slowakischen Staat. Die Feierlichkeiten verliefen in der hier üblichen Form, nämlich unter einem Versagen des Protokolls. Bei seinem Eintreffen in Bratislava konnte Präsident Svoboda die vor dem Bahnhof aufgezugene Ehrenkompanie nicht abschreiten, weil sie vom Publikum überrannt worden wäre. Er, Dubček, Smrkovsky, Cisař, alle anderen Gäste aus Prag und die zur Begrüssung aufgebotenen Gäste, darunter die Leiter der Konsularämter, mussten etwa eine Stunde im Bahnhof verharren, um dem Jubel der Bevölkerung zu entrinnen; die Polizei war hilflos. Am Abend des 29. gab es eine Festaufführung der Oper Krutňava mit mässigen Sängern, einem schlechten Dirigenten und einem steckenbleibenden Vorhang. Am nächsten Tag erfolgte in der Burg die feierliche Unterzeichnung des Verfassungsgesetzes durch Svoboda, Černík und Smrkovsky; die offiziellen Einladungen zu diesem Staatsakt wiesen voneinander abweichende Beginnzeiten auf, der Festsaal war noch nicht völlig renoviert und noch nach Leim wie eine Tischlerwerkstatt, und statt der zugelassenen 20 Photographen und Filmleute waren mindestens 50 erschienen, von denen die Gäste rücksichtslos abgedrängt wurden. Die Rezeption am Abend des 29., die Festsitzung des slowakischen Nationalrats, das Essen im PARK KULTURY und die Abfahrt aus Bratislava funktionierten bis auf die Unfähigkeit der

hiesigen Organe, den Verkehr zweckmässig zu regeln, relativ klaglos. Über die Ursachen und Wirkungen der Föderalisierung wird das Generalkonsulat an anderer Stelle berichten. Die hier konsularisch vertretenen Staaten haben der Aufwertung der Slowakei schon dadurch Rechnung getragen, dass sie ihre Vertretungsbehörden noch mehr aufblähten. Der neue bulgarische Generalkonsul bekleidet bereits Gesandtenrang.

Der Konsul:
Ploil.¹⁴⁰

Neben der behördlichen Aufblähung, der scheinbar oberflächlichen und schlecht vorbereiteten Durchführung der Feierlichkeiten ging Ploil in einem weiteren, für diese Arbeit sehr zentralen Akt, weiter, indem er die sowjetische Haltung, die historischen Vorbehalte der Tschechen und die slowakischen Initiatoren bezüglich der Föderalisierung beschrieb. Weiters ließ Ploil durchblicken, dass zwar die Annahme der Föderalisierung termingerecht über die Bühne ging, jedoch noch keine Einigung in so manchen Details, wie der zukünftigen ministeriellen Kompetenzverteilung, bestünde. Ein im historischen Kontext interessanter Vergleich des Föderalisierungsexperiments mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 sieht Ploil letztlich durch den Finanzausgleich bestätigt:

„ Mit dem Staatsakt auf der Pressburger Burg wurde einem 50-jährigen Wunsche der Slowaken Rechnung getragen und die ČSSR formell in einen Bundesstaat umgewandelt, ohne dass bisher Einigung über die Einzelheiten erzielt worden wäre. Vor allem wäre festzuhalten, dass die UdSSR der Föderalisierung keineswegs ablehnend gegenübergestanden war; im Gegenteil, sie war das einzige der vier Prinzipien des Aktionsprogramms, dem ursprünglich beigepflichtet wurde. Glaubte man doch, durch eine stärkere Autonomie der orthodoxeren Slowaken die Liberalisierungsbestrebungen der Tschechen besser bremsen zu können. Diese Absicht wurde durch die Besetzung zwar hinfällig, und die Sowjets dürften seither ein gewisses Unbehagen verspüren, dass die Desintegration der ČSSR unter ihrer Oberaufsicht vor sich geht, aber grundsätzlich billigen sie die Bildung eines slowakischen Staates weiterhin, was die österreichischen Zeitungen anscheinend nicht glauben. Auch war nicht, wie behauptet wurde, die slowakischen KP der Initiator der Föderalisierung, sondern der slowakische Nationalrat und die slowakischen Bürokratie. Die Parteiführung war davon aus ideologischen Gründen nicht sehr begeistert, ja Dubček soll sie anfänglich sogar abgelehnt haben. Wenn man sich erinnert, dass die Exponenten der slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Jahre 1918 Hlinka, im Jahre 1938 Tiso, im Jahre 1945 die Demokraten und im Jahre 1948 Klementis und Genossen waren, erscheint diese Einstellung auch historisch begreiflich. Mit Beginn des nächsten Jahres sollen der tschechische und slowakische Staat im Rahmen der Föderation zu funktionieren beginnen. Bisher besteht jedoch noch keine Einigung über die Kompetenzartikel und über die zu bestellenden Organe. Die Meinungen über die Anzahl der zu errichtenden gemeinsamen Ministerien schwanken zwischen 3 und 7; neben der selbstverständlichen gesamtstaatlichen Führung der Ressorts für Äusseres und Landesverteidigung werden noch die für Finanzen, Aussenhandel, Bauten und Investitionen, Landwirtschaft und soziale Verwaltung erwogen. Die slowakischen Erwartungen würden nach Ansicht des Generalkonsulates den Rahmen eines Bundesstaates sprengen; es würde zwar nicht, wie verschiedene Tschechoslowakisten (eine neu gebildete abfällige Bezeichnung) behaupten, zu einem Staatenbund führen, wohl aber zu einer Realunion. Das Generalkonsulat hat bereits mit Bericht Zl. 15-Res/68 vom 23. Feber 1968 darauf hingewiesen, dass die

¹⁴⁰ Generalkonsul Ploil an AM Waldheim, Pressburg, 7.11.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 129457, Karton 1347

Ähnlichkeit dieses staatsrechtlichen Experiments mit dem österreichisch-ungarischen Dualismus unverkennbar ist, und der ständige Stein des Anstosses wird auch hier der Finanzausgleich sein.[...]“¹⁴¹

Zwar konnte diesem historischen Vergleich mit dem österreichisch-ungarischen Dualismus im Zuge dieser Forschungsarbeit nicht nachgegangen werden, da ich bei weiterer Recherche lediglich auf den von Ploil selbst genannten Querverweis zurückgreifen konnte, jedoch schien er umso erwähnenswerter, da er die ökonomische Schieflage zwischen den tschechischen Ländern und der Slowakei erahnen lässt, die im Zuge der Föderalisierung durch die eigenständige Erarbeitung der Budgets innerhalb der beiden sozialistischen Republiken entschärft werden sollte.

Neben der höheren Attraktivität der slowakischen Wirtschaft für die österreichischen Belange im Vergleich zur Wirtschaft der böhmisch mährischen Länder, die für Ploil in der Ansiedelung der chemischen Industrie in der Slowakei und in den Fragen des Donauausbaues begründet lag, bescheinigte der Generalkonsul dem Vorhaben der Föderalisierung nur wenig Erfolgsaussichten, wenn er im selben Akt schrieb:

[...]“Das Generalkonsulat meint, dass der tschechoslowakischen Föderation kein Erfolg beschieden sein wird; früher oder später wird es entweder zu einer de facto Dismembration kommen oder zu einem von der Partei gelenkten neuen Zentralismus, wobei die bundesstaatliche Verfassung aufgehoben oder einfach ignoriert werden wird. Für alle Fälle wäre das nächste Frühjahr der geeignete Termin des Beginns einer österreichischen Kultur- und Wirtschaftsoffensive. Die Sowjetunion hat bisher keinen Einfluss auf die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der ČSSR zum Westen ausgeübt, und es ist kaum anzunehmen, dass sie dies gerade im Verhältnis zu Österreich tun sollte.

Der Konsul:
Ploil.“¹⁴²

In einem dritten und letzten zentralen Akt zu dieser Thematik griff Ploil die personellen Veränderungen auf, die er vor allem in der Person Husáks als Ersten Sekretär der KPS festmachte. Husák sollte laut Ploil nun vor allem durch die neu zu schaffenden Posten der Föderalisierung in seiner Stellung als mächtigster Mann in der Slowakei maßgebend für die politische Ordnung in der Slowakei sein. Die Bemerkung, dass Dubček vor dem Sturz Novotnýs ebenfalls das Amt des Ersten Sekretärs der KPS bekleidete, um sodann zum mächtigsten Mann der KPČ zu avancieren, lässt meines Erachtens darauf schließen, dass sich Ploil der zukünftigen Machtposition Husáks als Generalsekretär der KPČ bereits sicher

¹⁴¹ Generalkonsul Ploil an AM Waldheim, Pressburg, 12.11.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 129455-6(Pol)68, Karton 1347

¹⁴² Ebendort.

gewesen sein dürfte. Im folgenden Akt findet sich allerdings auch eine pointierte persönliche Einschätzung Husáks, die durch biografische Hinweise und Husáks politischen Werdegang auf die zukünftigen politischen „Normalisierungstendenzen“ hinwiesen. Zwar könne Husák aufgrund seiner Haft während der Novotný Ära den Schein wahren, kein Stalinist zu sein. Tatsächlich sah Ploil lediglich im Nationalismus Husáks ein Moment der Abgrenzung zum Stalinismus:

„ Nach der Umwandlung der ČSSR in einen Bundesstaat wird wahrscheinlich noch vor Beginn des nächsten Jahres eine slowakische Regierung gebildet werden. Die derzeitigen höchsten Administrativorgane der Slowakei, die Beauftragten des Slowakischen Nationalrats, werden nur zum Teil dieser Regierung angehören. Nach monatelangen Kabbalen innerhalb der Partei beginnt langsam durchzusickern, welche Männer voraussichtlich mit welchen Funktionen betraut werden. Das Generalkonsulat versucht, nachstehend eine Charakteristik der Anwärter auf die drei wichtigsten Posten zu geben. Die bedeutendste Funktion ist die des Ersten (oder General-) Sekretärs der slowakischen KP; sie wird derzeit von Dr. Gustav Husak ausgeübt, der sie auch behalten wird. Es sei daran erinnert, dass Dubček bis Ende des Vorjahres Erster Sekretär der slowakischen KP war und sich in dieser Position zum wichtigsten Gegner Novotnys entwickelt hat. Im Jahre 1968 trat der Orthodoxe Bilak Dubčeks Nachfolge an, offenbar als Belohnung für seine mutige Hilfe bei der Absetzung Novotnys. Gustav Husak ist ein Opfer des Personenkultes. Geboren am 10. Jänner 1913 in Bratislava, vom Beruf Rechtsanwalt, wurde er als alter Kommunist schon 1945 Beauftragter für Inneres in der damaligen slowakischen Regierung. Von 1948 bis 1950 war er Vorsitzender des Rates der Beauftragten und wurde mit Klementis, Novomesky, Holdoš und anderen in dem Schauprozess gegen die slowakischen Nationalisten wegen Rechtsabweichung zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Der Vorwurf der Rechtsabweichung dürfte auf Husak so zutreffen wie auf Slansky! Er befand sich tatsächlich bis zum Jahre 1963 in Haft, wurde dann begnadigt, 1965 rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Seit dieser Zeit arbeitet er emsig und mit den vor seiner Verhaftung noch üblichen Mitteln an seinem Comeback. Sehr eitel und stark emotionell, stimmt er den Inhalt seiner Reden oft unter dem Einfluss des Auditoriums spontan auf dessen Gefühle ab und steht daher im Verdacht, antisemitische, antitschechische, antideutsche, antiungarische, antipolnische, antiwestliche und antiintellektuelle Tendenzen zu vertreten. Tatsächlich ist er für derart primitive Regungen viel zu gescheit, auch die Bezeichnung Opportunist wäre eine Vereinfachung. Ich halte ihn schlicht für einen kommunistischen Nationalisten, der noch mit den in den 50-er Jahren üblichen Mitteln der politischen Demagogie arbeitet. Seine 12-jährige Kerkerhaft dient zum Beweis dafür, dass er kein Stalinist sei; in Wirklichkeit dürfte er sich von den Stalinisten herkömmlicher Prägung nur durch seinen glühenden Nationalismus und die grundsätzliche Ablehnung des politischen Missbrauchs der Gerichte unterscheiden. Nach den Ereignissen des Jänners gelang es ihm blitzschnell, sich den Parteiapparat mit allen seinen Richtungen gefügig zu machen, sodass er als Vizeministerpräsident in das Kabinett Černík aufgenommen wurde. Nach dem Einmarsch der Staaten des Warschauer Pakts spielte er den beschränkten und halsstarrigen Bilak so geschickt an die Wand, dass dieser in den Geruch des Kollaborateurs und Saboteurs an Dubček geriet. Das geschickte daran war die Technik, mit der Husak den armen Bilak in eine unmögliche Situation manövrierte, ohne sich selbst pro oder contra Dubček zu exponieren. Bilak wurde abgesetzt und Husak zu seinem Nachfolger gewählt. Trotz seiner charakterlichen Mängel und seiner veralteten Weltanschauung scheint mir in der jetzigen Situation Dr. Husak der richtige Mann für die Führung der slowakischen KP zu sein. Er ist am ehesten geeignet, die Sowjetunion von weiteren Eingriffen in die innerstaatliche Entwicklung abzuhalten, ohne die slowakischen Bevölkerung zu erbittern, denn die plumpen Fehler der Prager Führung in beiden Richtungen werden ihm nicht passieren. Einer

Intensivierung der Beziehungen zu Österreich wird er wenig zugänglich sein, ausser sie würde zur Hebung seines eigenen Ansehens beitragen.[...]“¹⁴³

4.3.3. Der Fall Smrkovskýs

Josef Smrkovský, der im Zuge der Reformpolitik des Prager Frühlings in die Führungsriege der KPCĚ gelangte, und sich – neben Dubček – wahrscheinlich am meisten Beliebtheit und Popularität in großen Teilen der tschechoslowakischen Bevölkerung erfreute, wurde gegen Ende des Jahres 1968 vor allem von Husák politisch in seiner durch die Föderalisierung entstehenden Position als Vorsitzender der Föderalversammlung gezielt angegriffen.

Husáks Bestreben Smrkovský politisch ins Abseits zu drängen wurde vor allem von den Sowjets geteilt, wenn nicht sogar initiiert, da Smrkovský noch immer als „Radikalreformer“ der ersten Stunde angesehen wurde, und somit nicht der Normalisierung dienlich war.¹⁴⁴

Gegen Ende Dezember 1968 empörte Husák in einer Rede vor dem slowakischen Zentralkomitee nicht nur unmittelbare Gesinnungsgenossen Smrkovskýs, wie etwa die Gewerkschafter, sondern nach Meinung Kirchschrägers auch viele Personen in Prag. Kirchschräger sah in dieser Aktion bereits den realen Nutzen der Föderalisierung, und zwar den Missbrauch diese politische Neustrukturierung mitsamt den neu zu besetzenden Ämtern zu einer personellen politischen Frage zu erklären:

„die gestrige rede husaks vor dem slowakischen zentralkomitee, in der er das amt des praesidenten der zukuenftigen bundesversammlung fuer einen angehorigen des slowakischen volkes fordert, wird in prag auch von personen, die nicht absolut hinter smrkovsky stehen, mit grosser besorgnis aufgenommen. noch bevor die foederalisierung in kraft tritt, wird diese damit bereits dazu missbraucht, eine allgemeine politische frage, wie sie das verlangen nach absetzung smrkovskys zweifellos darstellt, auf dem wege ueber foederative forderungen zu loesen. das misstrauen der tschechen gegen die foederalisierung ist durch diese rede erheblich verstaerkt worden. offizielle reaktionen liegen jedoch keine vor.

kirchschräger“

145

¹⁴³ Generalkonsul Ploil an AM Waldheim, Pressburg, 13.11.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 129456, Karton 1347

¹⁴⁴ Eugen Steiner, S. 206.

¹⁴⁵ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 23.12.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 131677, Karton 1347

Husáks Bemühen Smrkovský nicht als Vorsitzenden der Föderalversammlung zu nominieren, gründete in der Argumentation, dass ansonsten die drei höchsten Ämter – der Präsident, der Premierminister und der Vorsitzende der Föderalversammlung – in den Händen von tschechischen Politikern wären, und deswegen zumindest für die formell neue Funktion des Vorsitzenden der Föderalversammlung ein Slowake nominiert werden sollte. Dass die mit Abstand mächtigste politische Funktion in der Tschechoslowakei bereits seit einem Jahr in „slowakischer Hand“ – sprich in jenen Dubčeks – lag, dürfte Husák intentional entgangen sein.

Letztlich wurde gerade wegen Smrkovskýs Popularität vor allem von Seiten der Medien, aber auch der Gewerkschaften sehr viel Aufsehen um die Absichten Husáks gemacht. Auch in den außenpolitischen Akten fand sich im Karton 1502, der das Jahr 1969 eröffnet, sogleich an zweiter Stelle – nach dem öffentlichen Inkrafttreten der Föderalisierung – ein Akt, der einen offenen Brief an Husák von Ing. Vlastimil Toman, dem Vorsitzenden des Tschechischen Gewerkschaftsverbandes der Arbeitskräfte der Metallindustrie, in deutscher Übersetzung wiedergibt:

„Offener Brief an Dr. G. Husák
Geehrter Genosse!

Tief berührt hat uns Ihre Erklärung auf der Tagung des Slowakischen Nationalrates, wo Sie die 900.000 Metallarbeiter, die fest hinter der Nach-Jänner-Politik stehen, wie sie im Aktionsprogramm der KPTsch zum Ausdruck kommt, als extremistische rechtsorganisierte Kräfte bezeichnet haben, und dies nur deshalb, weil wir uns hinter die Kandidatur des Genossen Josef SMRKOVSKÝs für die Funktion des Vorsitzenden der Föderalen Versammlung der CSSR stellen.

Niemand in den böhmischen Ländern bestreitet das Recht der slowakischen Genossen auf führende Posten in der CSSR. Dies möge aber in demokratischen Wahlen geschehen. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Situation, in die unsere Nationen nicht durch eigene Schuld geraten sind, abnormale ist. In dieser Situation ist unserer Ansicht nach der Austausch eines jeden von den führenden Politikern und Staatsmännern, mit deren Namen die Nach-Jänner-Politik verknüpft ist, ein Hasardieren mit dem Schicksal der Republik. Ihre Namen sind zu Symbolen geworden, auf die sich die sehnliche Wünsche und Hoffnungen beider Nationen stützen. Ihr Sturz hätte für unsere Nationen tragische Folgen.

Aus diesen Gründen betrachten wird dagegen Ihre Forderung als extrem, welche in dieser aufgewühlten Situation ein rücksichtsloser Schlag beiden Nationen in den Rücken ist. Wir begreifen nicht, wie Sie, der Sie sich als einen Kommunisten betrachten, gerade jetzt, wo das Schicksal beider Nationen auf dem Spiel steht, eng nationale Fragen vor den Interessen der Arbeiterklasse und vor den Interessen des Sozialismus hochspielen könne, ja vor den Interessen der gesamten Republik. Wir können Sie dessen versichern, daß wir, wenn nach dem

Jänner ausschließlich Slowaken den führenden Platz im Staate eingenommen und diese schwere Prüfung bestanden hätten wie die Genossen Dubček, Svoboda, Smrkovský, Černík, diese genauso angestrengt verteidigen würden. Mit dem Vertrauen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu hasadieren, hat niemand das Recht. Wir begreifen nicht, wer Ihnen das Recht gegeben hat, uns als extremistische und rechtsorientierte Kräfte zu bezeichnen. Sie sollten begreifen, daß Sie die volle Verantwortung tragen für eine derartige Beschuldigung, die den heftigen Widerstand aller tschechischen Menschen hervorruft. Vielleicht begreifen Sie, daß Sie Ihre subjektive Ansicht nicht dem gesamten Volke aufdrängen können. Wir würden Ihre Teilnahme an unserer nächsten Tagung des Zentralkomitees des Gewerkschaftsverbandes begrüßen, wo wir Ihnen die Möglichkeit geben werden, Ihre Ansichten zu erläutern.“¹⁴⁶

Toman hielt Husák das Hochspielen nationaler Interessen entgegen, und verwies auf die „abnormale Situation“ der Tschechoslowakei durch die nicht explizit genannte Invasion der Warschauer Pakt Staaten. Die von Toman bekundeten Sympathien für das Reformprogramm und seine Politiker dürften Husák ebenso wenig beunruhigt haben, wie der zitierte „heftige Widerstand aller tschechischen Menschen“¹⁴⁷.

Husáks Hervorkehren scheinbar nationaler Interessen, das in Wirklichkeit personalpolitische Hintergründe verschleiern sollte, fruchtete schließlich, da Smrkovský in die Falle tappte, und von der Position des Vorsitzenden der Föderalversammlung zurücktrat, noch ehe die Föderalisierung ratifiziert wurde.

Der Fall Smrkovskýs stellte den Anfang der in der „Normalisierung“ unter Husák vollzogenen personellen Veränderungen dar, und sollte alsbald auch Dubček betreffen.

¹⁴⁶ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 3.01.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 150273, Karton 1502

¹⁴⁷ Ebendort.

4.3.4. Die Ratifizierung der Föderalisierung

Mit der Ratifizierung der Föderalisierung wurde das einzige Reformvorhaben des im Prager Frühling formulierten Aktionsprogramms der KPČ durchgesetzt. Das am 28. Oktober vom Parlament angenommene „Verfassungsgesetz über die Tschechoslowakische Föderation (Nr.143/1968)“ wurde demnach – wie vorgesehen – am 1. Jänner 1969 ratifiziert. Die vornehmlich von slowakischer Seite forcierte Teilung des Einheitsstaates in zwei souveräne Staatsteile – der Tschechischen Sozialistischen Republik und der Slowakischen Sozialistischen Republik – betraf vorerst nur den Oberbau der staatlichen Struktur. Die Verwaltungsstruktur auf Länder- und Kreisebene blieb unverändert.¹⁴⁸

Die tschechoslowakische Föderalversammlung beherbergte nun zwei Kammern. Zum einen die Volkskammer mit 200 Delegierten, und zum anderen die Nationalitätenkammer, die je 75 slowakischen und tschechischen Delegierten Sitze bot. Die in der Volkskammer lediglich zu einem Drittel vertretenen Slowaken wurden den Tschechen in der Vertretung innerhalb der Nationalitätenkammer gleichgestellt. Um eine slowakische Benachteiligung bei föderalen Abstimmungen in verfassungsändernden Belangen zu verhindern, bedurfte es fortan einer 3/5 Mehrheit in beiden Kammern. Dabei waren die Volkskammer und die Nationalitätenkammer gleichberechtigt. An der Spitze des Staates stand formell die Föderalregierung, mit sieben Föderal- beziehungsweise Bundesministerien: dem Ministerium für Außenpolitik, dem Verteidigungsministerium, dem Innenministerium, dem Ministerium für Planung, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Außenhandel und jenem für Arbeit und Soziales. Die jeweils dafür vorgesehenen Minister- und Staatssekretärsposten sollten jeweils mit Politikern verschiedener Nationalität besetzt werden. Parallel dazu gab es nationale Ministerien, die durch föderale Stellen koordiniert wurden.

Neben den föderalen Institutionen mitsamt einer tschechoslowakischen Föderalregierung verliefen parallel dazu die Landesparlamente, der Tschechische Nationalrat mit 200 und der Slowakische Nationalrat mit 150 Abgeordneten, die beide wiederum über eigene nationale Regierungen verfügten.

Im Endtext des besagten Verfassungsgesetzes zollte man auch dem Aktionsprogramm Tribut. Das im April 1968 konzipierte Aktionsprogramm der KPČ sah zwar unter dem Schlagwort der Föderalisierung sowohl Veränderungen in der staatlichen Struktur, aber eben

¹⁴⁸ Jörg K. Hoensch, Die Geschichte der Tschechoslowakei, S. 175.

auch für die Parteistrukturen vor. Spätestens nach der Invasion Ende August dürfte jedoch den letzten reformorientierten Kommunisten in der Tschechoslowakei klar gewesen sein, dass eine Föderalisierung der Parteistrukturen und eine damit einhergehende Machtzerstreuung nicht in Frage kam. Betrachtet man die ablehnende Haltung Dubčeks zu diesem Thema von Beginn an, so hielt sich auch Husák in diesem Zusammenhang zurück. Einzig Vasil Biľak versuchte durch die Propagierung der Parteiföderalisierung noch im August - vor seiner Ablöse durch Husák – eine Gleichstellung der KPS gegenüber der KPČ aus nationalpopulistischen Gründen zu erreichen.

Das Grundkonzept der Föderalisierung war demnach nur in der Regierung und den darunter liegenden Versammlungen und Kammern zu erkennen. In der Partei, die noch immer die oberste und unanfechtbare Macht im Staat darstellte und ausübte, herrschte weiterhin ein Zentralismus.¹⁴⁹

Ausgehend von den außenpolitischen Akten trat die Ratifizierung der Föderalisierung zwar eine kurzweilige Prominenz an, jedoch waren sich die Gesandten mit ziemlicher Sicherheit dessen bewusst, dass die Föderalisierung in Anbetracht des zuvor angestrebten Reformprogramms lediglich Augenauswischerei war, die sich nicht nur angesichts der weitgehend unangetasteten Parteistrukturen, sondern auch durch die Besetzung der Föderalregierung durch „Männer der Mitte“ auszeichnete:

„ die auf grund der foederativen umgestaltung der republik am 1. jaenner vom praesidenten der republik ernannte regierung unter ministerpraesident cernik setzt sich zusammen aus
4 stellvertretenden ministerpraesidenten, hievon 2 slowaken
7 ministern als chefs von ministerien der cssr (vgl.11.202-a/68), hievon 3 slowaken
7 ministern als chefs von bundesausschuessen fuer die den beiden republiken und der cssr gemeinsamen kompetenzen, hievon 3 slowaken
2 ministern ohne portefeuille, das sind die vertreter der volkspartei und der sozialistischen partei, die im rahmen der foederativen umgestaltung ihre ressorts verloren haben und

6 staatssekretaeren, hievon 3 slowaken.

Das aussenministerium mit ing. jan marko und das aussenministerium mit ing. jan tabacek sind in slowakischer hand. Die besetzung des innen-, verteidigungs-, finanz-, planungs- und sozialministeriums ist gleichgeblieben.

Pleskot wurde, wie erwartet, staatssekretaer im aussenministerium

Der bisherige 1. stellvertretr. Vizeminister im aussenhandelsministerium ing. uebl, staatssekretaer in diesem ministerium.

Bei den regierungsmitgliedern handelt es sich, soweit sie aus ihrer tätigkeit bekannt sind, um maenner der mitte. Personen mit bekannt dogmatischen auffassungen sind in der regierung ebenso wenig vertreten wie ausgesprochene progressisten. Die regierung duerfte daher voraussichtlich auf keine sehr grosse begeisterung, aber auch auf keine sehr grosse ablehnung stossen.

¹⁴⁹ Eugen Steiner, S. 201.

Am 1. Jänner wurde auch der frühere 1. stellvertretende Außenminister Jan Pudlak (Slowake), der seit zwei Monaten Chef der Präsidentschaftskanzlei war, Staatssekretär beim Staatspräsidenten mit dem Recht der Teilnahme an allen Regierungssitzungen.

Kirchschläger¹⁵⁰

Auf die in sich sehr komplexe Neustrukturierung durch die Föderalisierung ging Kirchschläger insofern ein, als dass er die Arbeit zur Durchführung der Neuorganisation bereits als ausgeprägtes Arbeitspensum für eine Regierung erachtete, deren wichtigere Probleme fernab der Föderalisierung – beispielsweise in der Bewältigung einer schon Jahre anhaltenden ökonomischen Krise – weiterhin Bestand hatten. Einer optimistischen Aussicht glich Kirchschlägers Schreibweise jedenfalls nicht:

[...], „Die Regierung betritt auf dem föderativen Gebiet völliges Neuland. Sie wird die Tätigkeit der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Slowakischen Republik, jede mit einem Ministerpräsidenten, zwei Stellvertretenden Ministerpräsidenten und 18 bzw. 16 Ministern koordinieren müssen und sich auf dem Gebiete der Gesetzgebung zwei an sich gleichberechtigten Kammern auf Bundesebene und je einer Kammer auf Republikebene gegenübersehen. Diese komplizierte föderative Staatsstruktur zum Funktionieren zu bringen, ist ein Aufgabenkomplex, der für sich allein die Tätigkeit einer Regierung schon voll ausfüllen würde.“ [...] ¹⁵¹

Auch in den Belangen der Besetzung der Föderalregierung, die unter dem Vorsitz Černíks gebildet worden ist, meldete sich die Prager Gesandtschaft in einem ausführlichen Schreiben von Botschaftsrat Magrutsch zu Wort. Ausführlich deshalb, weil Magrutsch neben einer kurzen Eingangserklärung über die Regierungsbildung eine Mitgliederliste mit ein bis zweiseitigen Steckbriefen versah, sodass sich das österreichische Außenministerium ein Bild von den Politikern machen konnte. Dabei fällt vor allem ins Auge, dass sich Černík der „Normalisierungslinie“ anpassen konnte, und als Vorsitzender wiederbestätigt wurde:

„Staatspräsident Ludvík ŠVOBODA hat am 1. Jänner 1969 die neue Regierung der CSSR ernannt, welche die erste Föderalregierung nach der föderativen Gliederung des Staates darstellt. Vorsitzender der Regierung wurde wieder Ing. Oldřich Černík. Die Regierung umfasst weiters vier Stellvertretende Vorsitzende, 16 Minister und sechs Staatssekretäre. Hinsichtlich Vorbildung, Alter, politischer Herkunft und Zuständigkeit der Regierungsmitglieder im Rahmen der neuen föderativen Verfassung darf auf ha. Bericht Zl. 2-Pol/69 hingewiesen werden.“ ¹⁵²

¹⁵⁰ Gesandter Kirchschläger an AM Waldheim, Prag, 2.01.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 150057, Karton 1502

¹⁵¹ Gesandter Kirchschläger an AM Waldheim, Prag, 10.01.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 150782, Karton 1502, S.4.

¹⁵² Botschaftsrat Magrutsch an AM Waldheim, Prag, 13.01.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 150754, Karton 1502

Ich erwähne diesen neuerlichen Vorsitz unter Černík gerade deswegen explizit, da es im Vorfeld im Zuge der Querelen zwischen Smrkovský und Husák offensichtlich letzterem gelungen sein dürfte Černík für sich zu gewinnen. Dies dürfte nicht selbstverständlich gewesen sein, wenn man den Ausführungen Ploils Glauben schenken kann. Ploil telegraphierte in diesem Falle seine Nachricht – aus welchen Gründen auch immer – über die Prager Gesandtschaft, und ließ Botschaftsrat Magrutsch dafür verantwortlich zeichnen.

Wie in vielen anderen Schreiben, die von Ploil zum Thema Husák und dessen Machtkampf verfasst wurden, enthielt sich auch in diesem Falle der Verfasser nicht seine ungeschönte, jedoch sehr aufschlussreiche Sichtweise zum Ausdruck zu bringen:

„gustav husak, der mann einsamer entschlüsse und auch [...] der slowakei meistgehasste funktionaer, beginnt seinen dreifrontenkampf gegen tschechen, russen und intellektuelle zu verlieren. (die nebenkriegsschauplaetze gegen juden, ungarn, partisanen usw. waeren zu vernachlaessigen.) nach der entmachtung dubceks und smrkovskys und nach der rueckkehr cerniks zur orthodoxen linie werden seine aufgaben erfuehlt sein, und die sowjets werden aus dem reichen angebot der detentseanhaenger einen ihnen bequemerem auswaehlen. husaks einstige freunde sind bestuerzt, dass er immer noch glaubt, mit der wahl des angeblich kleineren uebels realpolitik zu betreiben und aus der geschichte der csr nicht gelernt hat, dass es einem uebermaechtigen gegner gegenueber ein kleineres uebel nicht gibt. es ist sein ungeschick, dass man ihn fuer die zwei spektakulaersten rebellionen verantwortlich macht, die annullierung des 14. parteitages und die absetzung smrkovskys: beides war mit der prager fuehrung `ausgemacht` und husak war nur das instrument. die bisherige bravheit der slowakei aber ist vor allem ihm zuzuschreiben.[...]“¹⁵³

Der Generalkonsul schrieb Husák lediglich zu, die Slowaken beschwichtigt zu haben, und den tschechoslowakischen Machtkampf vorerst gewonnen zu haben, jedoch bezichtigte ihn Ploil lediglich ein Instrument der Sowjets zu sein, das nach der Entmachtung Dubčeks, Smrkovskýs und der Wiedereinbindung Černíks ausgespielt habe. Zudem behauptete Ploil, dass zum einen Husáks Bestreben den 14. Parteitag von Vysočany zu annullieren, und zum anderen die Absetzung Smrkovskýs mit der Prager Führung von Seiten der Sowjets abgesprochen worden war. Rückblickend dürfte Ploil zwar insofern richtig gelegen sein, wenn er zu verstehen gab, dass Husák dafür Verantwortlich war, jedoch mochte er sich irren, wenn er es unter der Bezeichnung „zu seinem Ungeschick“ formulierte. Ploil ging davon aus, dass Husák ein Opfer seiner Koalition mit den Sowjets werden würde. Rückblickend kann man jedoch konstatieren, dass Husák sehr wohl wusste, was er tat, um die Gunst der Sowjets zu erlangen und diese auch zu behalten.

Einzig die Entmachtung Dubčeks, die in Ploils Ausführungen bereits in vollzogener Manier dargestellt wurden, sollte den Generalkonsul wenige Monate später bestätigen.

¹⁵³ Botschaftsrat Magrutsch an AM Waldheim, Prag, 24.01.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 151342, Karton 1502

Nachdem der Fall um Smrkovský durch das geschickte politische Kalkül Husáks zu Gunsten des letzteren gelöst worden war, klaffte in den Akten des BMAA ein über zweimonatiges Loch bezüglich einer Resonanz der Föderalisierung gegenüber, aber nicht in bezug auf politisch akutere Themen. Der primäre Auslöser für diese nicht gegebene Resonanz war die Selbstentzündung des tschechischen Studenten Jan Palach.

4.3.5. Husáks endgültiger Aufstieg

Als sich am 16. Jänner 1969 der tschechische Student Jan Palach selbstentzündete, und wenige Tage später an den Folgen verstarb, wurde eine Welle der Trauer und Bestürzung in der tschechoslowakischen Bevölkerung laut, welche die politischen Führer – allen voran Dubček – zu glätten versuchten, da diese Tat gegen die „Normalisierungspolitik“ und deren Unfähigkeit gegenüber den Sowjets gerichtet war. Die Prager Führung dürfte in diesem Unterfangen die Stimmung zu beruhigen relativ erfolgreich gewesen sein. Es folgten zwar solidarische Trauerbekundungen, jedoch blieben ähnlich aufsehenerregende und schreckliche Zwischenfälle aus.

Nachdem diese erste Krise abgeflaut war, brach Ende März erneut eine politische Krise aus, nachdem es nach dem Sieg des tschechoslowakischen Eishockeyteams gegen das sowjetische Team bei der Weltmeisterschaft in Stockholm zu Unruhen seitens tschechoslowakischer Randalierer gegen offizielle sowjetische Einrichtungen kam. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Kritik an Dubček lauter, und wurde von konservativer Seite offen ausgeübt.

Husáks Timing schien rückblickend nahezu perfekt, kritisierte er doch bereits am 11. April 1969 in einer Rede in Nitra die generelle Ausrichtung der Dubček – Ära:

„Our society was undermined and disintegrated. Various hostile and, let me say, anti-socialist, forces gained influence in our country, as we now see. The foundations of our society were shaken; political power in the hands of the working people was weakened. Anti-social and opportunist forces strove to crush and destroy the political power of the working people in this state, to undermine the leading role of the party, the power of the state apparatus, to wreck the unity of the working people, to divide the working class and the peasantry so that their immense combined power, which is of such importance to our state, would be unable to assert itself...We have no need of elites who despise the working man; what we need are millions of working people who really feel that they are masters in this state, that they are free men, and we want them to know how to do away with disrupters.“¹⁵⁴

¹⁵⁴ Pravda (daily), Bratislava, 12 April 1969, zitiert nach: Eugen Steiner, S. 211.

Dass Husák vor allem seine letztgenannte Drohung jegliche Störer aus dem Weg zu räumen nur sechs Tage später beim Treffen des Zentralkomitees der KPČ wahr machen sollte, kündigte sich in den Akten – wenn auch anhand eines Vergleiches aus dem Metier des Weinanbaus – bereits am 9. April durch ein Schreiben Kirchschrägers an:

„Wenn über einen Weingarten ein schwerer August-Hagel kommt, dann setzen die Weinstöcke für das kommende Jahr nur zu spärlichen Trieben an; wenn darüber hinaus aber dann auch noch ein starker Frühjahrsfrost diese spärlichen Fruchtansätze abfriert, dann überdauern diese Naturereignisse nur die jungen kräftigen Stöcke mit starken Wurzeln; diese können im zweiten Jahr wieder neue Früchte bringen, die alten Stöcke allerdings werden müde und gehen langsam ein.“¹⁵⁵

Zu jenen alten Stöcken gehörte denn auch Alexander Dubček, der als Initiator des Reformprozesses am 5. Jänner 1968 in das Amt des Ersten Sekretärs der KPČ vom Zentralkomitee gewählt worden war, um den konservativen Dogmatiker Novotný zu ersetzen, und nun selbst durch den Rechtsanwalt Dr. Gustav Husák am 17. April 1969 ersetzt werden sollte. Dies alles geschah den Angaben Kirchschrägers zufolge mit großer Majorität, obwohl er Husák für den damalig unbeliebtesten Politiker - Umfragen in der Bevölkerung nach zu urteilen – hielt:

„ Das Plenum des Zentralkomitees der KPČ wählte am 17. April 1969 in Entsprechung der Beschlüsse des Exekutivkomitees des Präsidiums des Zentralkomitees auf Vorschlag Alexander DUBČEKs in geheimer Wahl und mit großer Majorität – das Stimmenverhältnis ist bisher nicht bekannt worden – den Ersten Sekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei Dr. Gustav HUSÁK zum Ersten Sekretär der KPČ. Kaum jemand begegnet im tschechischen Volk gegenwärtig einer so starken Ablehnung und einem so großen Mißtrauen wie Dr. HUSÁK. Daran ändern auch die Worte des Präsidenten der Republik nichts, der in Mitteilung über die Wahl HUSÁKs diesen einen energischen, ehrenvollen, erfahrenen und weitsichtigen Politiker und einen guten Organisator nannte.[...]“¹⁵⁶

Trotz der scheinbar unkomplizierten Ablöse Dubčeks, sprachen doch die Schreibweisen der österreichischen Gesandten in Prag eine etwas differenziertere Sprache. Betonte Kirchschräger die Unpopularität Husáks, so hob Botschaftsrat Magrutsch die peinlichst fehlgeschlagene Ovation für Dubček bei seiner Ernennung zum Präsidenten der Föderalversammlung am 28. April 1969 hervor:

„1) heute Nachmittag wurde auf der prager burg alexander dubcek wie vorgesehen zum praesidenten der foederalversammlung gewaehlt. Von den mitgliedern der beiden kammern wurden insgesamt 381 stimmen abgegeben, hievon 306 pro-stimmen, 68 kontra-stimmen, 7 ungueltig. Dubcek, der demonstrativ gemeinsam mit husak den saal betreten hatte, bekannte

¹⁵⁵ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 9.04.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 155797, Karton 1502

¹⁵⁶ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 21.04.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 156449, Karton 1502

sich in seiner antrittsrede zu enger zusammenarbeit mit der neuen parteifuehrung und mit der regierung. Erwahnenswert erscheinen sein hinweis auf die notwendigkeit der fortsetzung in der durchfuehrung des seinerzeit beschlossenen aktionsprogramms der partei und der einhaltung der ‚sozialistischen gesetzlichkeit‘. Versuche einiger abgeordneter, den ueblichen beifall bei nominierung und wahl dubceks zu einer ovation zu steigern, schlugen fehl., es erhoben sich nur etwa ein dutzend abgeordneter von den sitzen, der beifall wurde niedergezischt. Bei der anschliessenden begruessung durch das dipl. corps im beisein von aussenminister marko und vizepraesident smrkovsky machte dubcek einen eher frischen eindruck.“¹⁵⁷

Durch die Absetzung Dubčeks auf das Amt des Präsidenten der Föderalversammlung konnte Husák neben seinem Aufstieg zum Ersten Sekretär der KPČ noch einem seiner früheren Wünsche nachkommen. Und zwar jenem, nach dem ein Slowake das Amt des Präsidenten der Föderalversammlung einnehmen sollte, was er zuletzt bei der Absetzung Smrkovskýs erfolgreich gefordert hatte. Dadurch, dass jene durch die Föderalisierung neu geschaffenen Ämter an der Spitze der Föderalversammlung nicht die politisch mächtigsten Funktionen darstellten, konnte sich Husák mit diesem Schachzug geschickt absichern.

Nachdem am 1.Jänner 1969 die Föderalisierung rechtlich vorerst nur durch eine Föderalregierung und deren Versammlung vollzogen wurde, folgte Mitte Mai die Bildung der beiden parallelen nationalen Regierungen der Tschechischen Sozialistischen Republik und der Slowakischen Sozialistischen Republik. Die beiden Regierungen wurden jeweils am selben Tag, dem 14. Mai 1969, gebildet. Durch die Akten ging hervor, dass die tschechische Regierung zeitlich einwenig früher gebildet und angelobt wurde, als die slowakische.¹⁵⁸

Bereits einen Monat nach Husáks Antritt als Erster Sekretär der KPČ beehrte sich Kirchschläger Außenminister Waldheim zu berichten, dass es durch die Führungsposition Husáks auch in den neu geschaffenen Föderalposten einige Umbesetzungen geben werde, die man rückblickend bereits als die ersten personellen Säuberungen umschreiben könnte.

Nach einem Monat Husák, gelang es ihm zwar die Verbindung zwischen den Gewerkschaften und der Hochschülerschaft zu unterbinden, die Presse effektiv gleichzuschalten, und die Parteikader umzubesetzen beziehungsweise deren Umbesetzungen vorzubereiten. Jedoch gelang es ihm nicht die Wirtschaftskrise, die auf eine lange und schwere Vergangenheit als Ursache zurückblickt zu entschärfen, geschweige denn die Antipathie der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber den Besatzungstruppen zu verschleiern. Kirchschläger betonte allerdings, dass nach einem Monat Dr. Husák keine Explosionsgefahr gegeben sei, was für Husák bereits einen Erfolg darstellen dürfte.

¹⁵⁷ Botschaftsrat Magrutsch an AM Waldheim, Prag, 28.04.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 156691, Karton 1502

¹⁵⁸ Gesandter Kirchschläger an AM Waldheim, Prag, 14.05.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 157873, Karton 1502/
Gesandter Kirchschläger an AM Waldheim, Prag, 14.05.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 157874, Karton 1502

In Sachen Föderalisierungsmaßnahmen meinte Kirchschräger:

„In der staatlichen Administration – einschließlich der Föderalregierung und den beiden Republik-Regierungen – ist bisher nur eine Änderung eingetreten. Der Generalstaatsanwalt reichte seinen Rücktritt ein. Es gibt aber bereits nicht völlig unfundierte Gerüchte, dass auch der Kulturminister der tschechischen Regierung Galuška von sich heraus sein Amt zur Verfügung stellen werde, da er sich nicht in der Lage sehe, die neue Politik zu bejahen. Sehr vorsichtig deutete auch eine hochrangige Persönlichkeit im Außenministerium an, dass Veränderungen auch dort in naher Zukunft zu erwarten seien; teils werden sie dort nach außen den Charakter von routinemäßigen Versetzungen haben, teils aber könnte es sein, dass „der eine oder andere auf verantwortlichem Posten feststellt, dass jener Punkt erreicht sei, wo er nicht mehr mitmachen könne.““¹⁵⁹

Trotz des offensichtlich stagnierenden Demokratisierungsprozesses, den Dubček noch bei seiner Rede als angehender Föderalversammlungspräsident bereit war fortzusetzen, schien sich die Position Husáks zu festigen. Mit ein Grund dafür war, nach Meinung Kirchschrägers, die ausgeprägte Manipulierbarkeit des Zentralkomitees der KPČ, welches seit Mitte der 60iger nur geringen personellen Veränderungen ausgesetzt war, jedoch trotzdem gewillt war die Novotný - Ära mitzugehen, zu beenden, Dubček einzusetzen, nach der Invasion im Reformprogramm einen Gang zurückzuschalten, um schließlich Smrkovský und Dubček abzusetzen, und Husák einzusetzen. Kirchschräger sah sich also mit der Beurteilung politischer Prozesse konfrontiert, die, ob der Rückgratlosigkeit des Zentralkomitees, keinerlei Prognosen zuließe:

„Die KPČ ist sowohl nach der Verfassung als auch nach ihrer eigenen Zielsetzung die führende politische Kraft im Staat. Das Zentralkomitee der KPČ ist nach den Parteistatuten zwischen dem alle vier Jahre stattfindenden Parteikongreß das Führungsorgan dieser Partei. Es entscheidet unter anderem über die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und die Innen- und Außenpolitik, es leitet und kontrolliert die Arbeit der Nationalversammlung (jetzt Föderalversammlung) und anderer zentraler Staatsorgane und es nominiert die Mitglieder der Regierung (aus Punkt 26 der Parteistatuten).

Das gegenwärtig im Amt befindliche Zentralkomitee wurde am XIII. Kongreß der KPČ (31. Mai bis 4. Juni 1966) gewählt. Es hat in seiner Zusammensetzung neben den natürlichen Abgängen lediglich folgende personelle Änderungen erfahren:

Am 29. Mai 1968 wurde Antonin Novotný, der frühere Erste Sekretär und Staatspräsident, ausgeschlossen und einige wenige Mitglieder haben auf ihre Mitgliedschaft verzichtet. Am 31. August 1968 wurden 28 neue Mitglieder, darunter Präsident Svoboda, Dr. Husak, der Vorsitzende der Nationalen Front Erban und der Präsident des slowakischen Nationalrates Klokoč kooptiert und das frühere Präsidiumsmitglied Chudik aus dem Zentralkomitee entlassen. Bei einer zwischen 110 und 140 schwankenden faktischen Mitgliederzahl ist also in seiner weitaus überwiegenden Zusammensetzung das Zentralkomitee vom Sommer 1966 bis zum Sommer 1969 gleich geblieben.[...]

[...] Mehrfache Änderungen in der politischen Linie innerhalb von drei Jahren sind in jedem Land möglich. Daß aber nahezu dieselben Mitglieder einer Körperschaft, die rechtlich und

¹⁵⁹ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 23.05.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 158202, Karton 1502, S. 4.

praktisch die Geschicke eines Landes leitet, ihr begeistertes Ja zum Neostalinismus eines Novotny sagen, den tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus eines Dubček vor dem August zu ihrem Ideal machen, den Heroismus und später den Realismus desselben Dubček teilen, schließlich ihn entmachten, um einen neuen Realismus eines Dr. Husak auf den Schild zu heben und um am Ende wieder zur Parteidiktatur desselben Dr. Husak ja zu sagen, ist ein Phänomen, das vor allem, wenn es sich in der Nachbarschaft zeigt, mit großer Sorge erfüllen muß. Ein vom Präsidium her so manipulierbares Zentralkomitee lässt keine, aber auch schon gar keine Prognosen für die zukünftige Entwicklung zu.“¹⁶⁰

Die hier ausführlich dargestellte Sichtweise, dass sich angesichts der gleichbleibenden Stellung des Zentralkomitees zwar eine mehrfache Änderung der politischen Linie ergab, nicht aber der Machtstatus desselben und der KPČ gemeinhin veränderte, ließ darauf schließen, dass auch die Föderalisierung nichts entscheidendes zu einer Änderung in den Machtstrukturen beitragen konnte.

Wurde im Vorfeld – im Verlauf der Ausarbeitung der Föderalisierung - oftmals von führenden politischen Figuren behauptet, dass die Föderalisierung einen Lösungsansatz zur Bewältigung der ökonomischen Krise darstellen könnte, indem die Slowakei durch mehr wirtschaftliche und politische Souveränität aufgewertet werden würde, und damit die gesamte Tschechoslowakei profitieren würde, so zog Kirchschräger im Zuge eines Besuches in Bratislava gegenteilige Schüsse:

„Verglichen mit Prag vollzieht sich nicht nur jedes Gespräch sondern auch das tägliche Leben weniger verkrampft. Dies ist insoweit verständlich, als für die Slowakei von Anfang an die Nach-Jänner-Entwicklung des vergangenen Jahres primär eine Entwicklung war, die zur Föderalisierung führen sollte. Diese Föderalisierung ist in einem Maß durchgeführt, die wohl an der Grenze dessen liegt, die das Staatsganze noch ertragen kann; für die Slowakei scheint sie zwar noch nicht das Optimum, aber immerhin einen Erfolg darzustellen. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, um den in Böhmen der Kampf geführt wurde, war in der Slowakei nie eine Grundsatzfrage von so existentieller Bedeutung wie etwa in Prag. Daher ist auch die Niedergeschlagenheit nach dem Fehlschlag des Experiments nicht so groß. Tatsächlich wurden auch von der Gesamtpartei her noch gegen keinen Slowaken irgendwelche Partei-Maßnahmen eingeleitet, und in Prag gilt es gegenwärtig für Personen, die sich in naher Vergangenheit politisch exponiert haben, noch immer als des beste Schutz, einen slowakischen Chef zu haben, der in der Regel gewillt und immer in der Lage ist, seinen Mitarbeiter zu schützen.

Die Ressentiments gegenüber Prag sind trotz der erreichten Föderalisierung noch nicht abgeklungen. Der Präsident des slowakischen Nationalrates verwendete eine halbe Stunde des Gesprächs dazu, um die wirtschaftliche Benachteiligung der Slowakei durch Böhmen und Mähren nachzuweisen. Die Preise der in der Slowakei produzierten Güter so z.B. des Aluminium würden niedrig gehalten, damit die Unternehmen in der tschechischen Republik große Gewinne erzielen und so den Lebensstandard ihrer Arbeiter erhöhen könnten. Es sei kein Wunder, wenn mehr als 300.000 Slowaken in Böhmen und Mähren arbeiteten während es in der Slowakei an Arbeitskraft mangelt. Wenn die Leute aber in die Rente gingen, kehrten sie

¹⁶⁰ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 16.07.1969, ÖStA, AdR, IIPOL/69, GZ 159256, Karton 1502

in die Slowakei zurück und belasten so das slowakische Budget. Soweit die Klagen auf slowakischer Seite. Dort, wo die Slowakei Böhmen helfen könnte, zögert sie aber auch. So ist die Tatsache bemerkenswert, daß z.B. Kirschen und Erdbeeren aus der Slowakei am 28. Mai in Preßburg reichlich am Markte erhältlich waren, wogegen der „Export“ nach Prag aber selbst bis 11. Juni noch nicht funktionierte.

Zieht man noch den verschiedenen Volkscharakter und die ganz anders geartete geschichtliche Entwicklung in Betracht, so hinterläßt der Aufenthalt in Preßburg nicht den Eindruck eines Besuches in einem Gliedstaat des Empfangsstaates, sondern eher den einer Visite in einem mitbeglaubigten Staat.“¹⁶¹

Ein beträchtliches Potential an Spannung wurde also auch durch die Föderalisierung zwischen den beiden Republiken nicht abgearbeitet. Kirchschrägers Einschätzungen liefen letzten Endes konträr zu jenen von Ploil, der noch im November des Vorjahres daran festhielt, dass sich eine österreichische Wirtschaftsoffensive angesichts der anstehenden Föderalisierung auszahle.

Die ökonomische Schieflage konnte auch durch die formelle politische Gleichstellung der Slowakei nicht wettgemacht werden. Als Zeichen dieser unveränderten Lage könnten, meiner Ansicht nach, die beidseitigen Ressentiments gelten, die noch immer Bestand hatten, und bis zu einem gewissen Maß bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Jahre 1989 andauerten, und darüber hinaus.

Profitierte die slowakische Wirtschaft an diesen Aussagen festhaltend nicht wirklich von der Föderalisierung, so war dem slowakischen Nationalbewusstsein vielleicht ein wenig mehr verordnete Ruhe verschrieben worden, indem die Slowakische Sozialistische Regierung nun einen eigenen Staatsfeiertag ernennen konnte:

„ laut gesetz der slowakischen sozialistischen regierung vom 10. juni 1969 zl. 69/1969 wurde der 29. august zum staatsfeiertag der slowakischen sozialistische republik erklärt. er wird auf dem gebiet der slowakischen sozialistischen republik als feiertag gehalten.“¹⁶²

Als ob es Zufall war, fügte sich im Karton 1502 des Österreichischen Staatsarchivs auf diese Nachricht von Seipl über den eigenen slowakischen Nationalfeiertag die Meldung des Gesandten Binders, der - in Stellvertretung Wodaks – über die sowjetische Verleihung des Leninordens an vier tschechoslowakische Politiker berichtete. Jan Sverma und Karol Smidke wurde dabei dieser Orden posthum zuteil, während Husák und sein langjähriger Freund Novomesky den Orden entgegen nehmen konnten. Zum einen stellte dies eine endgültige Anerkennung der Verdienste Husáks im Zusammenhang mit dem slowakischen

¹⁶¹ Gesandter Kirchschräger an AM Waldheim, Prag, 11.06.1969, ÖStA, AdR, II POL, GZ 158960, Karton 1502

¹⁶² Gesandter Seipl an AM Waldheim, Bratislava, 25.08.1969, ÖStA, AdR, II POL 69, GZ 162525, Karton 1502

Volksaufstand von 1944 dar, für welche er in den 1950er Jahren mit mehrjähriger Haft büßen musste. Zum anderen stellte diese Verleihung in bezug auf Husák einen Markstein des auf ihn gesetzten Vertrauens von Seiten der Sowjets dar, deren „Normalisierungsbestrebungen“ nur ein Jahr nach der Invasion in die Tschechoslowakei in Gustav Husák einen Garanten fanden:

„ Die „Prawda“ vom 28.d.M. publizierte einen Beschluß des Präsidiums des obersten Sowjets, wonach vier tschechoslowakischen Staatsangehörigen für Verdienste und Heldenmut im Zusammenhang mit dem slowakischen Volksaufstand des Jahres 1944 der Leninorden verliehen wurde. Es sind dies Gustav HUSAK, Ladislav NOVOMESKY, Jan SVERMA und Karol SMIDKE; den beiden Letztgenannten wurde die Auszeichnung posthum zuteil. Wenn man heute eine vor sechs Jahren publizierte Geschichte des slowakischen Aufstandes zur Hand nimmt, wird man vergeblich die Namen Husak, Novomesky und Smidke suchen. Sverma kam noch vor Jriegsende ums Leben, bei ihm macht es daher keine Schwierigkeiten, ihn zu ehren, unabhängig davon, welche Richtung an der Macht war. Den drei übrigen widerfuhr ein anderes Schicksal. Das Husaks ist wohl zu bekannt, um erwähnt zu werden; Novomesky, ein kommunistischer Schriftsteller, der Anfang der 50-iger Jahre ebenfalls wie Husak und übrigens auch Slansky, Clementis und Genossen des bourgeoisen Nationalismus beschuldigt worden war, wurde ebenso wie Husak erst vor 5-6 Jahren zum Teil rehabilitiert.“¹⁶³

Binder hegt bezüglich der Verleihung des Leninordens an Smidke den Verdacht, dass dies, ob dessen politischer Zielsetzung die Slowakei 1944 an die Sowjetunion anzuschließen, geschah, und derselbe aus dem selben Grund für keinerlei tschechoslowakische Orden vorgesehen war.

Während indessen die KPS, abseits ihres formal souveränen politischen Bestehens und Arbeitens, weiterhin vom Zentralkomitee der KPCĚ gelenkt wurde, und deren Beschlüsse zu vollziehen hatte, gingen die bereits im April initiierten Parteisäuberungen weiter voran, und wurden mittels sogenannter Kooptionen wettgemacht.¹⁶⁴

Schließlich festigte sich Husáks Stellung gegenüber den Sowjets so weit, dass er allfällige innerparteiische Kämpfe, die er insbesondere vom linkskonservativen Parteiflügel erwarten konnte, nicht fürchten musste.

Der österreichische Botschafter in der Sowjetunion, Wodak, erfuhr von einer geheimen Quelle diesbezüglich Mitte Dezember 1969, dass Brežnev selbst und die KPdSU hinter Husák stünden, um weiter die „Normalisierung“ voranzutreiben:

„ Wie do. noch erinnerlich sein wird, verfügte die Botschaft über eine Verbindung zur hiesigen tschechoslowakischen Botschaft, die eine sehr ergiebige Quelle für verlässliche und interessante Informationen über die Entwicklung in der CSSR im Frühjahr 1968 dargestellt hat.

¹⁶³ Gesandter Binder an AM Waldheim, Moskau, 30.08.1969, ÖStA, AdR, IIPOL/69, GZ 162943, Karton 1502

¹⁶⁴ Gesandter Ziegler an AM Waldheim, Prag, 6.10.1969, ÖStA, AdR, IIPOL/69, GZ 164633, Karton 1502

Vor wenigen Tagen hat mich der in Frage stehende Beamte der tschechoslowakischen Botschaft besucht um sich zu verabschieden, da er zurückberufen worden ist. Im Zuge des Gespräches erzählte mir mein Mitredner, daß Herr Breschnjew Dr. Husak gegenüber vor seiner Abreise aus Moskau die feierliche Erklärung abgegeben habe, daß „das gesamte Zentralkomitee der KPdSU hinter Dr. Husak und seinen Kollegen steht“. Diese Erklärung hat unter den rechten konservativen Elementen der tschechischen Partei, wie Herrn Bilak, Kolder, Lenart, Strougal etc. große Bestürzung und Auseinandersetzungen hervorgerufen, da sie gehofft hatten, baldigst das Erbe Husaks antreten zu können.

Mein Mitredner hat betont, daß man die Erklärung Breschnjews nicht dahingehend verstehen dürfe, daß „der Normalisierungsprozess“ in der Tschechoslowakei von der Sowjetunion bereits als beendet angesehen wird. In seiner Gegenwart hätten hohe Funktionäre des ZK gesagt, man stehe erst „am Beginn des Beginnes (der Normalisierung)“.

Die Sowjets wünschen aber offenkundig, daß Dr. Husak und seine Freunde diesen Prozeß der „Normalisierung“ in geordneten Bahnen halten und daß es zu keinen Übergriffen der obengenannten Rechtsextremisten kommt. Auf einen diesbezüglichen Artikel in der ungarischen Presse, der von der Weltpresse übernommen wurde, darf hingewiesen werden.

Um strengste Diskretion bei der Behandlung dieses Berichtes darf gebeten werden.“¹⁶⁵

Wodaks Quelle sollte sich als fundiert herausstellen. Denn Gustav Husák war es schließlich, der nicht nur die KPCĚ von den progressiven Kräften des Jahres 1968 säuberte, sondern er avancierte ab 1975 gar zum Präsidenten, und konnte sich bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems an der Spitze der Tschechoslowakei halten.

Ironischerweise war auch er es, der die erste demokratische Regierung nach 1948 als Präsident einschwor. Sein persönliches Engagement in der Sache der Föderalisierung eröffnete ihm zur richtigen Zeit die Tür zur Politik, der er seit seiner Inhaftierung als „nationaler Bourgeoise“ in den 1950iger Jahren unter Novotný den Rücken kehren musste.

Von diesem Zeitpunkt an vermochte er seine politischen Gegner, trotz einer Situation der Eskalation im August 1968, auszuspielen, sowie seine mächtigen Verbündeten nicht zu verärgern.

¹⁶⁵ Botschafter Wodak an AM Waldheim, Moskau, 15.12.1969, ÖStA, AdR, II POL69, GZ 168865, Karton 1502

4.4. Fazit

Mit einem Rückblick auf das Kaschauer Programm und der darauffolgenden Entwicklungen soll der Hintergrund der Föderalisierungsdebatte innerhalb der Tschechoslowakei thematisch eingebettet werden.

Da nach der kommunistischen Machtergreifung nach 1948 die Föderalisierungsbestrebungen, die insbesondere von den, durch das asymmetrische Modell benachteiligten, slowakischen Politikern forciert wurde, keinen Platz in der politischen Tagesordnung fand, wurde das Anliegen in den 1950er Jahren in den Hintergrund gedrängt. Erst als mit den 1960er Jahren die Unzufriedenheit von slowakischer Seite mit der Führung Novotnýs mit einer ökonomischen Krise korrelierte, kamen erneut Vorschläge zur Föderalisierung der Tschechoslowakei ans Tageslicht. Genährt von der Ungeschicktheit Novotnýs und seinen Provokationen gegenüber den Slowaken, wurde das Thema der Föderalisierung zu einem nationalen slowakischen Anliegen hochstilisiert.

Als mit dem Sturz Novotnýs ein slowakischer Kommunist namens Alexander Dubček den Vorsitz der KPCĽ als Erster Sekretär übernahm, war die Föderalisierung im Kontext der Reformbestrebungen Dubčeks höchst marginal vertreten. Erst mit Anfang Februar 1968 wurde die Föderalisierung durch eine Rede Josef Smrkovskýs und auf Antrag des Slowakischen Nationalrats wieder Gegenstand der offiziellen Politik. Im Rahmen des Reformprogramms wuchs das Interesse für das Anliegen in dem Maße, sodass es Mitte März innerhalb der juristischen Fakultät der Komenský Universität in Bratislava behandelt wurde. Dabei herrschte Einigkeit darüber, dass der Kompromisscharakter des Kaschauer Programms nicht wiederholt werden dürfe und ein symmetrisches Modell Platz greifen sollte.

Nachdem das Aktionsprogramm der KPCĽ im April beschlossen wurde, einigte man sich auch von politischer Seite auf ein Expertenkomitee, dessen Vorsitz der slowakische Kommunist und gelernte Rechtsanwalt Dr. Gustav Husák übernahm. Dies stellte für Husák den erneuten Eintritt in die Politik dar, nachdem er in den 1950er Jahren unter Novotný aufgrund seines Engagements beim Volksaufstand von 1944 des „bourgeois Nationalismus“ bezichtigt wurde, und zu jahrelanger Haft - bis 1963 – verurteilt worden war. Innerhalb eines drei Phasen Planes gelang es Husák, einen Entwurf zur Föderalisierung auszuarbeiten, der die Annahme eines neuen Verfassungsgesetzes am 28. Oktober 1968 durch das Parlament vorsah.

Doch mit dem 21. August 1968 war die Föderalisierung in den Schatten der Invasion der fünf Warschauer Pakt Staaten in die Tschechoslowakei geraten. Die Vorschläge und Ideen

zur Föderalisierung wurden in einer Zeitspanne erarbeitet, in welcher sich die Tschechoslowakei und mit ihr die handelnden politischen Akteure in einer übersteigerten Autonomie wogen, die nach den Augustereignissen nicht mehr der Realität entsprach. In Folge dessen wurde nach dieser Zäsur bis zum Jahreswechsel nur noch ein Bruchstück des Reformprogramms – und zwar die Föderalisierung – realisiert, die zwar mit ihrer Ratifizierung am 1.01.1969 strukturelle Veränderungen mit sich zog, jedoch nichts an der monopolistischen Machtausübung der KPČ änderte.

Neben dieser Entwicklung wurden in der Bearbeitung der außenpolitischen Akten des Bundesministeriums für äußere Angelegenheiten viele weitere Anhaltspunkte zum Thema der Föderalisierung in Verbindung mit dem Aufstieg Gustav Husáks ersichtlich. Wurde Husák erst am 17. April 1969 zum Ersten Sekretär der KPČ ernannt, so wurde er als ernsthafter Kandidat bereits Anfang September 1968 vom österreichischen Botschafter in der Sowjetunion, Wodak, gehandelt. Auch das steigende Vertrauen der Sowjets zu Husák spiegelte sich in den Akten wider. Spekulationen über die Rolle der Föderalisierung in der Invasion, wonach sie zu ebendieser führte, da ukrainische Funktionäre ein Übergreifen der slowakischen Föderalisierungsbestrebungen verhindern wollten, wurden durch zwei Akten aufgeworfen, jedoch anhand weiterer Literaturrecherchen nicht bestätigt.

Über die wenig beeindruckenden Feierlichkeiten zur Annahme des Verfassungsgesetzes über die Föderalisierung am 28. Oktober 1968 berichtete Generalkonsul Ploil von Bratislava aus. Des weiteren fand sich in den Akten eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Fall Smrkovskýs anhand eines Schreibens vom Gesandten Kirchschräger und einem übersetzten Brief des von Husák angegriffenen Ingenieurs Toman wieder. Hierbei diente die noch nicht ratifizierte Föderalisierung bereits der Entmachtung Smrkovskýs, der in den Augen der Sowjets einen Radikalreformer darstellte, und von Husák

Ende Dezember angegriffen wurde, damit er nicht Vorsitzender der Föderalversammlung werde.

Auch über die weiteren Krisen der tschechoslowakischen Führung unter Dubček wollte ich anhand der Akten Einblick geben. Neben der tragischen Selbstentzündung des tschechischen Studenten Jan Palach war es vor allem das WM-Eishockeymatch der Tschechoslowakei gegen die Sowjetunion, das die Tschechoslowaken gewinnen konnten, und welches in Folge zu Freudekundgebungen, aber auch zu Randalen führte. Kirchschrägers Berichte geben sowohl über das Timing der Absetzung Dubčeks, als auch über den Ablauf der Ernennung desselben zum Präsidenten der Föderalversammlung Auskunft.

Nachdem Husák die „Normalisierungspolitik“ weiterführte und seine Macht als Erster Sekretär der KPCĽ konsolidieren und gegenüber den Sowjets absichern konnte, stellte die Föderalisierung nach ihrer Ratifizierung keine bewegende politische Frage mehr dar. Zwar wurde auf Beschluss der Slowakischen Sozialistischen Republik der 29. August zum Staatsfeiertag erklärt, jedoch gaben die Akten ebenfalls Aufschluss darüber, dass sich beispielsweise die wirtschaftliche Stellung der Slowakischen Sozialistischen Republik nicht wirklich verbessern konnte.

5. Zusammenfassung

Die slowakische Frage wurde bereits während des Ersten Weltkrieges Gegenstand der politischen Vertreter, die einer ersten Tschechoslowakischen Republik hoffnungsvoll entgegensahen. Auf Basis des Pittsburgh Agreement, welches wesentlich von der Doktrin des Selbstbestimmungsrechts der Völker beeinflusst war, wurde den slowakischen Vertretern im Ausland unter Beisein Masaryks das Recht auf eine eigene Verwaltung, ein eigenes Parlament und die eigene Gerichtsbarkeit innerhalb der Tschechoslowakei eingeräumt. In kulturellen Belangen sollte die slowakische Sprache neben der tschechischen als Amtssprache eingeführt werden.

Als am 28. Oktober 1918 die erste Tschechoslowakische Republik ausgerufen wurde, war die Zustimmung zu diesem Staat auch seitens der Slowaken vor dem Hintergrund des Endes der Inkorporation in die ungarische Reichshälfte auf breiter Basis gegeben. Mit den unerfüllten Forderungen des Pittsburgh Agreement wuchs allerdings das Bestreben nach mehr Autonomie von Seiten der slowakischen Autonomisten, die sich in der Slowakischen Volkspartei um Pater Andrej Hlinka bündelten.

In den Jahren 1919 und 1920 wurden die slowakischen Autonomiebestrebungen vom vorherrschenden Tschechoslowakismus und der einhergehenden Konzeption einer einheitlichen tschechoslowakischen Staatsnation verdrängt, die der Vorstellung von einer ethnisch konzipierten slowakischen Nation keinen Platz bot. Die Verfassung vom 29. Februar 1920 festigte die neue Staatsdoktrin. Zusätzlich dazu verstärkte die Einführung einer tschechoslowakischen Staatssprache, die Besetzung zahlreicher slowakischer administrativer Organe durch tschechische Beamten, sowie die Stationierung der tschechoslowakischen Armee auf slowakischem Gebiet das slowakische Bedürfnis nach Autonomie.

Konstituierte sich die Tschechoslowakische Republik mit einer zentralistischen Verwaltung, so resultierte daraus das Ausbleiben einer Lösung der slowakischen Frage, wie

sie von der Slowakischen Volkspartei eingefordert wurde. Auch eine Regierungsbeteiligung im Jahre 1927 beschied der Slowakischen Volkspartei keinen Erfolg. Lediglich in Verknüpfung mit dem Konfliktpotential, das von der zunehmenden politischen Agitation der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins und deren Verbindungen zum nationalsozialistischen Regime in Deutschland herrührte, gewann die slowakische Frage wieder zunehmend an Gewicht. Nach letzten gescheiterten Verhandlungsversuchen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der slowakischen Volkspartei bot sich für letztere nach dem Münchner Abkommen im September 1938 die Gelegenheit, ihre Forderung nach Autonomie gemäß des Pittsburgh Agreement noch einmal einzufordern. Bereits mit der Föderalisierung am 25. November 1938 wies die außenpolitische Situation sowie die Haltung einzelner radikaler Vertreter der Slowakischen Volkspartei, die mittlerweile als slowakische Einheitspartei jedweden Pluralismus unterband, in die Richtung eines souveränen slowakischen Staat, der letztlich auf Hitlers Gnaden am 14. März 1939 proklamiert wurde und das schnelle Ende der zweiten Tschechoslowakischen Republik nach sich zog.

Nach den sechs Jahren der NS-Herrschaft, in denen das Protektorat Böhmen und Mähren neben dem formal souveränen nationalsozialistischen Vasallenstaat der Slowakei Bestand hatte, wurde der Status der Slowakei im Zuge des Kaschauer Programms im Jahre 1945 neu geregelt. Doch erst die nach der Verfassung der Sowjetunion von 1936 modellierte tschechoslowakische Verfassung von 1948 setzte die nunmehrigen sozialistischen Rahmenbedingungen, nach welchen die slowakische Frage geordnet wurde. Neben dem demokratischen Zentralismus und der Führungsrolle der Kommunistischen Partei sollte laut Artikel 1 der Verfassung die Diktion von zwei gleichberechtigten Brudervölkern gelten.¹⁶⁶

Trotz angehender doktrinärer Abmilderungen nach dem Tode Stalins 1953, bot die Entstalinisierungsphase unter Chruščev keine realen Möglichkeiten, die slowakische Frage zu forcieren, die sich mittlerweile auf Forderungen nach nationalen Organen innerhalb eines asymmetrischen Staatsgebäudes sozialistisch-zentralistischer Prägung konzentrierte. Insbesondere die unter Antonin Novotný konzipierte Verfassung, welche die ČSR durch eine sozialistische ČSSR ersetzte, erwies sich als noch zentralistischer und versagte den Slowaken durch eine neue Kreiseinteilung weitere Kompetenzen.

Erst als die planwirtschaftlichen Misserfolge während der 1960er Jahre spürbarer und Novotnýs Position umstrittener wurde, gelang es einer reformorientierten Bewegung in der KPČ Fuß zu fassen. Die weitere Zuspitzung im Kampf um die Parteiführung resultierte in der

¹⁶⁶ Maximilian Obauer, Verfassungsänderungen in der Tschechoslowakischen Republik., S. 243.

Absetzung Novotnýs und der Ernennung Dubčeks als Vorsitzender der KPČ, die auch von Brežnev gebilligt wurde.

Durch Dubčeks Vorsitz wurde eine Reformperiode eingeläutet, die mitunter auch eine Lösung der slowakischen Frage mittels Föderalisierung anstrebte. Durch die jähe militärische Intervention der Sowjetunion im August 1968 wurde das Reformprogramm Dubčeks beendet. Lediglich die Föderalisierung, die in den Monaten zuvor unter Gustav Husák konzipiert worden war, konnte mit dem 1. Jänner 1969 ratifiziert werden.

Abgesehen vom nominellen Umbau der ČSSR in eine Tschechische Sozialistische Republik und eine Slowakische Sozialistische Republik sowie einigen strukturellen Veränderungen blieb die führende Rolle der KPČ unangetastet und damit die Föderalisierung dem demokratischen Zentralismus angepasst und untergeordnet.

Versucht man die Föderalisierung von 1968/69 unter den Prämissen eines republikanisch-pluralistischen Föderalismusprinzips westlicher Prägung zu analysieren, so fand lediglich eine *de iure* Föderalisierung statt, die *de facto* durch den *a priori* gegebenen minderheitenfeindlichen sozialistischen Konstitutionalismus geprägt war, und somit den völlig divergierenden sozialistischen Prämissen der führenden Rolle der kommunistischen Partei, des demokratischen Zentralismus als Staatsprinzip sowie des sozialistischen Internationalismus ausgesetzt und untergeordnet war.

Lediglich in der Artikulation der Autonomiebestrebungen lag hinsichtlich der Jahre 1919/20 und 1968/69 eine Ähnlichkeit vor, auch wenn es um den Zentralismus als eine negative tschechische Eigenschaft ging. Auch in den legistischen Vorlagen eines Dr. Juriga von 1922 und den Berichten des österreichischen Vizekonsuls Ploil bot der jeweilige Rückgriff auf den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 einen Vergleichsmoment. Und letztlich deckte sich auch die Zielformulierung der slowakischen Autonomisten von 1919/20 mit jenen der slowakischen Kommunisten von 1968, nämlich eine Dezentralisierung mittels slowakischer nationaler Organe zu erreichen.

Zwar weist die slowakische Frage dahingehend einige Kontinuitätsmomente auf, die jedoch nicht über die höchst unterschiedlichen regimebedingten Rahmenbedingungen hinwegtäuschen können, die der slowakischen Frage jeweils unterschiedliche Lösungsansätze entgegenstellten.

6. Bibliographie

6.1. Archivalien

ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1919/1920, Karton 9

ÖStA, AdR, Gesandtschaft Prag, Berichte, Weisungen 1920, Karton 10

ÖStA, AdR, NPA 1919/1920, Karton 738

ÖStA, AdR, II POL 1968, Kartons 1347/1348

ÖStA, AdR, II POL 1969, Karton 1502

6.2. Gedruckte Quelle

Vilém Prečan, Die sieben Jahre von Prag, 1969-1976. Briefe und Dokumente aus der Zeit der „Normalisierung“. Frankfurt am Main 1978.

6.3. Enzyklopädien

Theo Stammen, Föderalismus, in: Carola Stern/Thilo Vogelsang/Erhard Klöss/Albert Graff [Hrsg.], Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. Bd.1, A-K. Köln 1971, S. 251.

Klaus von Beyme, Föderalismus, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd.2, Diplomatie bis Identität. Freiburg/Basel/Wien 1968, S. 566.

6.3. Sekundärliteratur

Elisabeth Bakke, Doomed to Failure? The Czechoslovak Nation Project and the Slovak Autonomist Reaction. 1918 – 38. (Dissertation) Oslo 1999.

James Felak, The congress of the young Slovak intelligentsia, june, 1932, in: Nationalities papers (21/1993/2), S. 107-127.

Ludwig Gogolák, Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd.3. Wien 1980, S. 1199-1303.

Sabine Haas, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei von 1918 bis 1922. (gedruckte Diplomarbeit) Wien 1991.

Maya Hertig, Die Auflösung der Tschechoslowakei. Analyse einer friedlichen Staatsteilung. München 2001.

Jörg K. Hoensch, Die Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart 1992.

Jörg K. Hoensch, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln 1965.

Jörg K. Hoensch [Hrsg.], Dokumente zur Autonomiepolitik der slowakischen Volkspartei Hlinkas. München/Wien 1984.

Jörg K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975. Düsseldorf 1977.

Jörg K. Hoensch, Tschechoslowakismus oder Autonomie. Die Auseinandersetzungen um die Eingliederung der Slowakei in die Tschechoslowakische Republik, in: Hans Lemberg/Peter Heumos [Hrsg.], Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis 26. November 1989. München 1993, S. 129-158.

Emilia Hrabovec, Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922. (Habilitationsschrift) Wien 2001.

Emilia Hrabovec, Die staatsrechtliche Stellung der Slowakei im tschechoslowakischen Staate 1944-1968, in: Der Donauraum (34/1994), S. 58-89.

Stanislav J. Kirschbaum, A History of Slovakia. The Struggle for Survival. New York 1995.

Dušan Kováč, Philosophie und Mythologisierung der slowakischen Geschichte, in: Österreichische Osthefte (35/1993), S. 517-536.

Joseph Mikus, Slovakia. A political and constitutional history, in: Slovak Studies (24/1984), S. 7-138.

Maximilian Obauer, Verfassungsänderungen in der Tschechoslowakischen Republik. Verfassungswandel, Novellen und Revisionstendenzen 1918-1939. (gedruckte Dissertation) Wien 2007.

Ignác Romsics, Der Friedensvertrag von Trianon. Herne 2005.

H. Gordon Skilling, Czechoslovakia's Interrupted Revolution. Princeton 1976, S. 451-493; S. 858-878.

Eugen Steiner, The Slovak Dilemma. Cambridge 1973.

Arnold Suppan, Die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik aus Wiener Sicht, in: Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil [Hrsg.], Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948. Wiener Osteuropa Studien Bd. 12. Frankfurt am Main 2002, S. 15-83.

Arnold Suppan, Katholische Volksparteien in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Tschechen und Slowaken, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout [Hrsg.], Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2001, S. 273-293.

Kieran Williams, The Prague Spring and its aftermath. Czechoslovak Politics. 1968-1970. Cambridge 1997.

7. Anhang

7.1. Abstract

Through the theoretical approach to divergent principles of federalism this historical survey deals with the Slovak question and its altering process in time. Hence starting with a detailed analyses for the years of 1919 and 1920 according to the political reports of the Austrian official delegates in Prague and Bratislava, the Slovak question could be characterized as the major political expression and program of Andrej Hlinkas' Slovak Peoples Party. The Slovak Peoples Party stood in for the autonomist solution of Czecho-Slovak relationships within a decentralized Czechoslovak state referring to the Pittsburgh Agreement of 1918.

Whereas during the years of 1919 and 1920 the Slovak question remained unsolved, a radicalisation process within the Slovak Peoples Party started in the early 1930's that tended towards Slovak sovereignty. Boosted by the Munich Agreement of September 1938 the Slovak Peoples Party urged their Czech counterparts to ratify the autonomy law of 1938, thus creating the second Czecho-Slovak republic. This Czecho-Slovak Republic existed only until March 14th 1939, the day Dr. Tiso proclaimed a sovereign Slovak republic that was politically close linked to the Hitler Regime.

When the Slovak territory was again incorporated by the Czechoslovak government lead by the former republican government in exile and the communist party, the Slovak question of autonomy was unclear again. After the seizure of power by the communist party and the installation of a socialist regime in 1948 the Slovak question lost its significance under the democratic centralist rule of the communist party. Lacking national organs even on the party level, the Slovak National Council was further deprived of power by the socialist constitution under Antonin Novotný in 1960.

As a response to the economic crisis throughout the 1960's and Novotný's repressive leadership, reformist politicians like Dubček gained support. Novotný was finally impeached and replaced by Dubček in January 1968. It was through the reform program that the Slovak question in terms of a federalization returned on the political agenda. When the Soviet Union ended the reform plans by a military intervention in August 1968, the federalization survived as the only part of the reform program. Though legislatively approved on October 28th 1968 and ratified on January 1st 1969, the federalization was limited to marginal structural changes. In creating a Czech Socialist Republic and a Slovak Socialist Republic the leading role of the Czechoslovak Communist Party and its underlying centralism remained untouched. Moreover

it was further strengthened by Gustav Husák as the leading figure of the party throughout the following years.

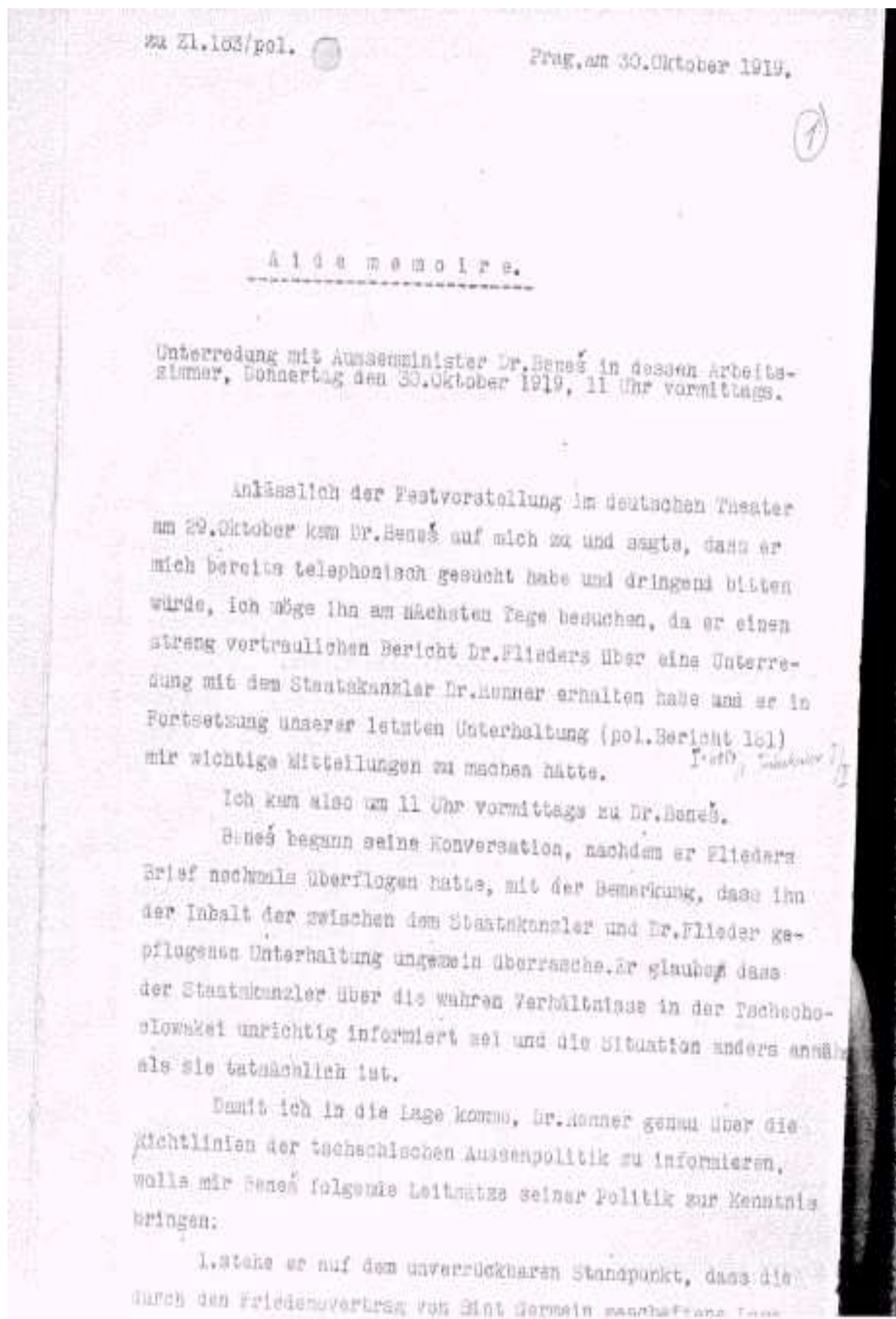
Focussing on two divergent principles of federalism – in terms of a republican on the one hand, and a Marxist-Leninist concept on the other hand – the Slovak question underwent essential transformations, which were obstructed by different regimes that stood for different federalist premises. Nevertheless the Slovak question of 1968 reactivated unsolved anti-Czech and anti-Slovak resentments that rooted in a Czechoslovak republican past.

7.2. Lebenslauf

Bartholomäus Feldinger

- geboren am 20. März 1984 in Salzburg
- aufgewachsen in Wals – Siezenheim
- 1990 bis 1994: Volksschule Walserfeld
- 1994 bis 2002: Privatgymnasium der Herz Jesu Missionare in Salzburg /Liefering
- 2002: Matura
- 2002 bis 2003: Zivildienst beim Österreichischen Roten Kreuz in Rauris
- Wintersemester 2003 bis aktuell: Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien

7.3. Auswahl an Akten/7.3.1.: Kopie von, Legationsrat Marek an Staatskanzler Renner, Prag,
30. Oktober 1919, ÖStA, AdR, GZ I-6929/pr: 15 XI 1919, Karton 738



loyal akzeptiert werden müsse. Demantaprophe¹ halte er jed-
weden Beginn, gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages
zu handeln, für unzulässig.

2. Die nach dem Friedensvertrag neu errichteten völ-
kerrechtlich souveränen Staaten haben diese ihre Souveräni-
tät gegenseitig zu respektieren und sich nicht in innere An-
gelegenheiten des anderen Staates einzumischen.

3. Die Idee einer Konföderation lehne Dr. Beneš voll-
kommen ab und werde bis, so lange er etwas zu sagen habe,
jederseits ablehnen. Dies betreffe allerdings nur eine poli-
tische Verbindung, nicht aber einen allfälligen wirtschaft-
lichen mehr oder minder engen Zusammenschluss, welcher durch
ein System von Verträgen garantiert werden könnte. Natürlich
könnten auch Gelegenheitsverträge politischen Inhalts abge-
schlossen werden, doch niemals solche, die ein dauerndes staats-
rechtlich bindendes Band involvieren würden.

Hinsichtlich der momentanen inneren politischen und
wirtschaftlichen Situation in der Tschechoslowakei äusserte sich
Beneš wie folgt:

Dr. Benner erkenne scheinbar die Situation in der Tsche-
choslowakei. "Wir sind uns unserer Kraft bewusst und ich weiss,
was ich machen kann und darf und dass unsere internationale
Position stark ist," sagte Dr. Beneš wörtlich. Der schwächste
Punkt und jener der vielleicht in Oesterreich am meisten zu
der Ansicht beitrage, die Dr. Benner über die innere Lage in
Tschechien zu haben scheine, sei die Slowakische Frage.
Dr. Beneš wolle ganz offen und ohne Hintergedanken mit mir
sprechen und er wolle mir hiermit einen Beweis seines persönlichen
Vertrauens geben, bitte mich jedoch die folgenden Mitteilungen
vertraulich zu behandeln und nur dem Kanzler hierüber Bericht
zu erstatten.

Es sei richtig, dass die Slowakei der Regierung schwere
Stunden bereite. Der Minister hoffe jedoch, dass die Gefahr

bereits bekannt sei, da die mit dem Vatikan und der Katholischen Kirche schon zu Ende geführten Verhandlungen eine Lösung der slowakischen Frage herbeigeführt hätten und die Regierung mit den Slowaken und dem Vatikan bereits einig sei. Es sei daher ein Irrtum jetzt noch zu glauben, dass die Slowakei einen schwachen Punkt im Staate bilde und es wäre verfehlt sich vielleicht aus diesem Gesichtspunkte mit Hoffnungen abzugeben, die sich nie erfüllen werden. Gegenüber den Magyarern wolle die Tschechoslowakei keinerlei Expansionspolitik betreiben. Der Staat fürchte die Magyarern nicht, er werde leicht mit ihnen fertig werden und hoffentlich im gütlichen Wege mit ihnen auf gleich kommen. (Der Minister erklärte sich hier nicht deutlich, wie er sich dieses "Auf - gleich - kommen" mit den Magyarern vorstellt, doch lässt sich ein Wort das er gebrauchte, "wir werden sie ips werden" darauf schließen, dass vielleicht ^{an} eine Grenzkorrektur und Ausschluss rein magyarischer Grenzgebiete gedacht wird.)

" Unsere geographische Lage ist allerdings schwach", bemerkte der Minister, "doch hängt es nur von uns ab, nicht die Expansionspolitik der alten Monarchie zu betreiben und diese geographische Schwäche zu paralysieren." Leider gebe es allerdings unter den tschechischen Politikern noch sehr viele, die zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen sind, die Regierung sei jedoch schon mit Rücksicht auf die Massen, die hinter ihr stehen, stark und werde ihre Politik durchzusetzen wissen. Der Minister machte aufmerksam, dass namentlich die Zeitungen auch sehr stark in dieser Richtung Übertreibungen und er warnte, sich in der Politik Illusionen hinzugeben.

Die Schwierigkeiten im tschechoslowakischen Staate lägen auf einem ganz anderen Gebiete, u.zw. wesentlich auf dem Gebiet der Verfassung und der Administration, deren

Mangel sich der Minister gewiss nicht verhehle. Aber auch in der Verpflegung sei die Tschechoslowakei schliesslich noch besser daran, als so manche andere Staaten. Man dürfe nicht vergessen, dass die Tschechoslowakei den grössten Teil der materiellen Kräfte der alten Monarchie gebunden und in sich aufgenommen habe, dass sie daher auch wirtschaftlich stark sei und wenn sich diese Kraft auch jetzt nicht gleich zeige, so ^{sie} sei/dennach da und werde heraus kommen.

Zur äusslichen Frage bemerkte der Minister, dass auch diese bald und gewiss gut gelöst werden wird. Das Programm sei fertig, die Wahlen stehen vor der Tür und sehr bald werden die Deutschen eingeladen werden, an der Regierung teilzunehmen. Das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen werde unbedingt zur Zufriedenheit der Deutschen gelöst werden. Hierüber sei Bened mit Masaryk einig. Der Minister sei als Sozialist und Demokrat von Ausserst liberaler Gesinnung und werde in nationalen Dingen bis an die äusserste Grenze des Möglichen gehen. Allerdings könne er eine Einmischung anderer Staaten, sei es Oesterreich oder Deutschland, in dieser Frage absolut nicht dulden, ebenso wie er sich hüten würde, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten - und als eine solche betrachte er die Minoritätenfrage - einzumischen. Er betone nochmals nachdrücklichst, dass ihn die Wiener Tschechen nichts angehen und eine von dieser Seite vorgebrachte Bitte um Intervention unerhört bleiben würde. Dieser Standpunkt schliesse jedoch gewisse Vereinbarungen in nationaler Beziehung mit den Nachbarstaaten nicht aus und der Minister sei wesentlich gern bereit, mit Deutschland in Ver-

„Wir bauen eine Armee, ich sage es ganz offen“ bemerkte der Minister wörtlich „und ich werde mich nicht scheuen von dieser Armee gegebenenfalls Gebrauch zu machen, sei es gegen Gefahren, die dem Bestande unserer Republik drohen würden, sei es gegen eine allfällige Reaktion, möge sie kommen von wo immer. Und diese Armee wird gewiss marschieren, wenn wir sie rufen.“

Die Reaktion wolle der Minister unbedingt verhindern, nicht nur bei sich zu Hause sondern auch in Oesterreich und in Ungarn, denn es sei ihm klar, eine wie grosse Gefahr die monarchistische Reaktion in Oesterreich oder in Ungarn für die Tschechoslowakei wäre. Aus dieser Erwägung heraus sei es nur begreiflich, wenn die gegenwärtigen demokratischen und sozialistischen Elemente Oesterreichs auf die volle Unterstützung der tschechischen Regierung rechnen können, und der Minister wolle der gegenwärtigen österreichischen Regierung helfen und in Konsequenz dessen auch alles tun, um Oesterreich zu einem normalen, wirtschaftlichen Leben zu bringen. Nebenbei sei diese Hilfe auch eine moralische und menschliche Pflicht, die ganz in den ethischen Intentionen Masaryks liege und die Masaryk voll akzeptiere. Deshalb wolle er auch im Einvernehmen mit Masaryk zu einer peripetischen Aussprache mit Dr. Benner gelangen, halte aber dafür, dass diesem Zwecke eine geheime Zusammenkunft, wie Dr. Benner sie plane, nicht dienen würde und dass eine gut vorbereitete, offizielle und öffentliche Aussprache einzig und allein geeignet wäre, das Verhältnis beider Staaten zu einander zu klären und ihre internationale Position zu festigen. Der Minister weise nochmals jede Geheimdiplomatie und alle geheimen Verhandlungen zurück, er könne sich hierzu als fortschrittlicher, demokratischer und sozialistisch denkender Politiker nicht hergeben. - Er bitte Dr. Benner diesen seinen Standpunkt zu akzeptieren.

ad Zl.5102/1 pr.14.XII.1920.

A b s c h r i f t

eines Berichtes des Vizekonsuls Alexich, ddo
Pressburg, 9.Dezember 1920, Zl.23/pol, an
das Bundesministerium für Aeusseres,
betreffend:

Autonomie der Slowakei.

In letzter Zeit entfaltet die slowakische Opposition wieder eine sehr grosse Tätigkeit. Abgeordneter Hlinka bereist von neuem das Land, um für die „Freiheit“ zu agitieren und es verlautet in Kreisen der slowakischen Volkspartei, dass er von der Prager Regierung aufgefordert worden sein soll, einen Plan über die autonome Verwaltung der Slowakei vorzulegen.

Die Auswanderung nach Amerika nimmt grosse Dimensionen an, doch sind die Ursachen keine politischen, sondern nur ökonomische. Der Bevölkerung haben die Dollars, die von den Rückwanderern mitgebracht wurden, sozusagen den Kopf verdreht und alles trachtet auszuwandern, andererseits sind die Rückwanderer, denen man in Amerika versprochen hatte, dass sie billig Land, das man dem ungarischen Grossgrundbesitz wegnehmen wollte, bekommen sollten, tief enttäuscht, den ungarischen Grundherrschaften hier noch immer vorzufinden.

Es heisst, dass in Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und Führern der Opposition, den Slowaken die völlige Autonomie versprochen wurde. Dieser Umstand soll auch die Prager Regierung bewegen haben, in der Angelegenheit etwas nachgiebiger zu sein.

Der Hauptgrund jedoch dürfte in der drohenden Kriegsgefahr gegen Polen zu suchen sein. Man bereitet sich hier

allen Ernstes auf einen Krieg gegen Polen vor. Die Garnisonen an der Karpathengrenze wurden sehr verstärkt, ein grosser Teil der Garnisonen im Süden des Landes wurde nach Teschen und gegen Mährisch-Ostrau gesendet, dasselbe ist mit den mährischen Garnisonen der Fall. Der hiesige Kommandierende, der französische General Mittelhauser, ist eben jetzt von einer Inspizierung der Grenze zurückgekehrt. Andererseits spinnen sich viele Fäden zwischen Warschau und der klerikalen Slowakenpartei. Pater Hlinka wollte nach Warschau reisen, jedoch wurde ihm der Pass verweigert. Es ist nur zu begreiflich, dass die tschechoslowakische Regierung alles aufbieten wird, um im Fall eines Krieges den Truppen den Rücken frei zu halten.

7.3.3.: Kopie von: Generalkonsul Ploil an AM Waldheim, Pressburg, 12.11.1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 129455-6(Pol)68, Karton 1347

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten			19. Dez. 1968	
Geschäftszahl		Vorzahl	Genehmigungs-, Dringlichkeits- und Verschlußvermerk	
Zahl: 129.455-6(Pol)68		Nachzahl		
Miterledigte Zahlen		Bezugszahlen		
Gegenstand: Föderalisierung der CSSR; Anregung österreich. Initiativen in der Slowakei durch das Gk. Pressburg.		Frist	zu betreiben am	
GK Pressburg, 69-Res/68 v. 12.11. 68			neue Frist	
Zur Einsicht vor Genehmigung, Abfertigung, Hinterlegung Herrn Sektionsleiter: <i>17</i> Herrn Generalsekretär: <i>23</i> <i>XII</i> Herrn Bundesminister: <i>1. zu veranlassen, daß alle konsu- late Kopien ihrer Pol u. V-Pol Berichte automatisch der für die justiz. Ges. Gg. Holzschaff vorliegen. Im obigen File ist dies aus d. Stn. der Sekt II zu entnehmen Bericht</i> Sektion III: <i>Ans</i> EB auf S. 3 17. Jan 1969 Kult-bi: <i>ay. i. v. yz. H 4.5</i> eccl.: Kopie d. Est 1. AV 2. Ges. Prag 2. 1. 69 18. Stoffelmayr Wien, am 6. Dezember 1968 E. led. g. m. v. RE 26. 12. 1968 1. 7. Jan				
Geschäftszeichen		Reing.	1157	
Grundzahl		Vergl.		
129455-6(Pol)68		Begl.		
170223 - 1. 1. 69		Best.		

ÖSTERREICHISCHES GENERALKONSULAT

Zl. 69-Res/68

Pressburg, am 12. November 1968

Zur Zukunft des tschechoslo-
wakischen Bundesstaates

3 Kopien

127455

V e r t r a u l i c h !

An das

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

W i e n

Mit dem Staatsakt auf der Pressburger Burg wurde einem 50-jährigen Wunsche der Slowaken Rechnung getragen und die ČSSR formell in einen Bundesstaat umgewandelt, ohne dass bisher Einigung über die Einzelheiten erzielt worden wäre.

Vor allem wäre festzuhalten, dass die UdSSR der Föderalisierung keineswegs ablehnend gegenübergestanden waren; im Gegenteil, sie war das einzige der vier Prinzipien des Aktionsprogramms, dem ursprünglich beigepflichtet wurde. Glaubte man doch, durch eine stärkere Autonomie der orthodoxen Slowaken die Liberalisierungsbestrebungen der Tschechen besser bremsen zu können. Diese Absicht wurde durch die Besetzung zwar hinfällig, und die Sowjets dürften seither ein gewisses Unbehagen verspüren, dass die Desintegration der ČSSR unter ihrer Oberaufsicht vor sich geht, aber grundsätzlich billigen sie die Bildung eines slowakischen Staates weiterhin, was die österreichischen Zeitungen anscheinend nicht glauben. Auch war nicht, wie behauptet wurde, die slowakische KP der Initiator der Föderalisierung, sondern der slowakische Nationalrat und die slowakische Bürokratie. Die Parteiführung war davon aus ideologischen Gründen nicht sehr begeistert, ja Dubček soll sie anfänglich sogar abgelehnt haben. Wenn man sich erinnert, dass die Exponenten der slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Jahre 1918 Hlinka, im Jahre 1938 Tiso, im Jahre 1945 die Demokraten und im Jahre 1948 Klementis und Genossen waren, erscheint diese Einstellung auch historisch begreiflich.

Mit Beginn des nächsten Jahres sollen der tschechische und der slowakische Staat im Rahmen der Föderation zu funktionieren beginnen. Bisher besteht jedoch noch keine Einigung über die Kompetenzartikel und über die zu bestellenden Organe. Die Meinungen über die Anzahl der zu errichtenden gemeinsamen Ministerien schwanken zwischen 3 und 7; neben der ./.

mangelnd
mangelnd

selbstverständlichen gesamtstaatlichen Führung der Ressourcen für Äusseres und Landesverteidigung werden noch die für Finanzen, Aussenhandel, Bauten und Investitionen, Landwirtschaft und soziale Verwaltung erwogen.

Die slowakischen Erwartungen würden nach Ansicht des Generalkonsulates den Rahmen eines Bundesstaates sprengen; es würde zwar nicht, wie verschiedene Tschechoslowakisten (eine neu gebildete abfällige Bezeichnung) behaupten, zu einem Staatenbund führen, wohl aber zu einer Realunion. Das Generalkonsulat hat bereits mit Bericht Zl. 15-Res/68 vom 23. Feber 1968 darauf hingewiesen, dass die Ähnlichkeit dieses staatsrechtlichen Experiments mit dem österreichisch-ungarischen Dualismus unverkennbar ist und der ständige Stein des Anstosses wird auch hier der Finanzausgleich sein.

Als im Jahre 1918 die tschechischen Kronländer, der am meisten industrialisierte Teil der westlichen Reichshälfte, mit der Slowakei, einem der am wenigsten entwickelten Gebiete des unterentwickelten Transleithaniens, in einem Staat zusammengeschlossen wurden, geschah dies allein aus machtpolitischen Überlegungen, denn das einzig Verbindende zwischen Tschechen und Slowaken ist die sogenannte slawische Abstammung; in Sprache, Tradition, Temperament, Mentalität, Religiosität, Bildung, Fähigkeiten, Wirtschaft und Lebensstandard unterscheiden sie sich völlig voneinander. Das wirtschaftliche Gefälle wurde in der ersten Republik sogar noch vertieft, denn in dieser gemässigt liberalen Ära wurde die Industrie in Böhmen und Mähren konzentriert und die bescheidenen Ansätze zu einer Industrialisierung der Slowakei, die "ungarischen Trutzbetriebe" gegen Österreich, unter dem Druck der Wirtschaftskrisen aufgegeben. Während des Krieges ging es der Slowakei auf Grund ihrer fast ausschliesslich landwirtschaftlichen Struktur sehr gut, aber seit 1945 drängt sie ständig auf einen stärkeren industriellen Aufbau. Tatsächlich hat die zweite Republik auf diesem Gebiet viel geleistet, es wurde in der Slowakei gewaltig investiert, unter Entzug des erforderlichen Reinvestitionskapitals der böhmisch-mährischen Industrie. In einzelnen Sparten betrug in manchen Jahren der Investitionsaufwand der Slowakei mehr als die Hälfte des gesamtstaatlichen. Trotzdem aber wuchs die slowakische Unzufriedenheit ständig. Man behauptete laufende Zurücksetzungen,

mangelnde Kapitalbeschaffung, zentralistische Interventionen, mangelnden Einfluss der Slowaken auf Planung und Aussenhandel, Bevorzugung von Tschechen bei der Besetzung leitender Posten, eifersüchtige Zurückhaltung des know-how usw. Im letzten Jahr lieferte das slowakische Drittel der Bevölkerung immerhin ein Viertel der gesamtstaatlichen Industrieproduktion, aber mit der Verminderung des wirtschaftlichen Gefälles scheint die Unzufriedenheit eher noch zugenommen zu haben.

Für die österreichische Wirtschaft ist die Slowakei verhältnismässig wichtiger als Böhmen und Mähren, weil in ihr die chemische Industrie konzentriert werden soll und weil sie in allen Fragen des Donausausbaues auf die österreichische Zusammenarbeit angewiesen ist. Während die Tschechen ebenso wie die Ungarn Österreich mehr als ein Sprungbrett für gewagte Salti in den kapitalistischen Westen betrachten - und nach dem Jänner 1968 haben sie das deutlich gezeigt - sehen die Slowaken in Österreich noch das gelobte Land. Dazu kommt, zumindest in der Westslowakei, ein geradezu beschämendes, persönliches Gefühl schrankenloser Zuneigung zu Österreich, das durch dessen Haltung nach der Invasion noch verstärkt wurde, trotz der latenten nationalen Überheblichkeit der Slowaken. Selbstverständlich sind weder nachbarliche Liebe noch ökonomische Bescheidenheit permanent und Grundlagen der Nationalökonomie; aber das Generalkonsulat meint, dass Österreich in der nächsten Zeit alle nur möglichen Anstrengungen unternehmen sollte, um die Beziehungen zur Slowakei zu intensivieren. Mit einem Bruchteil der Kosten, die zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr für die Pflege ihrer Beziehungen zur CSSR aufgewendet hat, liesse sich wahrscheinlich ein ungleich grösserer Effekt erzielen. Das Generalkonsulat meint, dass der tschechoslowakischen Föderation kein Erfolg beschieden sein wird; früher oder später wird es entweder zu einer de facto Disintegration kommen oder zu einem von der Partei gelenkten neuen Zentralismus, wobei die bundesstaatliche Verfassung aufgehoben oder einfach ignoriert werden wird. Für alle Fälle wäre das nächste Frühjahr der geeignete Termin des Beginns einer österreichischen Kultur- und Wirt-
./.

schafftsoffensive. Die Sowjetunion hat bisher keinen Einfluss auf die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der CSSR zum Westen ausgeübt, und es ist kaum anzunehmen, dass sie dies gerade im Verhältnis zu Österreich tun sollte.

Der Konsul:

Kul

20. Jan. 1969

INTERNATIONALE VERBANDUNG DER
P R A S
1. 2 - 1011/69

→ neue Föderalregierung
ab 1969

1. 2. 1969

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Eingel. 17. JAN. 1969
Zahl. 150782 Btg.
Abt. Pol.

8/17

17.1.69
Bonn
K. u. M. Jan. 69/1/2
100/100/100
H. J. J. J.

Herr Bundesminister!

Am 1. Januar 1969, dem Tage der Inkraft-
tretens des Verfassungsvertrages über die Föderative
Einigung der GDR, hat Staatspräsident Jroboša
die erste Föderalregierung der GDR mit Ing. Oldřich
Jareš als Ministerpräsidenten ernannt. Die Re-
gierungsgliederung sowie der Personalplan der Regierungs-
mitarbeiter wurden genehmigt zu folgender Vorgabe:

Die Zusammensetzung der Regierung vermittelt
eine politische Typisation, die für die Ausrichtung des
sozialistischen Lebens in der GDR von größter
Bedeutung ist. Die Regierung wird eine, die
sowjetisch als Programm sollte angesehen werden,
nach dem die GDR die höchste Stufe der sozialistischen
Entwicklung erreicht. Die Regierung wird die Aufgabe
haben, die GDR zu einer sozialistischen Republik zu
entwickeln.

7438

Geschäftszeichen	Reg.
CSSR 3	Vorg.
Grundzahl	Fol.
1011-6/101	Best. 101-11-1-101

bei Männern, die auf Grund ihrer Vorbildung eine besondere Qualifikation aufweisen, bisher aber politisch weniger in Erscheinung getreten sind, oder aber auch bei Männern, denen aus föderalen oder auch nur aus regionalen Gesichtspunkten ein Amt übertragen werden sollte.

Die Regierung besteht außer dem Ministerpräsidenten aus fünf Gruppen von Mitgliedern:

- 1 Stellvertretenden Ministerpräsidenten,
- 7 Ministern als Chefs von Ministerien,
- 7 Ministern als Chefs von Ausschüssen zur Koordinierung im Kompetenzbereich, die an die beiden Republiken übertragen wurden,
- 2 Ministern ohne Portefeuille, das sind die Vertreter der Volkspartei und der Sozialistischen Partei und
- 6 Staatssekretären.

Von den 4 Stellvertretenden Ministerpräsidenten ist bisher lediglich der Kompetenzbereich von František Hamous und Ing. Václav Valáš (beide Tschechen) bekannt. František Hamous wird sich zur Gänze dem Commerce widmen, Ing. Valáš, der bisherige Außenhandelsminister, den gesamten übrigen Wirtschaftsbereich. Prof. Čolotka (Slowake) dürfte im Hinblick auf seine in Aussicht genommene Vertrauensstellung mit der Präsidentschaft der Föderalversammlung, die noch im Laufe des Monats Jänner erfolgen dürfte, als Regierungsmitglied wieder abberufen werden.

Von den 5 Mitgliedern des Regierungsrates (Ministerpräsident und vier Stellvertreter) haben vier Hochschulbildung, einer (Hamous) Handelsakademie. Ministerpräsident Ing. Černík war ursprünglich Maschinenschlosser, hat aber später die Hochschule für Bergbau absolviert. Drei Mitglieder gehören dem Zentralkomitee der KPdCh an (Černík und die beiden Slowaken). Das Durchschnittsalter des Regierungsrates ist 45 1/2 Jahre; keiner der Mitglieder ist über 50.

In der Gruppe der Minister istigeren Ranges haben vier Hochschulbildung, einer (Čolotka) Handelsakademie, einer (Černík) Bergbauakademie und zwei (Hamous und Valáš) Bergbauakademie. Die Gruppe der Staatssekretäre hat eine Hochschulbildung, einer (Čolotka) Handelsakademie, einer (Hamous) Bergbauakademie und zwei (Valáš und Černík) Bergbauakademie.

Berufsmänner. Mit Ausnahme des Finanzministers Sucharda sind alle Angehörigen dieser Gruppe Mitglieder des Zentralkomitees der KPTsch oder der KPS. Vier Minister dieser Gruppe sind Tschechen, drei (Außenminister Marko, Verteidigungsminister Dzur und Außenhandelsminister Taborský) sind Slowaken. Das Durchschnittsalter dieser Gruppe liegt bei 50 1/2 Jahren.

Die weitere Gruppe der Minister, und zwar jener, die ohne Ressorts als Vorsitzende der Koordinierungsausschüsse tätig sind, umfaßt ausschließlich Personen mit Hochschulbildung, einer von ihnen (der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft, Boda) ist Hochschulprofessor. Nur zwei Mitglieder dieser Gruppe gehören dem Zentralkomitee der KPTsch bzw. KPS an. Ihr Durchschnittsalter ist 45 Jahre. Ihrer Nationalität nach sind ebenfalls drei Slowaken und vier Tschechen.

Die beiden Minister ohne Portafeuille sind die Vertreter der zwei Parteien, die in Böhmen und Mähren neben der Kommunistischen Partei bestehen und mit der KP in der Nationalen Front vereint sind. Minister Pauly ist Generalsekretär der Volkspartei (rund 72.000 Mitglieder), Minister Kudera ist Vorsitzender des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei (rund 30.000 Mitglieder); ersterer hat das Gymnasium besucht, letzterer ist Dr. jur. In Hinblick darauf, daß in der Regierung die Einheitsverpflichtung gilt und es über einen unmittelbaren Einflußversich (Brennstoff oder Antriebsöl) nicht verfügt, ist ihre Rolle bescheiden; sie grenzt faktisch an einen Beobachterstatus.

Zur den sechs Staatssekretären, die mit Ausnahme des Verteidigungsressorts allen Ministern beigegeben sind, sind drei Slowaken und drei Tschechen, hiervon eine Frau. Das Durchschnittsalter ist 45,8 Jahre. Alle Staatssekretäre kommen teils ausschließlich aus dem Reich und waren überwiegend bisher Beamteten.

Von den ständigen 20 Stellvertretern dieser Gruppe (bis Ende 1952) sind 14 aus der Regierung, die vier aus dem Reich. Der stellvertretende Außenminister ist ein Slowake, der stellvertretende Verteidigungsminister ein Tscheche. Die übrigen 12 sind überwiegend aus dem Reich und waren überwiegend Beamteten.

daß die Massenmedien die "revisionistische Bewegung" hervor-
rufen und nicht umgekehrt, daß eine starke selbständige Auf-
fassung über den Sozialismus innerhalb der Arbeiterschaft
besteht und die Massenmedien nur Ausdruck dieser Auffassung
sind. Dazu kommt, daß eine Regierungstätigkeit, in dem immer
wieder betonten Nach-Manner-Stil nur schwer möglich ist, wenn
die Regierungsmitglieder nicht in der Lage sind, das dem Volk
zu sagen, was sie sich denken, sondern nur das, wovon sie
glauben, daß es keinen zu starken Anstoß in Moskau erregt.

Die Regierung wird es daher im wahrsten Sinn des
Wortes sehr schwer haben. Vielleicht ist die Tatsache, daß
sich ihre Mitglieder dieser fast unlösbar scheinenden Last
bewußt sind, eines jener Elemente, die zu der Hoffnung be-
rechtigen, daß es der ersten föderativen Regierung der GSSR
doch gelingen wird, zwar nicht die Probleme, die sich hier
angehäuft haben, zu lösen, wohl aber ohne einen völligen
Zusammenbruch über dieses erste schwierigste Jahr hinweg-
zukommen.

Gemessen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck
seiner vollkommenen Ergebenheit.

Firchschläger m.p.